



73. Sitzung

Mittwoch, 10. Mai 2000

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder und
Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Dr. Willfried Maier, Senator	3558 B
Abwicklung, Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	3549 A	Walter Zuckerer SPD	3560 C
		Karl-Heinz Warnholz CDU	3562 A
Aktuelle Stunde	3549 A	Unterrichtung durch den Ersten Vizepräsidenten der Bürgerschaft:	
Fraktion der SPD:		Wahl einer Deputierten der Justizbehörde	
Für Besonnenheit und Konsequenz: Zum politischen Umgang mit den Vorgängen um den 1. Mai	3549 A	– Drs 16/4083 –	3562 D
mit		Ergebnis	3562 D, 3565 D
Fraktion der CDU:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Beendigung des rechtsfreien Raumes Rote Flora	3549 A	Wahl eines Deputierten der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung	
mit		– Drs 16/4156 –	3562 D
Fraktion der GAL:		Ergebnis	3562 D, 3565 D
Rechtssicherheit für alle – für die Flora und ihre Nachbarn	3549 A	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Dr. Holger Christier SPD	3549 B	Wahl einer Deputierten der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Ole von Beust CDU	3550 A, 3559 C	– Drs 16/4157 –	3562 D
Antje Möller GAL	3551 A	Ergebnis	3562 D, 3565 D
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3551 D, 3560 B, 3561 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Hartmuth Wrocklage, Senator	3553 A	Unterbringung von jugendlichen Intensivtätern in pädagogisch- therapeutischen Einrichtungen	
Heino Vahldieck CDU	3554 D	– Drs 16/4152 –	3563 A
Werner Dobritz SPD	3555 C	Klaus-Peter Hesse CDU	3563 A
Manfred Mahr GAL	3556 B	Dr. Andrea Hilgers SPD	3565 C
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3557 B	Beschluß	3565 D

Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Brigitte Brockmüller SPD	3582 C
Planfeststellungsverfahren		Beschlüsse	3583 B
DASA-Erweiterung/Mühlenberger Loch		Antrag der Fraktion der CDU:	
– Drs 16/4087 (Neufassung) –	3566 A	Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen	
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3566 A, 3572 A	– Drs 16/3945 –	3583 C
Dr. Leonhard Hajen SPD	3567 C	Michael Waldhelm CDU	3583 C
Karl-Heinz Ehlers CDU	3568 D, 3571 B	Elisabeth Kiausch SPD	3584 C
Antje Möller GAL	3569 D	Anja Hajduk GAL	3585 D
Dr. Thomas Mirow, Senator	3570 C	Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3587 A
Beschluß	3572 C	Beschluß	3587 A
Bericht des Sozialausschusses:		Bericht des Jugend- und Sportausschusses:	
Umsetzung der neuen Insolvenzverordnung		Jugend im Parlament 1999	
– Drs 16/4140 –	3572 C	– Drs 16/4191 –	3587 B
mit		Holger Kahlbohm SPD	3587 B
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Rolf Harlinghausen CDU	3588 A
Stärkung der Schuldnerberatung und Verbesserung des Verbraucherinsolvenzverfahrens		Sabine Steffen GAL	3589 A
– Drs 16/4223 –	3572 C	Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3589 D
Uwe Grund SPD	3572 D, 3576 A	Beschlüsse	3590 A
Antje Blumenthal CDU	3573 D	Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses:	
Andrea Franken GAL	3574 D	Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes	
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	3575 B	– Drs 16/4175 –	3590 A
Karin Roth, Senatorin	3575 C	Dr. Martin Schmidt GAL	3590 A
Beschlüsse	3576 B	Barbara Duden SPD	3590 C
Bericht des Haushaltsausschusses:		Bernd Reinert CDU	3590 D
Bau einer Mehrzweckhalle im Volkspark Altona		Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3591 C
– Drs 16/4139 –	3576 B	Eugen Wagner, Senator	3592 A
mit		Beschlüsse	3592 B
Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Mehrzweckarena im Volkspark Altona		Ausbau und Fortführung der Sengelmannstraße bis Jahnring	
– Drs 16/4225 –	3576 B	– Drs 16/4092 –	3592 B
Dr. Martin Schmidt GAL	3576 C	Bernd Reinert CDU	3592 C, 3594 D
Werner Dobritz SPD	3577 B	Rolf Polle SPD	3592 D
Volker Okun CDU	3578 B	Dr. Martin Schmidt GAL	3593 C
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3579 D, 3582 A	Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3594 A
Anja Hajduk GAL	3580 C	Werner Dobritz SPD	3594 C
Dr. Thomas Mirow, Senator	3580 D	Beschluß	3595 A

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. In Abstimmung zwischen den Fraktionen wurde die Tagesordnung um den Punkt 36a ergänzt. Der entsprechende Ausschußbericht ist Ihnen zugegangen.

Die Fraktionen haben sich für die heutige Sitzung auf eine Änderung der Debattenreihenfolge verständigt. Nach der Aktuellen Stunde, den Wahlen und dem darauf folgenden Punkt 50 wird zunächst Tagesordnungspunkt 44, danach Punkt 29 aufgerufen; anschließend geht es in der vom Ältestenrat empfohlenen Reihenfolge weiter.

Zur

Aktuellen Stunde

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Für Besonnenheit und Konsequenz: Zum politischen Umgang mit den Vorgängen um den 1. Mai

von der CDU-Fraktion

Beendigung des rechtsfreien Raumes Rote Flora

sowie von der GAL-Fraktion

Rechtssicherheit für alle – für die Flora und ihre Nachbarn

Die Fraktionen sind übereingekommen, die drei angemeldeten Themen in einer Debatte zu behandeln. Das Wort hat Herr Dr. Christier.

B **Dr. Holger Christier** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Nacht zum 1. Mai ist es zu schweren Ausschreitungen im Schanzenviertel gekommen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Autonomen und der Polizei wurden 21 Polizisten verletzt. Diesen Ausbruch von Gewalt verurteilen wir ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Die Polizei ist konsequent vorgegangen, die Rote Flora war keine Tabuzone, den Autonomen wurde nicht das Feld überlassen; es hat in hohem Maße Personalfeststellungen gegeben. Dies belegt eindeutig, daß die Polizei an dieser Stelle keine Verstöße gegen Recht und Gesetz duldet. Der Satz: „Rechtsfreie Räume werden von uns nicht hingegenommen“, ist durch diesen Polizeieinsatz bestätigt worden.

(Beifall bei der SPD)

Für den Fall, daß Sie wieder mit Ihrem Oppositionsklassiker kommen sollten und den Rücktritt des Innensenators fordern, sage ich Ihnen schon jetzt: Das ist langweilig, abwegig, haltlos und wird von uns entschieden zurückgewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet ohne Frage einen schweren Rückschlag für alle Bemühungen, zu einer vertraglichen Lösung mit der Roten Flora zu kommen. Vorfälle wie am 1. Mai fördern nicht den Optimismus; Bezirksamtsleiter Hornauer hat darauf hingewiesen, daß der Gesprächsfaden immer wieder gefährdet sei. Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, ob eine vertragliche Vereinbarung überhaupt noch eine Chance hat. Ich möchte diese Frage unter drei Aspekten abwägen und zu einem positiven Ergebnis kommen.

Zum einen gibt es offenbar in der Roten Flora nicht nur gewaltbereite Autonome, sondern auch andere Kräfte. Man darf sich nicht von einer Gruppe das politische Handeln vorschreiben lassen.

(Beifall bei Axel Bühler GAL)

Zum anderen bleibt es unstrittig auch weiterhin eine stadtentwicklungspolitische Aufgabe erster Ordnung, dieses Quartier mit den Bürgern weiter zu entwickeln. Wenn eine solche Lösung möglich ist, kann eine befriedete, vertraglich geregelte Rote Flora durchaus ihren Beitrag leisten.

Die populärste Forderung – die finale Lösung – ist natürlich die Räumung. Die Denkfehler der vermeintlich finalen Lösung erkennt man aber immer erst am Tag danach. Auch vom schärfsten Kritiker muß erwartet werden, daß er die Frage beantwortet, wie er nach einer Räumung mit der autonomen Szene im Schanzenviertel umgehen will. Dazu wird gern betreten geschwiegen. Deshalb ist es insgesamt den Versuch wert, weiterhin zu einer Lösung zu kommen, wobei aber klare Ziele verfolgt werden müssen: Es muß eine verlässliche und eindeutige Grundlage mit Rechten und Pflichten geben, und es müssen Regelungen gefunden werden, die gleiche, auch für andere geltende Maßstäbe anlegen.

Zur zeitlichen Perspektive möchte ich sagen: Die geforderte Prozeßhaftigkeit und Gesprächskultur verträgt keine Ultimaten. Aber es muß ebenso klar sein, daß die vertraglichen Vereinbarungen nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag oder auf noch einmal zehn Jahre verschoben werden können. Es kommt darauf an, mit Nachdruck auf eine politische Entscheidung hinzuwirken, an deren Ende auch entschieden werden kann, was geht oder nicht geht.

(Uwe Grund SPD: So ist es!)

Ein Wort zur Haltung der CDU. Sie haben sich damals mit Ihrem Antrag zur Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Roten Flora konditioniert auf den Weg einer vertraglichen Lösung begeben. Herr von Beust, Sie sagten, daß eine Räumung kein erklärtes Ziel mehr sei, denn eine Metropole muß mit der autonomen Szene leben können. Es dürfe hier jedoch keine Straftaten und rechtsfreien Räume geben. Das war damals ein mutiger Schritt, der Ihnen Kritik eingebracht hat, denn immerhin hat diese Angelegenheit schon eine zehnjährige Geschichte. Sie werden kaum irgendwelche Zweifel gehabt haben, daß ein solcher Weg für Sie und Ihre Partei auch mit Risiken und Gefahren verbunden ist, weil mit diesem Thema nicht beliebig Slalom gefahren werden kann. Das muß Ihnen klar gewesen sein.

Deshalb erleben wir jetzt ein opportunistisches Trauerspiel. Kaum kommt es zu diesem gravierenden Vorfall, wird das Ruder wieder herumgerissen. Die zur Schau gestellte Empörung – das spürt jeder – ist eigentlich nur Fassade. Der Hintergrund ist ein völlig anderer: Ihr liberaler Kurs ist offenbar unoriginell geworden, die entsprechende Marktlücke ist inzwischen inflationär besetzt, und deshalb muß eine neue Rolle her.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Badeurlaub im Roten Meer!)

Zudem macht sich rechtsaußen eine neue Konkurrenz breit. Sie lassen sich von dem erstbesten Demagogen aus der Kurve tragen; das halte ich für verhängnisvoll.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie weit die Substanzlosigkeit Ihrer Politik schon fortgeschritten ist, zeigt sich auch daran, daß Sie sich letztlich –

C

D

(Dr. Holger Christier SPD)

- A so Ihre Äußerungen – das Handeln von der autonomen Szene vorschreiben lassen. Daß Sie sich von den linken Gewalttätern des Steines und einem rechten Gewalttäter des Wortes in dieser Weise beindrucken lassen, ist eine beschämende Entwicklung, die Schlimmes ahnen läßt.

Sie wären gut beraten, wenn Sie noch einmal darüber nachdenken würden, das aus neun Personen bestehende Gremium nicht zu sprengen und bei einem konstruktiven Weg zu bleiben.

Konfliktlösungen in manchen großstädtischen, sensiblen Quartieren – das sage ich abschließend – erfordern einen langen, aber nicht einen endlosen Atem; Gewalt gefährdet Lösungsbereitschaft. Dennoch gibt es nach meiner festen Überzeugung insbesondere aus stadtentwicklungspolitischer, aber auch vertraglicher Sicht Chancen für eine tragfähige Vereinbarung und Entwicklung. Ich hoffe, daß ausreichend guter Wille bei allen Beteiligten vorhanden ist, dieses Ergebnis herbeizuführen. Hier im Parlament – da bin ich ganz sicher – ist dies auf jeden Fall so. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht bei dieser Frage um ein aktuelles, gravierendes Problem, wie in dieser Stadt die Fragen der Inneren Sicherheit angegangen werden. Es gibt drei zentrale Grundsätze, die für uns die entscheidenden Maßstäbe bilden.

- B Der erste Grundsatz lautet: Wer bei Rechtsbruch wegsieht und keine Grenzen aufzeigt, handelt feige.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Franz SPD: Dann müßt ihr genauer hinsehen!)

Der zweite Grundsatz lautet: Wer die Polizei bei ihren schweren Aufgaben im Stich läßt, ist unfähig.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Grundsatz lautet: Wer Rechtsbruch auf Kosten der Allgemeinheit auch noch honoriert und belohnt, ist ihr gegenüber ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist die Politik des Senats hinsichtlich der Roten Flora feige, unfähig und ungerecht; das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Etwas zu heiß gebadet in Israel!)

Sie ist feige, weil bei fortgesetztem, langjährigem Rechtsbruch nachhaltig weggesehen und nicht gehandelt wird. 1998 wurde ein Funkstreifenwagen der Polizei aus der Roten Flora heraus angegriffen. Reaktion gleich Null. Im November 1998 wurde ein Polizeifahrzeug in einen Hinterhalt gelockt, Steine und Farbbeutel flogen, die Polizisten mußten unter dem Gelächter der Bewohner der Roten Flora fliehen. Grenzen aufzeigen? – Fehlanzeige. 1999 wurde mit Bekennerschreiben der Roten Flora ein Brandanschlag auf den Dienstwagen des Innensensors verübt.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ist doch Quatsch! – Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Hetzer!)

Der Verfassungsschutz bezeichnet die Rote Flora 1999 als zentralen Anlaufpunkt der Autonomen. Reaktion des Innensensors gleich Null.

Wie war es am vorletzten Montag? Herr Christier, Sie sagen, da sei ein wenig gewesen, aber dies sei kein Grund, die Haltung zu überdenken.

(Dr. Holger Christier SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Was ist denn gewesen? Straßenkrawalle, Aggressionen, 133 Festnahmen und verletzte Polizisten. Die Reaktionen des Bürgermeisters und des Innensensors waren ein reines Betroffenheitsritual. Das ist keine Art, wie man Innenpolitik macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, warum Sie nicht handeln. Natürlich hätte man versuchen sollen, eine vertragliche Lösung zu finden. Wir haben diese vorgeschlagen und dafür zu Unrecht viel Kritik einstecken müssen. Wie ist nach über einem Jahr seitens der Roten Flora reagiert worden? Die ausgestreckte Hand wurde weggeschlagen, es wurde nicht verhandelt, und die Gewalttaten haben sich fortgesetzt. Jetzt gibt es kein weiteres Abwarten mehr, es muß gehandelt werden!

(Beifall bei der CDU – Dr. Holger Christier SPD: Dann mal los!)

Ich habe den Eindruck, daß Sie mit Ihrer mangelnden Bereitschaft den internen Koalitionsfrieden nicht gefährden wollen, wenn Sie sich irgendwann einmal auf irgend etwas festlegen, denn wenn man sich festlegt, muß man auch handeln.

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist Ihr Problem!)

Sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser, sich festzulegen, weil Sie nämlich Angst vor Ihrer eigenen Courage und Mutlosigkeit haben.

(Beifall bei der CDU)

Wer in einer solchen Situation die dauernde Verhöhnung von Polizeibeamtinnen und -beamten zuläßt, die auch einen Eid darauf abgeleistet haben, für den Erhalt der öffentlichen Ordnung ihren Leib und ihr Leben einzusetzen – das tun sie auch in vorbildlicher Weise –, indem man nichts gegen das an der Roten Flora aufgehängte Transparent mit der Aufschrift „Macht die öffentliche Ordnung kaputt, wie Ihr es nur könnt!“ unternimmt, beleidigt die Würde der Polizeibeamtinnen und -beamten in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Sie lassen mit fadenscheinigen juristischen Argumenten die Polizeibeamtinnen und -beamten, die ihre Pflicht tun, im Stich.

Ein Drittes: Für mich steht fest, Rechtsbrecher und Gewalttäter darf man nicht belohnen. Man darf nicht hoffen, daß durch eine finanzielle Zuwendung hier, ein Wegsehen dort und durch ein Sichzurückziehen da Frieden eintritt. Das Gegenteil ist der Fall. Von jedem Bürger dieser Stadt wird erwartet, daß er sich an die Gesetze hält, Miete und Mietnebenkosten bezahlt, sich an die Bauordnung hält, Abfall vernünftig entsorgt und Straftaten verhindert. Hier sehen Sie bei der Roten Flora weg; das ist in höchstem Maße ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

(Ole von Beust CDU)

- A Darum bleibe ich dabei: Dr. Christier, es geht hier nicht um die Frage von links oder rechts oder von liberal oder unliberal.

(Günter Frank SPD: Es geht nicht um Wahlkampf!)

Wenn Sie 133 Festnahmen aufgrund von Gesetzesverstößen und Gewaltakten für liberal halten,

(Manfred Mahr GAL: Sie haben doch überhaupt keine Ahnung!)

dann haben wir verschiedene Auffassungen von Liberalität. Denn liberal heißt, daß jeder nach seiner Fassung, aber nicht auf Kosten und zu Lasten anderer glücklich werden soll. Das ist für mich liberal, und daran halten Sie sich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bleibe dabei: Ihre Politik ist feige, unfähig, ungerecht und bedarf im Interesse der Stadt einer dringenden Kurskorrektur.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Ich hoffe, daß der lange Beifall nicht von meiner Redezeit abgeht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Beust, ich hätte Ihnen so viel Populismus und Zündeln – aber als Hommage an den rechten Rand gerichtet – gegen den eigenen Verstand nicht zugetraut.

- B (Zurufe von der CDU – Rolf Kruse CDU: Seien Sie doch nicht so überheblich!)

Ich würde gern auf die Ereignisse zurückkommen, die in einer Zeit stattgefunden haben, in der Sie nicht in der Stadt waren.

Eine Demonstration hat in einem der populärsten Viertel in unserer Stadt ein gewalttätiges Ende gefunden. Es wurde randaliert und Gewalt gegen Sachen und Menschen ausgeübt. Das ist, wie Herr Christier es schon gesagt hat, zu verurteilen; die Straftäter sind zur Verantwortung zu ziehen. Einzelne Randalierer flüchteten sich in die Rote Flora und mischten sich unter Konzertbesucherinnen und -besucher.

Durch die Vermittlung von zwei Bürgerschaftsabgeordneten – Manfred Mahr und Norbert Hackbusch – kam es zum Glück für alle Beteiligten zu einem gewaltlosen Ende;

(Beifall bei der GAL und der SPD)

die Personalien wurden ohne Eskalation aufgenommen. Wir können uns nur bei allen bedanken, die zu diesem friedlichen Ende beigetragen haben.

(Uwe Grund SPD: Das ist doch nicht friedlich!)

– Ich sage es gern noch einmal: Herr Grund, das Ende war friedlich.

(Ole von Beust CDU: Das ist Zynismus!)

Beispiellos ist allerdings die darauf folgende Inszenierung. Teile der Medien, ein alleingelassener CDU-Abgeordneter und andere schillernde Einzelpersonen inszenieren eine schier hemmungslose und schamlose Kampagne.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das Subjekt des Hasses, der Beleg für die Unfähigkeit des Innensensors und des Bürgermeisters, wird in der Existenz der Roten Flora gesehen.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Nicht nur!)

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Wut über die Zerstörung und Gewalt im Viertel ist angebracht, aber die Art und Weise, wie hier ein Symbol gesucht wird, das auch noch Opfer sein soll, ist schamlos.

(Beifall bei der GAL und bei Jan Ehlers und Walter Zuckerer, beide SPD)

Um es ganz deutlich zu sagen: Als Ergebnis dieser gewalttätigen Randalie im Schanzenviertel gibt es auf beiden Seiten Krisengewinner. Auf der einen Seite sieht die CDU die Chance, die ihr in die rechte Ecke wegschwimmenden Felle wieder aufzufischen. Auf der anderen Seite haben die interessierten Kreise im Viertel, denen die Veränderung des alten Schanzenviertels nicht in den Kram paßt, die Muskeln gezeigt. Verlierer sind die Menschen, die in dem einzigartigen Viertel leben und arbeiten. Sie alle kennen die Artikel aus den sogenannten seriösen Zeitungen wie der „Welt“, dem „Abendblatt“ und der „taz“, die von Januar bis April von dem Existenzgründungsboom, der Attraktivität der Gaststätten und der Szene insgesamt geschrieben haben. Der Tourismus und selbst die Hamburger haben das Schanzenviertel entdeckt, weil es bunt, kreativ und weil dort die Rote Flora ist. Die Kreativität und Attraktivität für Innovationen entsteht doch gerade durch solche Räume. In diesem Quartier finden sich völlig unterschiedliche Identitäten für völlig unterschiedliche Lebensbilder; diese Vielfalt des sozialen und kulturellen Lebens wollen wir erhalten.

(Beifall bei der GAL)

Der Boom, den das Viertel derzeit erlebt, gefährdet fast schon die gewachsene Struktur und Vielfalt. Deswegen sind wir sehr froh, daß es jetzt ein Stadtteilentwicklungsprogramm gibt, worüber alle miteinander reden, und daß vor allem die Kommunikations- und Beteiligungsprozesse intensiviert werden. Das brauchen wir, und deswegen geht es auch um Rechtssicherheit für die Nachbarschaft, aber auch für die Rote Flora.

Herr Christier hat von Vertragsverhandlungen gesprochen. Wir wollen diese auch,

(Ole von Beust CDU: Wie lange? Wann?)

und sie müssen zu einem Ende kommen. Sie sind jedoch langwierig, kompliziert und manchmal chaotisch, aber sie sollen stattfinden, haben schon stattgefunden und werden auch weiterhin stattfinden.

(Ole von Beust CDU: Wenn nicht?)

Dafür bedarf es Ruhe, Gelassenheit und politischer Klugheit. Daran fehlt es der CDU eindeutig; sie bevorzugt den populistischen Quatsch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Seit einer Woche, meine Damen und Herren, zeichnen die CDU und die „Bild“-Zeitung in einer wirklich beispiellosen Kampagne ein Bild der Angst und des Schreckens für Hamburg.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Na, na, na!)

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Im Zentrum steht dabei vor allem die Rote Flora. Keine Schweinerei ist den Protagonisten zu schmutzig, um sie nicht zu benutzen. Der heimtückische Handgranatenschlag in der Hamburger Prominentendisco „J's“ und die Vorfälle im Schanzenviertel werden zu einem unverdaulichen Brei zusammengemührt, weil sich so viel besser über Terror und Gewalt in Hamburg schreiben läßt. Die Polizei kann zum wiederholten Male sagen, daß von der Roten Flora in jener Nacht keine Gewalt ausgegangen sei. Das interessiert weder die CDU noch die „Bild“-Zeitung.

Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Die Rote Flora hat bei den Auseinandersetzungen in jener Nacht nur eine nachweisbare Rolle gespielt: Sie wurde – wie auch die in der Nähe liegenden Kneipen – von Menschen auf der Flucht – auch vor Polizeiknüppeln – als Schutzraum aufgesucht.

(Lachen bei der CDU)

– Sie können das feststellen, wenn Sie sich die Videoaufzeichnungen ansehen.

In der Roten Flora wurden verletzte Menschen medizinisch notversorgt und Krankentransporte organisiert. Das mag Ihnen nicht passen, aber es ist trotzdem die Realität.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sie reden von medizinischer Notversorgung!)

Diese Tatsachen kann man der Roten Flora nicht ernsthaft vorwerfen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Hören Sie zu, auch wenn Sie gerade laut schreien: Fakten interessieren weder die „Bild“-Zeitung noch die Hetzer der CDU. Die Bilder von brennenden Barrikaden und verletzte Polizisten dienen nur dazu, eine populistische Law-and-order-Kampagne loszutreten, die keine Grenzen kennt. Es paßt Ihnen nicht, zu recherchieren, ob auch Demonstranten oder gänzlich Unbeteiligte verletzt wurden. Ebenso paßt es Ihnen nicht, nachzufragen, warum Menschen verprügelt wurden, ohne daß die Polizei ein erkennbares Interesse daran hatte, diese Menschen später auch festzunehmen.

- B Ich hoffe, daß wir uns wenigstens in einem Punkt einig sind: Keine Gewalt gegen Menschen, weder gegen Polizisten noch gegen Demonstrantinnen und Demonstranten. Darauf können wir uns gern verständigen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Axel Bühler GAL)

Es paßt Ihnen aber auch nicht, nach den Rechtsgrundlagen zu fragen, auf deren Basis die Polizei Stunden nach den letzten Auseinandersetzungen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Tanzveranstaltung in der Roten Flora – ich formuliere das einmal so – vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt hat. Stellen Sie sich vor, das würde in der Musikhalle – wo Sie wahrscheinlich eher hingehen – passieren. In die Musikhalle rennt jemand hinein, dem man vorwirft, Steine geworfen zu haben. Man hält Sie fest und nimmt von Ihnen die Personalien auf. Diesen Aufschrei in Hamburg würde ich gerne hören. Aber das interessiert Sie auch nicht.

Es interessiert Sie auch nicht, zu fragen, warum man zum Beispiel keine Rechtsanwälte oder auch andere Bürgerschaftsabgeordnete als die beiden schon anwesenden in die Rote Flora gelassen hat. Das hat Sie nicht interessiert, weil es nicht Ihr Problem war.

Der – angeblich von der CDU als viel zu lasch beschriebene – Polizeieinsatz ist nach unseren Erkenntnissen eher so zu bewerten, daß er am obersten oder sogar schon fast über dem Rand der rechtlichen Möglichkeiten liegt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Wrocklage, wenn Sie heute die unsachlichen Kampagnen und Berichterstattungen der „Bild“-Zeitung zu Recht beklagen, dann haben Sie mit dem überhartem Polizeieinsatz und vor allem mit der Zahl der Festnahmen, die Sie als Erfolg feiern, erst dafür gesorgt, daß man jetzt auf die Rote Flora sieht und die Bewohner als Rechtsverbrecher bezeichnet. Sie selbst haben das Fundament für die von Ihnen heute so vehement beklagten Umstände geschaffen.

(Wolfgang Baar SPD: Wo haben Sie nur die Phantasie her?)

Es geht hier eindeutig nicht um Fakten, sondern um Stimmungsmache. Es wird auch nicht davor zurückgeschreckt, eine persönliche Hetzjagd auf einzelne Menschen des Vereinsvorstandes zu machen. Da werden nicht nur die kompletten Namen genannt, sondern es wird auch noch in deren Privatleben herumgeschnüffelt. Eigentlich fehlen nur noch die Angaben über die Adressen, damit die Neonazis ihre Steckbriefsammlung im Internet komplettieren können. Das hat sofort aufzuhören!

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte noch einmal auf die CDU zurückkommen. Sie geben doch immer vor, daß Sie für die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt kämpfen. Die Hamburgerinnen und Hamburger sollen sich wohl fühlen können. Das finde ich auch. Aber genau dieses Lebensgefühl wird von der CDU und ihrer Kampagne gegen alles, was ihr nicht paßt – egal, ob Rote Flora oder Bauwagenbewohner –, kaputtgemacht. Denn auch Sie von der CDU wissen ganz genau, daß objektiv betrachtet die Sicherheitslage in Hamburg gut ist.

(Dr. Roland Salchow CDU: Wunderbar!)

Herr Salchow, das subjektive Empfinden der Menschen wird maßgeblich auch davon beeinträchtigt, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Hier haben Sie sich aus meiner Sicht als schlimme Hetzerinnen und Hetzer betätigt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Axel Bühler GAL – Michael Fuchs CDU: Nein, nein, nein! – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete Sudmann, Sie haben das zweite Mal das Wort „Hetzer“ gebraucht. Das erste Mal habe ich es nicht gehört; aber ich bitte Sie, es zu unterlassen, die CDU-Kollegen als Hetzer zu bezeichnen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Heike Sudmann (fortfahrend): Okay, aber ich mache trotzdem weiter. Das gleiche gilt für die Bauwagen. Hier haben Sie die von Ihnen ausgelösten Diskussionen nicht gewollt. Sie sorgen dafür, daß neonazistische Gruppen genau diese Diskussion als Versuch nutzen, um sich politisch zu profilieren. Sie inszenieren eine geistige Brandstiftung.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Ihre Redezeit ist abgelaufen.

C

D

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A **Heike Sudmann** (fortfahrend): Einen letzten Satz. Gelasenheit ist gefragt. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn eine Stadt wie Hamburg ein

(Zurufe von der CDU und der SPD)

autonomes Stadtteilzentrum wie die Rote Flora nicht ertragen könnte und sich die Politik von dickbalkigen Schlagzeilen erpressen ließe.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Karl-Heinz Ehlers CDU: Die Dame hat nicht alle Hühner auf dem Balkon!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach fünf Jahren relativer Ruhe mußten wir in der Nacht zum 1. Mai einen neuen Ausbruch massiver Gewalt mit über 20 verletzten Polizisten, eingeworfenen Fensterscheiben, Brandstiftungen, Verunsicherungen im Schanzenviertel von Autonomen hinnehmen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Hinnehmen ist genau der falsche Ausdruck! Hinnehmen mußten Sie das nicht!)

Herr Ehlers, wir sind uns in diesem Hause hoffentlich alle einig: Rechtsbruch und Randalie kann und wird der demokratische Rechtsstaat nicht tolerieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

B Vor diesem Hintergrund hat die Polizei mit durchgreifendem Erfolg in der Nacht zum 1. Mai unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit geleistet. Dafür danke ich den eingesetzten Beamtinnen und Beamten auch von dieser Stelle ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Besonders dem Einsatzführer, Herrn Weisschnur, gilt mein ganz persönlicher Dank; zu danken ist ferner der Feuerwehr mit ihren Rettungskräften.

Aber es gibt auch Anlaß für bedauerliche Feststellungen. Zu bedauern ist erstens, daß es zum Schaden der im Schanzenviertel lebenden Menschen einen von Gewalttättern bewirkten Rückschritt gegeben hat.

Zweitens ist besonders die erneute, nunmehr populistische Positionsveränderung der CDU zu bedauern.

(Ole von Beust CDU: Wo denn?)

Der liberale Herr von Beust und die gesamte CDU haben sich von einem sich anbahnenden Konsens verabschiedet, der nach Überzeugung des Senats nach wie vor trotz aller Rückschläge am ehesten Erfolg verspricht. Die CDU fährt zwischen den Extremen vertraglicher Nutzung einerseits und der sofortigen Räumung der Roten Flora andererseits – je nachdem, an welche Stimmung sie sich gerade anhängen will – einen wankelmütigen Schlingerkurs.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Fuchs CDU: Wenn einer schlingert, dann sind Sie das!)

Sie müßten inzwischen alle gelernt haben, daß Sie auf der Basis von Stimmungslagen – Bauchlagen, Herr Vahldieck – keine seriöse Innenpolitik machen können. Bei schwierigen Lagen ist einerseits Rationalität und andererseits Nervenstärke erforderlich.

(Zurufe bei der CDU)

C Bei der CDU, Herr von Beust, heißt es einmal mehr: Fehl-anzeige. Sie haben mittlerweile mit Ihrem politischen Opportunismus jeden Anspruch auf sicherheitspolitische Kompetenz verloren.

(Beifall bei der SPD – Frank-Thorsten Schira CDU: Sie sprechen über sich! – Hartmut Engels CDU: Das sehen die Hamburger anders!)

Die Menschen in unserer Stadt merken es zunehmend.

Der CDU fehlt in schwierigen Lagen die Fähigkeit zum Erfolg, und dadurch unterscheiden Sie sich von der rotgrünen Koalition. Ihnen fehlt, was die Polizei in den letzten Tagen nicht nur im Schanzenviertel bewiesen hat: Klare Zielvorstellungen, Besonnenheit und Konsequenz im Handeln.

Die Hamburger Polizei hat im Schanzenviertel in angemessener Weise und mit der notwendigen Entschlossenheit gezeigt, daß bei uns Recht und Gesetz gelten und auch durchgesetzt werden. Der Einsatz der Polizei und besonders die Durchsuchung der Roten Flora ist ein klares Signal. In Hamburg tanzt niemand dem Staat auf der Nase herum.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Dr. Roland Salchow CDU: Das war ja richtig ironisch!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Sie haben das entweder nicht erkannt – Sie waren aus durchaus ehrenwerten Motiven nicht in Hamburg –, oder – das fürchte ich um so mehr – Sie wollen das nicht erkennen. Statt dessen lassen Sie sich von einer Kampagne in Teilen der Presse beeindrucken, die so offensichtlich ist, daß sie jeder Mensch mit Verstand durchschaut.

D Statt mit Argumenten zu arbeiten, lassen Sie sich von der „Bild“-Zeitung treiben. Sie behaupten allen Ernstes, man müsse nur die Rote Flora abreißen, dann wäre das Problem gewaltbereiter Autonome gelöst. Ihrer Logik nach müßten wir dann die Fußballstadien plattmachen, um das Problem gewaltbereiter Hooligans zu lösen. Herr von Beust, das ist unter Ihrem Niveau.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber es ist in Wahrheit noch schlimmer. Sie lassen für den Unsinn einer entgleisten Kampagne Sympathie erkennen, weil auch Sie seit neuestem Ihr und das Heil der CDU in starken Sprüchen und in rechtspopulistischen Attitüden sehen. Ihre Partei hat Ihnen das auch vorgemacht.

(Zurufe von der CDU)

Sie sind offenbar lernfähig. Zuerst haben Sie die Unterschriftenaktion in Hessen gegen das neue Staatsangehörigkeitsrecht durchgeführt und zuletzt den peinlichen und gefährlichen Amoklauf des „Kinder-statt-Inder-Manes“ in Nordrhein-Westfalen unterstützt, der sich jahrelang selbst Zukunftsminister genannt und dabei die Zukunft unseres Landes verschlafen hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Sagen Sie mal was zur Sache! Sie haben seit zehn Minuten Blech geredet!)

– Sie können sich das doch einmal in Ruhe anhören, Herr Salchow.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Ich bitte erstens um etwas mehr Aufmerksamkeit, und zwei-

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A tens darf ich Sie daran erinnern, daß die Redezeit für einen Abgeordneten jetzt schon überschritten wäre.

(Beifall bei Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Senator Hartmuth Wrocklage (fortfahrend): Die Hamburger CDU setzt nun mit ihrem neuen Kurswechsel einen weiteren rechtspopulistischen Akzent, und zwar aus einem einzigen Grund: Sie haben Schieß vor Schill; das ist die Wahrheit.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Sie starren auf diesen Mann wie ein Kaninchen auf die Schlange. Seine abstrusen, halbgaren Ideen und seine medienwirksam inszenierten Auftritte versetzen Sie in Panik. Die Umfrageergebnisse in den gestrigen Ausgaben des „Hamburger Abendblatts“ und der „Hamburger Morgenpost“ tun das übrige. Ich habe das Gefühl, Herr von Beust, Sie verlieren die Nerven.

Wenn Herr Schill Sie als zu weit links bezeichnet, marschieren Sie nach rechts. Ihnen fehlt die Zivilcourage und das Standvermögen, diesem Brunnenvergifter und Teilen der Medien die Stirn zu bieten.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist zum Kotzen mit Ihrer Rede!)

Sie spielen mit dem Ruf der Hamburger CDU, eine große, liberal orientierte Volkspartei zu sein. Das kann ich nur bedauern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Ob es Ihnen nun paßt oder nicht: Der Einsatz der Polizei im Schanzenviertel war ein Erfolg. Der „Bild“-Zeitung war dieser Polizeieinsatz zu lasch, der „taz“ war er zu hart. Wir haben uns nicht an diesen völlig einseitig agierenden Zeitungen orientiert, sondern ausschließlich an der Sache; und das wird so bleiben.

(Rolf Kruse CDU: Wo ist Ihr Schlußwort? Das ist unfair!)

Die Polizei wird die Lage im Schanzenviertel auch in Zukunft kontrollieren, die durch diese Randalen in der Tat einfacher geworden ist. Aber die Sicherheitsbehörden tun alles, was in ihren Kräften steht, um Sicherheit und Ordnung, Recht und Gesetz im Schanzenviertel und anderswo in der Stadt zu wahren. Dabei springen wir noch lange nicht über jedes Stöckchen, das uns hingehalten wird. Wir bleiben, auch wenn Ihnen das nicht paßt, bei unserer besonnenen und konsequenten Polizeiarbeit.

(Dr. Roland Salchow CDU: Wie lange darf er noch so ein Blech erzählen?)

Das politische Problem Rote Flora kann nicht allein mit polizeilichen Mitteln gelöst werden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das Blech müssen Sie auch noch ablesen!)

Die aus Vernunftgründen nach wie vor anzustrebende Vertragslösung muß auch auf bezirklicher Ebene vorangebracht werden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Blinder Zeilenableser!)

Nun muß sich auch der Verein Flora e.V. endlich bewegen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das hat doch keine Würde, was er sagt! – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Herr Senator, Sie haben die Redezeit eines Abgeordneten ungefähr um das Doppelte überschritten. Darin liegt natürlich auch ein Grund für die Unaufmerksamkeit.

C

Senator Hartmuth Wrocklage (fortfahrend): Wir bleiben bei unserer besonnenen und konsequenten Polizeipolitik innerhalb und außerhalb der Roten Flora.

Ich darf im Klartext zum Schluß noch einmal zusammenfassen: Die Rote Flora ist ein zentraler Anlauf- und Treffpunkt der Hamburger autonomen Szene; die Sicherheitsbehörden haben sie deshalb weiter im Auge. Es gab und gibt, Herr von Beust, keine politische Anweisung an die Polizei, in der Roten Flora keine Strafverfolgung zu betreiben, auch wenn das angeblich von anonymen Polizisten gesagt wird. Es gibt keine Anweisung des Innensensors an die Polizei, wegzusehen, auch wenn Sie das öffentlich behaupten. Wir tun das in unseren Kräften Stehende, um Rechtsbruch und Randalen in Hamburg mit Besonnenheit zu verhindern beziehungsweise zu unterbinden, ohne autonome oder populistische Geißlerhüte zu grüßen. Es gibt keine rechtsfreien Räume in Hamburg, in denen Straf- und Polizeirecht nicht gelten oder nicht durchgesetzt werden,

(Dr. Roland Salchow CDU: Wie viele Seiten haben Sie denn noch?)

auch wenn die Opposition das in ihrem Opportunismus nicht einsehen will.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sie verhöhnen das Parlament mit Ihrem Geschwätz!)

Das Wichtigste zum Schluß: Es gibt derzeit keine erfolgversprechende Alternative zu der Linie des Senats. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Wrocklage, Ihre minutenlangen Unverschämtheiten gegenüber der CDU

(Beifall bei der CDU)

waren in Ihrer Platttheit und Dummheit sogar unter Ihrem Niveau. Das war unmöglich. Wir müssen uns so etwas nicht gefallen lassen. Hier wird die Möglichkeit des Senats, sich auszubreiten, exzessiv ausgenutzt. Die Abgeordneten haben nur fünf Minuten Redezeit. Wir müssen uns hier beschimpfen lassen; das ist eine Unverschämtheit ohnegleichen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben mit Ihrer Rede ja nicht einmal den offenkundig angestrebten Effekt erzielt, Ihre eigenen Kollegen zu begeistern. Das spricht für die Sozialdemokraten!

(Beifall bei der CDU)

Vor einem knappen Jahr lag dem Parlament ein CDU-Antrag mit dem Ziel vor, rechtsstaatliche Verhältnisse in der Roten Flora herzustellen. Die Ergebnisse der Diskussionen sollten bis November 1999 vorliegen, liegen aber bis heute nicht vor. Es gibt lediglich deprimierende Ergebnisse. Frau Möller hat damals am 7. Juli und heute gesagt, die CDU

(Heino Vahldieck CDU)

A könne die Vielfalt, Buntheit und die individuelle Lebensart nicht aushalten. Frau Möller, das ist keinesfalls unser Problem. Wir können es nur nicht aushalten, daß es in dieser Stadt einen Ort gibt, an dem das Recht nicht gilt, Polizisten mit Molotowcocktails und Steinen beworfen und auf heimtückische Art und Weise in die Falle gelockt werden

(Manfred Mahr GAL: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

und der regelmäßig die Funktion hat, Ausgangspunkt von Straftaten und Rückzugsraum für Straftäter zu sein. Das können wir nicht aushalten.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine Wende zum Besseren, im Gegenteil: In der letzten Woche fanden die schwersten Krawalle seit Jahren statt. Herr Dr. Schäfer hat in der genannten Debatte am 7. Juli gesagt, der begonnene Dialog habe Chancen, das Ziel – nämlich rechtmäßige Zustände – in absehbarer Zeit zu erreichen. Herr Dr. Schäfer, die Chance mag seinerzeit bestanden haben; aus unserer Sicht besteht diese Chance nicht mehr.

Wir sind über unseren Schatten gesprungen und wollten Verhandlungen. Aber wir wollten keine Verhandlungen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern sie sollten in einem überschaubaren Zeitraum, und zwar bis zum November 1999, abgeschlossen sein. Dieser Zeitpunkt ist seit einem halben Jahr verstrichen, die Chance ist vertan.

(Beifall bei der CDU)

Von der CDU – Herr von Beust hat das gesagt – kam der ausgestreckte Arm; die Rote Flora zeigte den ausgestreckten Mittelfinger beziehungsweise die geballte Faust.

B Das ist eine Antwort, die wir uns nicht bieten lassen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Martin Schmidt GAL: Wo ist er denn? Zeigen Sie ihn doch mal!)

Wir haben zu der eben gehörten Abwiegung à la Wrocklage keine Lust mehr, wenn uns seit Jahren verkauft wird, die Rote Flora sei in Wahrheit eine Mopedreparaturwerkstatt oder ein Workshop für Bauchtanz oder ähnliches. Es wurde uns immer wieder gesagt, es gäbe in dieser Stadt keine rechtsfreien Räume. Herr Wrocklage, das haben Sie heute wiederholt, es ist jedoch widerlegt. Wenn Herr Dr. Christier am 7. Juli 1999 sagte, daß vielleicht ein bißchen an der Theorie der rechtsfreien Räume dran sei, dann ist das falsch. Da ist nicht nur ein bißchen, sondern eine ganze Menge dran. Das ist jetzt deutlich geworden.

Noch einige wenige Worte zum Einsatz selbst. Hier sind offenkundig erhebliche handwerkliche Fehler gemacht worden. Es ist nicht zur Kenntnis genommen worden, daß sich dort etwas zusammenballt. Herr Wrocklage, Sie sind der Innensenator und haben dafür keine persönliche, aber die politische Verantwortung; davor können Sie sich nicht drücken.

Es gab – das werden wir natürlich in eineinhalb Wochen im Innenausschuß diskutieren – Hinweise auf Zusammenballungen rund um die Hafestraße, das Aufkommen fremder Autos und eine vermehrte Ansammlung von Menschen,

(Lachen bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Martin Schmidt GAL: Donnerwetter!)

die sich dort üblicherweise nicht befinden. Das waren Hinweise, die nicht ernst genommen wurden.

C Es gab weiterhin handwerkliche Fehler. Die Situation war bereits um 23 Uhr eskaliert, aber nach den vorliegenden Informationen wurden die beiden nach Berlin ausgeliehenen Hundertschaften erst um 2 Uhr zurückbeordert.

(Antje Möller GAL: Das war eben ein weiter Weg!)

Mit handwerklichen Fehlern gefährdet man die Gesundheit und das Leben der Beamten; wir werden das ausführlich diskutieren und untersuchen.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem ist das Thema Rote Flora ein echtes Trauerspiel und muß so schnell wie möglich beendet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin kein Mensch, der sich mit Innenpolitik beschäftigt, sondern ich befasse mich in diesem Parlament mit Stadtentwicklungspolitik. In diesem Zusammenhang liegt uns zum Thema Rote Flora seit gut einem Jahr ein CDU-Antrag vor.

Herr von Beust, bei Ihrem Debattenvortrag stört mich folgendes: Bei diesem Thema ist der Konjunkturverlauf Ihrer inhaltlichen Position,

(Zurufe bei der CDU)

D gemessen am Konjunktur- und Kursverlauf der Kurse am Nasdaq und am Neuen Markt, instabil. Ich habe es bisher bei keinem anderen politischen Thema wie diesem erlebt, wie Sie als Person die Seiten gewechselt haben. Je nachdem, wie die Situation vor Ort war, haben Sie sich auf die Seite der angeblich herrschenden Meinung geschlagen. Das ist für jemanden, der in dieser Stadt Bürgermeister werden will, ein absolut unmögliches Verhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Das ist eine erhebliche Aussage!)

Uns liegt seit einem Jahr der CDU-Antrag vor, der von uns äußerst seriös bearbeitet wird. Im November letzten Jahres haben wir in Ihrer Anwesenheit, Herr Vahldieck – ich habe das sehr begrüßt, obwohl Sie diesem Ausschuß nicht angehören –, darüber ausführlich debattiert.

Ich möchte Ihnen die Ausführungen der Innenbehörde aus dem Protokoll vorlesen, weil Ihre Behauptungen unrichtig sind:

„Der Vertreter der Polizei fährt fort, im Schanzenviertel geschähen, aber gleichermaßen wie in anderen Stadtteilen, Straftaten, die jedoch nicht im Vorhinein dem Umfeld der Roten Flora zugeordnet werden könnten.“

Das ist die klare Aussage der Innenbehörde. Sie haben in der gesamten Ausschußsitzung nicht einen Beweis erbracht, daß diese Straftaten vor Ort der Roten Flora wirklich zugeordnet werden können. Wenn Sie in einem Rechtsstaat über die Geschehnisse der letzten zwei, drei Jahre keine Beweise haben, dann dürfen Sie im Parlament nicht immer wieder solche Äußerungen machen; das ist nicht erlaubt.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

(Werner Dobritz SPD)

- A Die SPD hat in dieser Frage eine klare Position. Wir möchten das realisieren, was zwei bedeutende Tageszeitungen noch im April dieses Jahres als Liebeserklärung über das Schanzenviertel geschrieben haben: Dieses Quartier gewinnt man nur, wenn man sich einen zweiten Blick gönnt. Es ist ein Stadtteil im Umbruch. Geschäftsführer, Unternehmer und Eigentümer wollen das Schanzenviertel gemeinsam attraktiv machen. Menschen, die sich 20 Jahre nicht kannten, reden miteinander, die Straße Schulterblatt wird umgebaut, und es erfolgten zwischenzeitlich 112 Unternehmensansiedlungen. Diese Vorgänge sprechen für die „Schanze“; sie hat es daher nicht verdient, daß man über dieses Viertel in den Debatten so schamlos herzieht.

(Beifall bei der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Nutzer der Roten Flora müssen wissen – insofern begrüße ich außerordentlich die Aussagen des Ersten Bürgermeisters –: Wer sich dauerhaft dem Stadtteil und damit auch der Politik und dem Staat als Vertragspartner entzieht, verliert natürlich seine Rolle bei der Gestaltung dessen, was die Mehrheit der Nutzer der Roten Flora möchte.

In diesem Punkt gibt es einen wichtigen Unterschied. In der Roten Flora findet im Gegensatz zur Hafensstraße im Jahre 1988 zu 80 Prozent Kultur und zu 20 Prozent Politik statt.

(Wolfhard Ploog CDU: Heile Welt!)

Diese Personen in der Roten Flora müssen wissen, daß sie dabei sind, die Inhalte ihrer Kulturarbeit zu gefährden, die im übrigen viel etablierter ist als das, was die politisch Kreativen sich vorstellen. Ich sollte das eigentlich nicht sagen, denn dann könnten diese sauer werden.

- B Es kann nicht das Ziel sein, die Rote Flora zu räumen. Aber natürlich bedeutet dies nicht, daß es nicht auch Situationen gibt, in denen geräumt werden muß. Keiner sollte glauben, daß der Staat nicht doch in bestimmten Situationen genau dieses machen muß.

Zum Schluß. Herr von Beust, Sie haben gesagt, daß der politische Konsens dahin sei. Ich fordere Sie ausdrücklich auf: Kommen Sie in diesem Jahr, in dem die autonome Szene die EXPO nutzen will, um den Staat vorzuführen, in den Konsens zurück. Das ist auch Ihre Aufgabe als politische Opposition. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Mahr.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Der selbsternannte Schlichter! – Dr. Roland Salchow CDU: Der schlichte Schlichter!)

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sollten uns zunächst darüber einigen, worüber wir heute diskutieren wollen. Sachlichkeit hat bekanntlich noch nie geschadet.

Geht es um Gewalttaten im Anschluß an eine angemeldete Demonstration, geht es um das Kultur- und Stadtteilzentrum Rote Flora, oder geht es um Stimmungsmache in dieser Stadt?

Wenn es darum geht, die Eskalation der Gewalt in jener Nacht zu verurteilen, dann werden wir uns hier sehr schnell einig sein. Niemand wird brennende Barrikaden akzeptieren oder ungerechtfertigte Gewalt gegen Polizistinnen oder Polizisten oder Demonstranten hinnehmen wollen. Diese

und andere Fragen, wie zum Beispiel auch die Frage nach der angeblichen Unrechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes in der Roten Flora, werden zu klären sein. Frau Sudmann hat eine diesbezügliche Anfrage gestellt; wir sollten in aller Ruhe abwarten, was die entsprechenden Überprüfungen ergeben werden, falls nicht Herr Senator Wrocklage heute noch Einzelheiten dazu sagen sollte.

Kommen wir zum eigentlichen Stein des Anstoßes, zur Roten Flora. Ich habe mir aufgrund meiner Vermittlerrolle am frühen Morgen des 1. Mai zwangsläufig – wie übrigens auch die Polizeiführer – ein genaues Bild von den Zuständen in der Roten Flora verschaffen können. Herr Ehlers, nichts, aber gar nichts hat auf das hingedeutet, was die „Bild“-Zeitung seit Tagen herbeizuschreiben versucht, daß nämlich die Rote Flora als Schaltzentrale des Terrors und als Terrornest schlechthin fungiere. Die Durchsuchung des gesamten Gebäudes

(Zuruf von Karl-Heinz Ehlers CDU)

– Sie waren doch gar nicht anwesend – ergab keine eindeutigen Hinweise auf irgendwelche Straftaten oder Straftäter.

(Zurufe von der CDU)

Es kann schlechthin als Märchen abgetan werden, daß der Verlauf der Auseinandersetzung nach der Demonstration von der Roten Flora geplant und herbeigeführt worden sei. Dagegen spricht schon, daß zum gleichen Zeitpunkt der Demonstration eine entsprechende Musikveranstaltung stattfand. Herr Vahldieck, Ihre Behauptungen sind daher unwahr. Alles weitere sollten wir den Ermittlungen überlassen.

Wenn die „Bild“-Zeitung zum Sturmangriff gegen den Hamburger Senat und die Rote Flora bläst, scheint diesem Blatt jedes Mittel recht zu sein. Diejenigen, die sich regelmäßig darüber aufregen, daß Polizisten als „Bullen“ beschimpft werden, sprechen aber selbst eine verräterische Sprache.

Danach haben sich nämlich „Chaoten“ und „Faulenzer“ im Viertel breitgemacht und leben auf Kosten sogenannter braver Bürger. Tatsachen werden unterschlagen oder verdreht und Menschen an den Pranger gestellt. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer interessengeleiteten Desinformationskampagne zu tun.

(Beifall bei der GAL, bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dr. Silke Urbanski SPD – Oh-Rufe bei der CDU)

Wer regelmäßig rechtschaffenes Verhalten einklagt, sollte zunächst vor der eigenen Tür kehren.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wer sich auf 800 000 Leser in dieser Stadt beruft, der hat auch eine achthunderttausendfache Verantwortung. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Statt dessen zündelt dieses Blatt in einer menschenverachtenden Rücksichtslosigkeit und trampelt auf Menschen herum; das ist wirklich beispieldlos.

Das Schlimme ist, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie mitschwimmen, wenn auch nicht in dieser – zugegeben – schrillen Art und Weise; das haben wir heute erlebt. Nach Ole von Beust hätte der Senator – Zitat aus der „Welt“ – „spätestens nach den jüngsten Krawallen die Rote

(Manfred Mahr GAL)

- A Flora räumen und abreißen müssen“. Das ist eine klare Anforderung zum Rechtsbruch und reiner Populismus. Das wissen Sie, Herr Rechtsanwalt.

Auch andere – das muß allerdings auch gesagt werden – tragen Verantwortung. Die irreführende Berichterstattung nach den nächtlichen Vorfällen kann nicht allein – das muß ich leider sagen – den Medien zugewiesen werden. Leider hat die Polizeipressestelle daran auch ihren Anteil. Ich hätte es mir gern anders gewünscht, aber es ist so. Die Abschlußmeldung der Presse unterschlägt – das hatte Folgen für die Berichterstattung der nächsten Tage –, daß es von beiden Seiten akzeptierte Verhandlungen gab, daß die Einsatzleitung von mir informiert wurde, daß die Menschen zur Identitätsfeststellung die Rote Flora durch das Hauptgebäude verlassen werden, daß sich dort überwiegend Besucher einer Musikveranstaltung aufhielten, daß die Durchsuchung im Beisein eines Mitgliedes des Vereinsvorstands stattfand, daß dieses Mitglied bis auf drei Räume, für die die Schlüssel nicht sofort zur Verfügung standen, die aber in seinem Beisein aufgebrochen wurden, sämtliche Räume aufschloß. Von der Falschmeldung über eine in den aufgebrochenen Räumen festgenommene Person, oder daß sich die Anwesenden angeblich weigerten, ihre Identität feststellen zu lassen, will ich gar nicht erst reden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Was falsch ist, sollten Sie als Polizist auch wissen! – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Mahr, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Ole von Beust CDU: Und Senator sind Sie noch nicht, Herr Mahr!)

- B **Manfred Mahr** (fortfahrend): Noch einen Satz.

Ich bin, ehrlich gesagt, etwas ratlos, warum es zu dieser Pressemeldung kam. In den nächsten Tagen wurde diese allerdings nachgebessert.

Wir befürworten eine vertragliche Regelung. Aufgeregtheit und Panikmache sind in der Tat schlechte Ratgeber. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

(Heino Vahldieck CDU: Schon wieder ein Schlichter!)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Meine Damen und Herren! Herr von Beust, die Art und Weise, wie Sie die Sache in den letzten Tagen diskutiert haben, hat mir nicht gefallen.

(Heino Vahldieck CDU: Das war auch nicht sein Ehrgeiz!)

Ich möchte die Angelegenheit auf den Punkt bringen: Das Plakat, das den Anstoß für die „Bild“-Zeitungs-Kampagne gab, lautet: „Stört die öffentliche Ordnung, wo Ihr sie trifft.“ Sie haben hier das Plakat so zitiert: „Haut die öffentliche Ordnung kaputt, wo Ihr sie trifft.“

Diese ungenaue, pöbelhafte Art und Weise und Ihre Übertreibungen zeigen sich daran, daß Sie nicht genau wissen, worum es geht. In Ihrem Rundumschlag machen Sie die Chaoten für das Geschehen verantwortlich; nach Ihren Worten ist damit endlich Schluß zu machen. Das ist unseriös und kann so nicht debattiert werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der GAL) C

Es geht darum, sich die „Bild“-Zeitungs-Kampagne und andere Dinge genau anzusehen. Für die CDU ist typisch, mit welcher Art und Weise sie damit umgeht. Da wird nicht auf die Einzelheiten geschaut, sondern insgesamt soll mit der Roten Flora aufgeräumt werden.

Sie fordern hier Rechtsstaatlichkeit ein. In diesem Zusammenhang haben wir eine Debatte in der Bezirksversammlung Mitte durchgeführt. Der Abgeordnete Kühlhorn, Fraktionsvorsitzender der CDU, hat folgendes gesagt:

„Nachdem die Trennscheibe zum Einsatz gekommen war, hätte man das Ding am besten gleich abfackeln sollen.“

So kann man nicht miteinander umgehen. Ihre Kampagne verhöhnt die von Ihnen eingeforderte Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Andrea Franken und Axel Bühler, beide GAL)

Diese Kampagne wird vor allem von einer Zeitung getragen. Sie berichtet unseriös, hämisch und fordert Biedermänner auf, endlich etwas zu unternehmen. Das haben wir in dieser Republik lange nicht mehr erlebt.

Ich weiß nicht, ob sich einige daran erinnern – ich war noch ziemlich jung, deshalb habe ich es nachgelesen –, daß es in den sechziger Jahren von dieser Zeitung schon einmal eine ähnliche Kampagne gab. Damals wurde gefordert, daß man mit den ungewaschenen Studenten, die durch die Gegend laufen, die nicht arbeiten und überall herumgammeln würden, aufräumen mußte. Am 9. April 1967 lautete die Hauptparole dieser Zeitung: „Stoppt den Terror jetzt! Wir können nicht allein der Polizei das Feld überlassen!“ Drei Tage später wurde Rudi Dutschke von Josef Bachmann niedergeschossen. Damals wurde behauptet, daß die „Bild“-Zeitung mitgeschossen habe. D

(Heino Vahldieck CDU: Sie waren damals zwölf Jahre alt, Herr Hackbusch!)

Das war richtig. Die „Bild“-Zeitung verhält sich heute genauso, wie sie sich damals verhalten hat. Auch heute ist es unsere Aufgabe, zu sagen, daß die „Bild“-Zeitung mit dieser Kampagne aufhören soll. Das hat mit Demokratie nichts zu tun und ist unsäglich!

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei der GAL und der SPD)

Diese derzeitige Kampagne findet in dem Augenblick ihren Höhepunkt, als in dieser Zeitung auch noch die vollständigen Namen derjenigen verbreitet werden, die dem Vorstand des Vereins Rote Flora angehören.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wovor haben die denn Angst?)

Das ist genau die Art und Weise, in der „mitgeschossen“ wird. Vielleicht sind es zunächst nur Steine, aber diese Hetze ist unsäglich und gehört von allen Demokraten in diesem Land verurteilt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der GAL)

Herr Ehlers, Sie wollen auch noch, daß die Adressen veröffentlicht werden sollen. Das ist unverschämte; ich möchte, daß ein Vertreter der CDU dazu Stellung nimmt.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Karl-Heinz Ehlers CDU: Die Adresse nicht rausrücken, aber die Kontonummer; das haben wir gern!)

Mir ist eine Aussage von Herrn Mahr sehr wichtig; sie ist aber etwas untergegangen. Er hat über die Rolle der Polizei gesprochen; darüber haben wir diskutiert. Aber ich bin der Meinung, daß die Polizei hätte deutlich machen können, daß – nach meinen Informationen – die sogenannten Randalerschäden mehrere hundert Meter weit von der Roten Flora entfernt, in einem anderen Stadtteil – zum Beispiel in der Glashüttenstraße und im Karolinenviertel – entstanden sind.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Sie haben das Zeichen gehört: Auch Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Ich möchte nur kurz zu dem Stellung nehmen, was Herr Mahr gesagt hat. In der Presseerklärung der Polizei wurde gesagt, daß eine Person festgenommen worden sei. Das stimmt ausdrücklich nicht, denn ich war die ganze Zeit dabei.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Hackbusch, Ihre Redezeit ist seit 30 Sekunden überschritten.

B **Norbert Hackbusch** (fortfahrend): Es wurde gesagt, daß 120 Randalierer festgenommen worden seien; das stimmt eindeutig auch nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Axel Bühler GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Maier.

Senator Dr. Willfried Maier: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Stellen Sie sich eine Debatte über das Schanzenviertel vor einem Monat vor. Es würde hier große Einigkeit über die Entwicklung dieses Viertels bestehen: Das Schanzenviertel hätte sich bestens entwickelt, sei lebhaft, Unternehmen würden sich dort ansiedeln, es gebe zwar Konflikte, aber man reibt sich, und man verträgt sich. Wir hätten von links bis rechts – unter Einschluß der Gruppe REGENBOGEN –, zwar mit einigen mahnenden Worten eine ruhige Debatte erlebt.

Nun hat es sozusagen vom 30. April auf den 1. Mai die Walpurgisnacht gegeben. Daraufhin kommt

(Zurufe von der CDU)

ein Drittel des Hauses zu der Meinung, daß die Katastrophe in der Stadt ausgebrochen sei. Hier muß irgend etwas in der Verhältnismäßigkeit des Urteils nicht ganz richtig sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Herr von Beust sagt, daß Unrecht geschähe, wenn Straftäter auch noch belohnt würden. Noch bis vor vier Wochen waren auch Sie der Mei-

nung, wir sollten eine vertragliche Lösung zur Flora machen. Was haben Sie sich denn unter „vertraglicher Lösung“ vorgestellt?

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

Haben Sie einmal darüber nachgedacht, was das bedeuten würde? Das würde doch bedeuten, eine Regelung über die Nutzung zu machen, und die Stadt gibt Geld zur Sanierung. Was haben Sie sich denn anderes vorgestellt? Hatten Sie die Vorstellung, man sollte irgendwie verlangen, daß die „Floristen“ einer nach dem anderen vortreten, niederknien und sagen „wir wollen es auch nie wieder tun“, und das ist dann sozusagen die vertragliche Lösung? Natürlich läuft jede vertragliche Lösung darauf hinaus zu sagen, wir machen ein bestimmtes Nutzungskonzept für ein Stadtteilkulturzentrum, und dieses Konzept setzen wir dann um wie andere Stadtteilkulturzentren auch, und das kostet Geld. Dann kommt natürlich Herr Tants und sagt, das sei zu teuer.

Wir hatten das gleiche schon mal beim Laue-Komplex. Da ist eine schwierige Situation dadurch geregelt worden, daß für die Stadt eine insgesamt sehr günstige Lösung geschaffen worden ist, um mehr als 270 neue Wohnungen und neues Gewerbe in das Schanzenviertel zu bekommen. In einem schmalen Stückchen ist für 44 Bewohnerinnen und Bewohner ein ABB-Projekt gestartet worden, wo die jetzt arbeiten können, um sich eine Wohnung zu schaffen.

(Volker Okun CDU: Das war nicht das erste!)

– Nein, es ist Gott sei Dank nicht das erste ABB-Projekt, es ist ja eine bewährte Maßnahme.

Nun sagen Sie, nachdem Sie vorher im Stadtplanungsausschuß diese Lösung mitgetragen haben, das ist uns zu teuer. Sie lassen sich nicht hinter einer Pressekampagne treiben, sondern segeln im Wind davor.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Was die Frage Recht, Unrecht, Straftäter, Flora angeht, bin ich sehr dafür, daß Straftäter ihre Strafe auch bekommen, aber wir haben die Regelung, wonach Schuld ein individueller Sachverhalt ist und nicht einer von Gruppen. Wenn einzelne aus der Flora oder nicht aus der Flora dies oder das getan haben, dann ist es völlig okay, daß sie für das, was sie getan haben, auch vor Gericht kommen. Aber es ist nicht in Ordnung, wenn eine Straftat verrichtet worden ist, daß dann ein ganzes Stadtviertel oder eine ganze Institution unter Anklage gestellt wird, wo doch erkennbar viele andere Menschen herumturnen.

Ich will Ihnen eine kleine Anekdote erzählen.

(Jürgen Klimke CDU: Ja, aber nur fünf Minuten! – Karl-Heinz Ehlers CDU: Wenn der Senator erzählt!)

Vor einigen Jahren hat die „Bild“-Zeitung eine extrem unangenehme Kampagne gegen einen Mitarbeiter unserer Fraktion gestartet, der heute nicht mehr lebt, und zwar die Kampagne, er hätte kleine Jungs verführt – eine völlig unhaltbare Kampagne. Wir waren in heller Wut, und die „Bild“-Zeitung korrigierte diese Kampagne nicht, sondern führte sie immer weiter. Damals gab es in der Fraktion die starke Meinung, mit dieser Redaktion kein Wort mehr zu reden. Wir haben dann aber durchgesetzt, daß es auch für solche Sachen individuelle Verantwortlichkeiten gibt und Redaktionen nicht kollektiv schuld sind.

C

D

(Senator Dr. Willfried Maier)

- A Das sollten sich auch die Redaktionen umgekehrt einmal sagen, wenn sie in bezug auf kulturelle oder politische Einrichtungen in der Stadt losschreiben. Es kann nicht sein, daß kollektiv unter Verschuß gestellt wird. Wir sind ein Rechtsstaat. Zwar hat jedes politische Argumentieren auch damit zu tun, daß wir so etwas wie sittliche Neigungen und sittliche Orientierungen innerhalb der Gesellschaft ansprechen. Aber das Sittlichkeitsgefühl unterschiedlicher Volksschichten ist nicht identisch mit dem, was als Recht in den Gesetzbüchern steht. Und es kann nicht angehen, sozusagen das gesunde Volksempfinden eines Teils der Bevölkerung gegen einen anderen Teil der Bevölkerung zu hetzen. Was würde denn dann passieren? Das Schanzenviertel würde doch explodieren, wenn wir uns so verhalten würden, wie Sie es jetzt vorschlagen.

(Michael Fuchs CDU: Das haben wir bei der Hafnstraße gesehen!)

Diejenigen, die als Autonome durch den Stadtteil kaspeln, sind doch nicht ohne jede Sympathie bei anderen Leuten in dem Stadtteil. Bei den einen haben sie keine Sympathien, aber bei den anderen haben sie auch Sympathien im Stadtteil. Und wenn wir da draufhauen würden, hätten wir den Stadtteil in heftigstem Konflikt, und es wäre nichts mehr von wegen blühender Schanze zu sehen. Darum müssen wir uns mit Geduld um eine vertragliche Lösung bemühen und nicht bei jeder Gelegenheit, wenn irgend etwas schiefgeht, sofort Katastrophe, Untergang und Titanic schreien, wobei Sie noch nicht einmal Rettungsboote haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte aber noch etwas zu Frau Sudmann sagen. Frau Sudmann sagte eben in ihrem Beitrag, wir seien uns doch einig, daß wir keine Gewalt gegen Menschen wollen. Ich bin ein bißchen weitergehender der Meinung, es geht um keine Gewalt.

- B

(Beifall bei der GAL, der SPD und der CDU – Dr. Stefan Schulz CDU: Richtig!)

Eines akzeptiere ich nicht: daß Leuten, die in der Schanze eine andere Meinung haben als bestimmte Teile der politischen AktivistInnen, Scheiben eingeworfen werden.

(Heino Vahldieck CDU: So ist es!)

Das ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und eine genauso große Niederträchtigkeit, als wenn von anderer Seite Angriffe auf die Meinungsfreiheit gefahren werden.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Es geht auch nicht, wenn im „Zeck“, also der Zeitschrift, die von einigen „Floristen“ gemacht wird, zum Beispiel anläßlich einer Aussage eines Gaststättenbesitzers, der sich zu Drogendealern äußerte und sagte, es sei ihm alles zu viel, mit einem etwas ironisierenden Tonfall gesagt wird, „sprengt das Café ohne Namen“. Das ist eine hyperbolische Redeweise, das weiß ich auch, es ist zum guten Teil metaphorisch, aber nicht alle Leute können da zwischen metaphorischem Reden und realer Aufforderung unterscheiden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es wurden tatsächlich eine oder zwei Nächte vor den Demonstrationen am 30. April bei dem Café Scheiben eingeschmissen. Es ist nicht bekannt geworden, wer das war, aber – das ist auch ein bißchen ein Appell an das Schanzenviertel – es ist angebracht, so einem Händler gegenüber dann Solidarität zu bekunden. Vielleicht überreichen

die „Floristen“ dem mal einen Blumenstrauß. Das geht nämlich einfach nicht, auch der hat das Recht zu sprechen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr von Beust.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Jetzt kommt der Vorschlag! – Dr. Holger Christier SPD: Wie wollen Sie mit den Autonomen umgehen?)

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, warum Sie stöhnen. Sie haben mich so liebevoll angesprochen, nun melde ich mich, und das ist auch wieder falsch.

Ich möchte gerne etwas zu meinen Vorrednern sagen. Bei den Rednern der Koalition und des Senats war ein bißchen viel „Bild“-Zeitung und ein bißchen wenig die Frage, welche Fehler Sie gemacht haben. Ich diskutiere mit Ihnen gerne über die „Bild“-Zeitung, wenn Sie wollen. Ich bin auch nicht immer glücklich über das, was die „Bild“ schreibt, denn auch wir sind häufig Opfer von Kommentaren oder Meinungen der „Bild“-Zeitung. Aber es ist nicht die „Bild“-Zeitung, die Krawalle organisiert hat, es ist nicht die „Bild“-Zeitung, die dazu geführt hat, daß 133 Festnahmen notwendig waren, es war nicht die „Bild“-Zeitung, die verursacht hat, daß 30 Polizisten im Krankenhaus lagen, und es ist nicht die „Bild“-Zeitung gewesen, die dafür gesorgt hat, daß Steine geschmissen und Scheiben eingeschmissen wurden. Drehen Sie doch nicht die Wahrheit um,

(Beifall bei der CDU)

sondern prüfen Sie, was die getan haben, bevor Sie auf andere zeigen.

Mit Verlaub, Herr Wrocklage, es lohnt nicht, lange Ausführungen zu Ihrer Rede zu machen, das war ein bißchen erbärmlich. Fünf Minuten Redezeit, die ich im Gegensatz zu Ihnen nur zur Verfügung habe, sind ein bißchen kurz, um die Sache mit Schill vertieft zu diskutieren,

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist Ihr Problem!)

für wen Chancen und Risiken da sind und so weiter. Nur, wer hat die Stimmung, die Schill anspricht, eigentlich verursacht, Herr Wrocklage?

(Elke Thomas CDU: Richtig!)

Der politische Vater von Schill sind Sie, und die Mutter ist Frau Peschel-Gutzeit.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD und der GAL)

Ihr Versagen in der Innenpolitik und der Justizpolitik führt dazu, daß überzogene Kritik von Schill auf fruchtbaren Boden fällt. Würde in dieser Stadt eine gute Innen- und Justizpolitik gemacht werden, würde keiner Herrn Schill zur Kenntnis nehmen, aber leider ist es nicht so.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe, auch wenn die Gemüter hier hochschlagen. Wir können hier oben nicht mehr verstehen, was Herr von Beust sagt.

(Wolfgang Baar SPD: Macht nichts! – Dr. Holger Christier SPD: Haben Sie es gut!)

(Ole von Beust CDU)

A **Ole von Beust** (fortfahrend): Daß Ihr Bedürfnis so groß ist, freut mich sehr.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr von Beust, es geht nicht um unser Bedürfnis, sondern darum, daß wir Ihren parlamentarischen Sprachgebrauch überprüfen möchten. – Danke schön.

Ole von Beust (fortfahrend): Dann prüfen Sie sorgfältig, Frau Präsidentin. Aber es war nichts Schlimmes, ich kann es Ihnen versichern.

Meine Damen und Herren! Es ist auch von Senator Maier sehr viel über die Schanze gesprochen worden. Es geht hier nicht um das Schanzenviertel, sondern einzig und allein um die Frage, wie man die Belastung Rote Flora aus dem Schanzenviertel herausbekommen kann. Wir wollen doch dieses bunte Schanzenviertel in seiner Alternativität, in seinen Lebensformen, in seinen Unternehmensgründungen, in seiner Lebhaftigkeit. Nur, meinen Sie wirklich, daß Gewalttaten dazugehören? Sie gehören nicht dazu,

(Beifall bei der CDU – Manfred Mahr GAL: Haben Sie nicht zugehört?)

und darum braucht das Schanzenviertel eine konsequente Politik.

Ich habe, als wir diesen Antrag vor einem Jahr – Herr Vahldieck hat ihn zitiert – gestellt haben, Briefe von zahlreichen Geschäftsleuten aus dem Schanzenviertel bekommen, die mir gesagt haben, o Gott, jetzt fällt die CDU uns auch noch in den Rücken und will mit den Leuten verhandeln. Daraufhin bin ich in das Schanzenviertel gegangen und habe mit etwa 20 Geschäftsleuten diskutiert. Wir haben einen Rundgang gemacht, und der einheitliche Tenor dieser Leute war, daß es ein wunderbares Viertel ist, nur, was tagtäglich an Belastungen von der Roten Flora ausgehe, sei unerträglich. Es herrschte dort nicht eine Atmosphäre der Vielfalt, sondern eine Atmosphäre der Angst, einer Angst dahin gehend, daß sich eine Reihe von Geschäftsleuten, da auch Journalisten dabei waren, geweigert haben ...

(Glocke)

Eine Zwischenfrage von Frau Sudmann? – Ja, bitte.

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Können Sie bitte beschreiben, welche tagtäglichen Belastungen aus Ihrer Sicht von der Roten Flora ausgehen?

Ole von Beust (fortfahrend): Das will ich Ihnen gerne beschreiben. Drei Geschäftsleute haben beschrieben, wie von Leuten der Roten Flora, die es auch vorher angekündigt haben, die Scheiben eingeschmissen worden sind. Und es waren Geschäftsleute da, die gesagt haben, wir sagen Ihnen alles, aber bitte ohne Namensnennung und bitte keine Fotos. Wenn das passiert, passiert am nächsten Tag wieder ein Überfall auf unser Geschäft. Mit einer solchen Tyrannei muß Schluß sein, eine solche Atmosphäre will ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dobritz, es ist kein Kurswechsel, den Sie uns vorwerfen. Wir haben im Juni letzten Jahres gesagt, lassen Sie uns alles in der Kraft Stehende versuchen, um mit Fristsetzung 30. November zu verhandeln. Die Frist ist verstrichen,

und Gewalt wurde ausgeübt. Dann zu sagen, der Staat muß handeln, ist kein Kurswechsel,

(Dr. Holger Christier SPD: Natürlich!)

sondern wahre Konsequenz.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: * Herr von Beust, Sie haben uns aufgefordert, über unsere eigenen Fehler zu reden. Herr Vahldieck hat etwas Ähnliches getan und die Gesamtverantwortung des Innensensors von Hamburg ins Spiel gebracht. Ich fordere Sie auf, dann doch bitte schön die Fehler darzustellen. Es ist völlig absurd, Herr Vahldieck, bei aller Freundschaft, sich hier hinzustellen und zu erläutern, wann sich die Lage wo wie im Schanzenviertel verdichtet hat und wann wo welche Autos mit ausländischen oder sonstigen Nummern so und so zu beurteilen waren. Ich maße mir nicht an, die Lagebeurteilung besser machen zu können als der Verfassungsschutz und die Polizeiführer.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es mag Fehlbeurteilungen gegeben haben, daß aber die CDU ex post immer die richtige Lagebeurteilung hat, stimmt nicht. Sie können sich ja in Zukunft, wenn sich die Nachrichten für Sie so verdichten, rechtzeitig dem Hamburger Innensensor als Berater zur Verfügung stellen. Vielleicht nützt das etwas, aber es ist absurd.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Natürlich muß man das diskutieren, aber nicht mit diesen Begründungen. Es gab keine falsche politische Lagebeurteilung, und deswegen kann ich in diesem Zusammenhang nur sagen, daß der hamburgische Innensensor seine Gesamtverantwortung an diesem Tag getragen hat. Er und die Polizei haben ihre Sache richtig und gut gemacht, und es gab keinen politischen Fehler. Sie müssen einmal belegen, welchen politischen Fehler es gab; das zu Punkt 1.

Und Punkt 2: Wir unterscheiden uns nicht darin, daß wir Gewalt verurteilen und gemeinsam hier stehen und sagen, das darf dort nicht sein, das muß zurückgewiesen werden, es gibt keine rechtsfreien Räume im Schanzenviertel.

Uns unterscheidet etwas ganz anderes. Dieses Quartier ist voller Widersprüche, und es ist sehr schwierig. Dort leben bis zu 40 Prozent der autonomen Szene in Hamburg, auch das macht es schwierig. In diesem Quartier gibt es keinen rechtsfreien Raum, aber es gibt Gewalttaten und auch Kriminalität. Sie müssen sich wirklich entscheiden – das muß man Ihnen politisch zumuten –, wann es eine Gewalttat ist und wann es ein rechtsfreier Raum wird, und diesen Beweis sind Sie bisher immer schuldig geblieben. Sie können Ihrer eigenen Position nicht entkommen. Sie haben im Herbst letzten Jahres Ihre Position geändert und argumentieren heute mit den Ereignissen von vor zehn Jahren, und das geht nicht,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Carsten Lüdemann CDU: Warum denn nicht?)

denn Sie haben sich auf die Debatte um eine vertragliche Lösung eingelassen.

Jetzt zu Ihnen, Herr von Beust. Ich frage noch einmal wie mehrere Vorredner: Was haben Sie erwartet? Es ist schwierig, ein Teil dieser Szenerie ist unberechenbar, jeder Stei-

(Walter Zuckerer SPD)

A newerfer kann öffentlich bestätigen, daß man dort verhandelt. Jeder Vorfall in diesem Viertel macht es für die politisch Handelnden äußerst risikoreich, weiter diesen Weg zu gehen, und die rotgrüne Koalition hatte immer zwei Seiten der Innenpolitik: friedensstiftende Verhandlungen in schwierigen Quartieren und klare Rechtsstaatlichkeit.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Und das zehn Jahre!)

Sie sind beim ersten schweren Vorfall ausgestiegen, und Sie sind jetzt ausgestiegen. Herr von Beust, es ist eine Stärke des Rechtsstaats und der Politik in dieser Stadt, wenn man so einen schwierigen Weg geht, und es wäre eine Stärke für alle Demokraten gewesen, wenn Sie weiterhin mit dabei gewesen wären, nicht bei jedem Schritt und nicht in allem, was Sie richtig finden müßten oder nicht, aber dabei gewesen wären. Wir fragen uns, warum Sie jetzt ausgestiegen sind.

(Dr. Roland Salchow CDU: Da war doch was! Waren Sie zehn Tage verreist, oder was?)

Die Antwort sind Sie schuldig geblieben. Sie haben gesagt, seit November sei das klar gewesen. Aber wenn Sie die Protokolle des Ausschusses nachlesen, so haben die CDU-Abgeordneten im letzten November nicht erklärt, daß jetzt der Ausstieg da sei. Und deswegen müssen Sie uns auch unsere Befindlichkeit lassen, so wie Sie ja auch eine Befindlichkeit und Vermutungen haben.

Sie werden den Eindruck, daß Sie Richter Schill und Hunke auf der rechten Spur überholen wollen, nicht vermeiden können. Sie müssen das dementieren, und zwar nicht in Worten, sondern in Taten. Und das bedeutet, daß man auch von seiten der CDU eine Innenpolitik betreiben muß, die einen verantwortlichen kontinuierlichen Kurs erkennen läßt und nicht eine Schaukelpolitik nach dem Motto „heute verhandeln und morgen auf der Seite des Volksempfindens stehen“. Das geht nicht, das ist nicht politisch verantwortlich.

B

Wir haben den Eindruck, daß die politische Positionsbestimmung der CDU das fluoreszierende Abziehbild der jeweiligen TED-Umfragen und der Durchschnittsmeinung dieser Stadt ist, und das ist keine politische Führung. Sie müssen sich vorhalten lassen, nicht politisch zu führen, sondern auf irgendeiner Woge mitzuschwimmen. Das können Sie weiter machen, aber die Hamburger werden es nicht honorieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ich freue mich über Ihre Begeisterung, wenn ich rede; dann hören Sie mir wenigstens zu.

Herr von Beust hat gesagt, die „Bild“-Zeitung habe die Krawalle nicht geschürt, und er wollte damit den Eindruck erwecken, daß alle anderen es gut finden, wie die Demo geendet ist. Sie können sicher sein, daß niemand sagt, es ist toll, wie die Demo geendet ist. Es wird aufzuklären sein, wer Steine geworfen hat, es wird auch der Vorwurf aufzuklären sein, ob wirklich zivile Ermittler und Ermittlerinnen einer der Aktivposten beim Steinwerfen waren. Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Ich kann Ihnen wahrscheinlich recht geben, daß die „Bild“-Zeitungsleute die Steine nicht geworfen haben, aber was Krawalle angeht, hat die „Bild“-Zeitung eine sehr große Verantwortung. Jetzt versucht sie

mit heftigen Überschriften – Sie tragen es teilweise hier vor mit „feige“ und „Gewaltstadt Hamburg“ –, den Eindruck zu erwecken, als wenn in Hamburg alles schlimm sei. Sie haben von Feigheit gesprochen,

C

(Ole von Beust CDU: Ja, Gewaltstaat! – Dr. Roland Salchow CDU: Können wir mal was Ernsthaftes hören?)

Sie haben davon gesprochen, es sei feige, nicht einzuschreiten. Ich weiß nicht, wie Sie Feigheit definieren. Ich kenne Feigheit in einer Definition, die sehr, sehr übel ist. Denken Sie einmal an den Ersten Weltkrieg zurück, wo massenhaft Soldaten nach Verdun geschickt wurden unter dem Vorwurf, ihr seid feige, wenn ihr euer Vaterland nicht verteidigt. Wir können aktuell sehen, was in den Schulen abgeht, was Sie sonst ja immer beklagen, wenn Kids anderen Kindern sagen, du bist feige, wenn du nicht von dieser Mauer, nicht von diesem Fünf-Meter-Turm springst. Diese Feigheitsdebatte können Sie sich schenken.

In einem Punkt haben Sie dasselbe Problem wie die „Bild“-Zeitung. Die „Bild“-Zeitung hat einen heftigen Rückgang bei den Leserinnen, Sie haben einen Rückgang bei den Wählerinnen. Deswegen versuchen Sie jetzt, mit sehr populistischen Themen einiges zu erreichen. Daß das nicht der richtige Weg ist, sollten Sie vielleicht lernen.

Was mich wirklich ärgert, ist, wenn Senator Maier versucht, mir zu unterstellen, nur weil ich gesagt habe, ich sei gegen Gewalt gegen Menschen, ich wäre für die Steine auf diese Bar gewesen. Ich finde es völlig idiotisch, Leuten, die eine andere Meinung haben, dann die Bar, Scheiben oder was auch immer einzuwerfen.

Aber jetzt zurück zu Herrn von Beust. Wenn Sie sagen, es gebe eine alltägliche Bedrohung aus der Flora, wenn Sie sagen, Geschäftsleute würden von „Floristen“ bedroht, dann frage ich mich, wie das eigentlich aussieht. Haben die Leute, die diese Drohung aussprechen, die ich auch unter aller Würde finde, um kein unparlamentarisches Wort zu gebrauchen, einen Stempel auf dem Kopf „Ich bin aus der Flora“, oder ist es so, wie Herr Warnholz behauptet, daß es ein Bekenner schreiben aus der Flora zu dem Attentat auf das Auto von Herrn Wrocklage gibt?

D

(Dr. Roland Salchow CDU: Wie lange haben Sie denn noch Redezeit?)

Auch das gibt es nicht. Das einzige, was es gibt, sind die Erkenntnisse der CDU, ganz genau zu wissen, daß es die Flora war. Sie versuchen darzustellen, daß alles, was es an Problemen im Schanzenviertel gibt, von der Flora kommt. Die Flora hat eine Kollektivschuld, seit Wochen wird gesagt, die Flora sei schuld am Drogenproblem, und dabei wird völlig übersehen, daß es eine staatliche Regelung gegeben hat, nämlich eine Vertreibung vom Hauptbahnhof über den Schanzepark zur Flora. Aber das interessiert Sie nicht, Hauptsache, Sie haben wieder einen Punkt, wo Sie glauben, ordentlich Stimmen in dieser Stadt gewinnen zu können; ich finde dies wirklich unerträglich.

Wenn Sie wirklich ins Schanzenviertel gehen – auch Herr Warnholz – und sich einmal umhören würden, dann würden Sie feststellen, daß es nicht so ist, wie Sie es beschreiben. Sie versuchen aber, den Leuten Angst einzureden, und das ist unverantwortlich auch vor dem Hintergrund, daß Sie mit dazu beitragen, daß Neonazis diese Suppe ganz hervorragend abkochen, und da können Sie sich nicht herausziehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A **Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Herr Warnholz hat das Wort.

(Petra Brinkmann SPD: Ab ins Tote Meer! – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Warum hat man Sie nicht mitgenommen?)

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zumindest die CDU-Fraktion geht von dem Grundsatz aus, daß zu einem vertraglichen Miteinander auch das Einhalten einfachster Regeln des Zusammenlebens zählt. Diese Regeln einzuhalten, ist nicht nur ein Anspruch der Roten Flora gegenüber dem Staat, sondern auch eine Pflicht der Flora gegenüber der Stadt und den hier lebenden Bürgern.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist richtig!)

Den Rechtsstaat als Einbahnstraße zu begreifen, indem man Subventionen annimmt, die Gesellschaft aber ansonsten bekämpft, wird es mit der CDU nicht geben.

(Beifall bei der CDU – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist eine echte Drohung!)

Für die Mehrzahl der Bürger in unserer schönen Stadt ist es nicht nachvollziehbar, warum eine Gruppe von Randalierern und Chaoten, die sich gegen den Staat mit allen seinen Einrichtungen stellt, vom Senat dann auch noch hofiert und mit Subventionen unterstützt wird. Unterstützt wird die Rote Flora unter anderem dadurch, daß auf Zahlungen, die jeder normale Steuerzahler zu erbringen hat, großzügig verzichtet wird. Seit zehn Jahren verzichtet der Senat auf Mietzahlungen für das 1300 Quadratmeter große Grundstück und alle weiteren mit dem Grundstück anfallenden Kosten. Allein der Mietausfall der letzten zehn Jahre übersteigt bei weitem die Millionengrenze – und das trotz angespannter Haushaltslage.

(Beifall bei der CDU)

Zudem nutzt die Rote Flora das Gebäude auch noch gewerblich als Kneipe und Diskothek, obwohl die Flora eigentlich nur ein Kulturzentrum des Stadtteils sein soll, und das nicht nur ohne Genehmigung, sondern auch noch absolut steuer- und kostenfrei.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Warnholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ellger?

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): Nein, das geht von meiner Redezeit ab. – Für eine Konzession im Bezirk Altona fallen normalerweise 100 DM pro Quadratmeter an. Bei mehreren hundert Quadratmetern gehen der Staatskasse da schnell mehrere zehntausend Mark in einem Jahr verloren.

Gerade deshalb habe ich letztes Jahr eine Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung gestellt.

(Manfred Mahr GAL: Die ist doch eingestellt!)

Die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens wurde allerdings verworfen. Die Justizsenatorin geht davon aus, daß in der Flora alles seine Ordnung hat.

(Manfred Mahr GAL: Na, was denn nun? Ist es eingestellt oder nicht?)

Aber auch auf direkte Unterstützung der Stadt kann sich die Flora verlassen. Als Beispiel möchte ich nur den Kauf eines

preisgünstigen Verstärkers für 20 000 DM und eine Gas-therme für 8000 DM anführen. Wie viele weitere Zahlungen der Senat zusätzlich geleistet hat, weiß der Senat auch nicht. In einer Antwort auf meine Anfrage vom 29. Juni letzten Jahres teilte mir der Senat mit, daß die Rote Flora überhaupt keine öffentlichen Mittel erhalte. Mit diesen Zahlungen will sich der Senat scheinbar die Gunst der Autonomen und der linksradikalen Szene erkaufen, weil er diese gewalttätigen Gruppierungen nicht mehr in den Griff bekommt. Das konnte man zuletzt auch am 1. Mai sehen.

Die Folge ist, daß die Stadt die alte Flora praktisch an eine kriminelle Minderheit verloren hat. Auch befürchten Bürgermeister Runde und Innensenator Wrocklage, daß sich die Rote Flora zu einer zweiten Hafestraße ausweiten wird. Der Senat, obwohl er Träger des Gewaltmonopols ist, scheut die Auseinandersetzung mit den Autonomen, vielmehr zahlt er lieber gleich die Steuergelder der Hamburger Bürger. Im Falle der Hafestraße waren das mehrere Millionen. Bevor auch die Rote Flora zu einem Millionengrab größeren Ausmaßes wird, muß der Senat endlich mit allen Konsequenzen auch für einzelne Senatoren die Notbremse ziehen. Sollte der Senat unbeirrt an seinem Kurs festhalten, ist er auch weiterhin von den Chaoten erpreßbar.

Mit dieser Auffassung von Rechtsstaat entfernen Sie sich vom überwiegenden Teil der Hamburger Bevölkerung und vor allem auch von der Idee einer gerechten, funktionierenden Gesellschaftsordnung.

(Beifall bei der CDU – Der Redner hält ein weißes Tuch in der Hand. – Glocke)

Herr Bürgermeister, Sie haben vor der Roten Flora kapituliert.

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Herr Warnholz, wenn die Präsidentin klingelt, haben Sie zu stoppen, auch wenn Sie eine weiße Fahne in der Hand halten.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde hiermit geschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt gemeinsam die Punkte 3, 5 und 6 auf, die Deputiertenwahlen.

[Unterrichtung durch den Ersten Vizepräsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 16/4083 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung – Drucksache 16/4156 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Drucksache 16/4157 –]

Die Stimmzettel finden Sie auf Ihren Plätzen. Auf allen Stimmzetteln befinden sich jeweils drei Felder, und zwar ein Feld für Ja-Stimmen, ein Feld für Nein-Stimmen und ein Feld für Stimmenthaltungen. Ich bitte Sie, die Stimmzettel jeweils mit nur einem Kreuz zu versehen. Weitere Eintragungen und Bemerkungen machen die Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Ich darf Sie nun bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

C

D

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

A (Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)
Sind alle Stimmzettel eingesammelt worden? – Es gibt keinen Widerspruch aus dem Hause. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte, die Stimmenauszählung durchzuführen. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, daß wir ohne Unterbrechung mit der Tagesordnung fortfahren. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden im Laufe der weiteren Sitzung bekanntgegeben.*

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 50: Antrag der CDU zur Unterbringung von jugendlichen Intensivtätern.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Unterbringung von jugendlichen Intensivtätern in
pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen mit
hoher Verbindlichkeit – Drucksache 16/4152 –]**

Von wem wird das Wort begehrt? – Das Wort erhält Herr Hesse.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Schlechte Situation!)

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr de Lorent hat vollkommen recht. Es ist eine gewisse Unruhe nach einem Thema, das natürlich emotional bewegt. Auch jetzt haben wir ein Thema zur Debatte angemeldet, das uns schon lange beschäftigt und mindestens genauso wichtig ist wie das Thema der Roten Flora, das wir hier schon oft debattiert und Argumente ausgetauscht haben. Aber warum, meine Damen und Herren, haben wir das Thema heute angemeldet, um es zu diskutieren? Das liegt daran, daß wir am Horizont einen Schimmer bei der SPD gesehen haben, daß sich im Bereich der Jugendpolitik etwas verändern könnte.

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um mehr Ruhe. Die kleinen Gesprächsrümpchen können Ihre Gespräche auch draußen führen.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Wir kommen zu einer Frage, die in der politischen und öffentlichen Diskussion einen außergewöhnlichen Stellenwert einnimmt, die symbolisch – und auch das ist kein Geheimnis – sehr hoch besetzt ist und deshalb sehr häufig zu ganz heißen Debatten geführt hat, die der Situation in Hamburg allerdings nicht gerecht wird. Wir kommen zu einer Debatte, die gerade heute einmal wieder sehr wichtig ist. Ich möchte Ihnen auch schildern, warum.

Obwohl die Enquete-Kommission „Jugendkriminalität“ ihre Endergebnisse noch nicht vorgestellt hat, möchte ich Ihnen gerne schildern, warum wir als Fraktion diesen Antrag vor dem Endbericht gestellt haben, um darüber zu debattieren.

(Dr. Monika Schaal SPD: Weil Sie es wieder mal nicht abwarten können!)

– Nein, das ist nicht der Grund. Sie werden es gleich verstehen.

Dafür würde ich mir wünschen, daß wir bei einem solch wichtigen Antrag eine sachliche Debatte führen, die nicht – wie so häufig – von Emotionen und Polemik geprägt ist.

* Ergebnisse siehe Seite 3565 D.

Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag eingehe,

(Dr. Holger Christier SPD: Müssen Sie nicht!)

möchte ich eines klar hervorheben: Die Enquete-Kommission, die ihre Arbeit beendet hat, hatte eine sachliche Diskussion. Wir hatten dort sachliche Debatten und fachkundige Wissenschaftler. Ich kann nur aus Sicht der CDU-Fraktion von hier aus ein ganz kräftiges Dankeschön an den Arbeitsstab der Enquete-Kommission sowie an alle Mitglieder der Enquete-Kommission, an die Abgeordneten, aber hauptsächlich auch an die Wissenschaftler und natürlich ihren Vorsitzenden, Professor Kastner, richten.

(Dr. Holger Christier SPD: Wir haben gar keinen Bericht! Wie kommt denn das? Sie sollten nicht weiter dazu reden! Setzen Sie sich wieder hin! Was soll denn das?)

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird bis zur Vorstellung des Berichts keine weiteren Anträge formulieren.

(Lachen bei Manfred Mahr GAL)

– Lachen Sie, Herr Mahr, wir machen das aus Respekt vor der Arbeit der Enquete-Kommission. Wir haben uns aber, Herr Mahr, nicht auf die Fahnen geschrieben, wie Sie oder die SPD, während der Arbeit der Enquete-Kommission nichts in der Jugendpolitik zu tun. Wir haben weitergearbeitet, wir haben weitere Anträge gestellt. Wir laufen hier nicht mit einem Heiligenschein herum wie die SPD, die vor kurzem einen Parteitag hatte, auch bevor die Enquete-Kommission ihre Arbeit beendet hatte, und dort reichlich Anträge verabschiedet hat.

(Beifall bei der CDU)

Gerade das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum wir heute diesen Teilaspekt diskutieren müssen. Die CDU ist nicht in Zeitdruck, diesen Antrag vor dem Endbericht der Enquete-Kommission einzubringen. Wir hätten auch noch zwei Wochen warten können. Wir warten schon 20 Jahre, daß sich endlich in dieser Stadt in dieser Sache etwas tut, aber es tut sich nichts. Deswegen liegt es nicht an den zwei Wochen. Ich hätte mich gefreut, wenn dieser SPD-Parteitag nicht so frühzeitig gewesen wäre und man respektiert hätte, daß die Arbeit der Enquete-Kommission rechtzeitig zu Ende geht.

(Anja Hajduk GAL: Das ist doch lächerlich!)

Meine Damen und Herren! Sie wollen es nicht verstehen. Deswegen werde ich es Ihnen etwas genauer erläutern.

Die Arbeit der Enquete-Kommission endete mit einem Endbericht am 12. April. Dort war die letzte Sitzung dieser Enquete-Kommission. In dieser Sitzung haben sich dann auch – und das ist wirklich ein Phänomen – diverse Wissenschaftler, die von der SPD benannt wurden, einem Papier von Professor Ahrbeck von der Humboldt-Universität in Berlin angeschlossen, das als Teilaspekt auch die Unterbringung von jugendlichen Intensivtätern in pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen mit hoher Verbindlichkeit beinhaltete.

Nur vier Tage später – und das ist bestimmt kein Zufall – hat sich dann die SPD auf ihrem Landesparteitag genau mit diesem Thema beschäftigt und einen Antrag des SPD-Landesvorstandes beschlossen. Der lautet – ich zitiere –:

„Vor einer möglichen Verurteilung stellt die U-Haft die Ultima ratio dar. Deshalb kommt für eine geringe Zahl von

C

D

(Klaus-Peter Hesse CDU)

A jugendlichen Intensivtätern auch die Unterbringung in einer Einrichtung mit hoher Verbindlichkeit in Betracht, deren Verlassen den Jugendlichen auch zum Schutz der Gesellschaft nur nach sichtbaren erzieherischen Erfolgen und unter strengen Auflagen erlaubt wird.“

Herzlichen Glückwunsch kann ich dazu nur sagen.

Meine Damen und Herren! Diesen Beschluß vom SPD-Parteitag finden wir wieder, und wo finden wir ihn wieder? In dem Papier, das Professor Ahrbeck, der von der CDU in diese Enquete-Kommission berufen wurde, mit Mehrheit in dieser Enquete-Kommission abgestimmt hat, denn dort steht:

„Die heutigen Einrichtungen mit einer verbindlichen Unterbringung sind als pädagogisch-therapeutische Intensivabteilung zu charakterisieren. Sie stellen bei guter Ausstattung und sorgfältiger Indikation ein ethisch verantwortbares, pädagogisch wirksames Hilfsmittel dar, das dringend benötigte Betreuungs- und Erziehungsaufgaben auch dann noch übernehmen kann, wenn dies anderswo nicht mehr möglich ist.“

Das ist absolut das gleiche, meine Damen und Herren. Der SPD-Landesvorstand hat hier abgeschrieben; vier Tage nachdem die Enquete-Kommission ihren Endbericht vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU – Dr. Holger Christier SPD: Das ist doch alles langweilig, was Sie erzählen!)

– Herr Christier, ich kann das gerne für Sie noch etwas deutlicher machen, denn Sie haben in der Enquete-Kommission auch Ihre Abgeordneten:

(Dr. Holger Christier SPD: Lassen Sie es doch nach zu reden! Warten Sie den Bericht ab!)

B

Frau Dr. Hilgers, die sich eben zu Wort gemeldet hatte, Herr Neumann, Frau Rogalski-Beeck und Herr Kahlbohm haben wenige Tage bevor dieser SPD-Parteitag stattgefunden hat, etwas ganz anderes beschlossen. Sie haben nämlich in der Enquete-Kommission beschlossen:

„Eine verbindliche Unterbringung wird in Hamburg kompromißlos abgelehnt, obgleich unstrittig ist, daß es Kinder und Jugendliche gibt, die in besonderen Krisen- und Gefährdungssituationen durch das offene System nicht erreicht werden.“

Das haben Ihre SPD-Abgeordneten in der Enquete-Kommission unterstützt. Sehen Sie da einen Zusammenhang zu dem, was auf Ihrem Parteitag beschlossen wurde? Ich glaube, eher nicht, und ich weiß, das tut Ihnen auch weh.

(Antje Möller GAL: Zu welchem Thema reden Sie eigentlich? – Zuruf von Carmen Walther SPD)

Meine Damen und Herren! Man könnte der SPD fast zu diesem revolutionären Beschluß auf dem Landesparteitag gratulieren, wenn es nicht die – und das ist für die SPD untypisch – große Zustimmung gäbe. Aus der Zeitung habe ich entnommen, daß es eine Gegenstimme zu dem Kompromißvorschlag dieses Landesvorstandes gab bei vielleicht zwei, drei oder zehn Enthaltungen – ich weiß es nicht, das ist auch egal –, denn die anschließenden Interpretationen des Beschlusses durch Ihre Abgeordneten, Herr Christier, die hier im Parlament sitzen, lassen eigentlich keine Schlußfolgerungen zu, als daß das, was dort beschlossen wurde, absolut schwammig und nicht interpretierbar ist. Fakt ist: Der SPD-Landesvorstand hat es geschafft, daß weder der rechte noch der linke Flügel Ihrer

Partei weiß, woran er ist, und die zuständigen Behörden weiterwurschteln können und es auch werden.

C

(Dr. Holger Christier SPD: Warten Sie doch den Bericht ab, dann reden wir weiter!)

Es fehlt nicht an Gutachten und Erkenntnissen in dieser Stadt, sondern es fehlt an politischem Willen und auch am Willen, Herr Christier, zur Veränderung. Was Sie auf Ihrem Parteitag gemacht haben, ist Schadensbegrenzung auf Kosten notwendiger Veränderungen in der Jugendpolitik.

(Antje Möller GAL: Wieso reden Sie eigentlich nicht zum Antrag? – Dr. Holger Christier SPD: Nun lassen Sie doch unseren Parteitag in Ruhe!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang, um das Dilemma der SPD noch etwas deutlicher zu machen, die Senatorin Peschel-Gutzeit zitieren, die auf Ihrem Parteitag nicht müde wurde ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Hesse, ich war bis eben sehr gutmütig, aber Sie sollten sich schon zum Sachstand äußern und nicht zum SPD-Parteitag und weiteren von Ihnen beanstandeten SPD-Meinungen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Holger Christier SPD: Ja, Sie waren gar nicht dabei!)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Frau Präsidentin, auf diesem SPD-Parteitag ist genau das beschlossen worden, was auch in unserem Antrag erwähnt wurde, und dieser Antrag ist nur eine Konsequenz aus den Beschlüssen dieses SPD-Parteitages.

D

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Senatorin Peschel-Gutzeit nicht müde wurde zu erklären, daß mit diesem Beschluß der SPD lediglich der Status quo festgeschrieben wurde, dann frage ich mich, warum der Kollege Böwer erklärt hat:

„Ich glaube, daß die SPD den ideologischen Nebel abgelassen hat. Die SPD ist auf dem Wege hin zu einem neuen Pragmatismus.“

Ich frage Sie, Herr Böwer, wo ist denn der neue Pragmatismus? Wo passiert denn etwas? Darauf gab es nämlich keine Antworten. Darauf hat keiner etwas auf Ihrem Parteitag gesagt.

(Zuruf von Carmen Walther SPD)

Sie haben auf dem Parteitag auch andere Dinge beschlossen, auf die ich nicht eingehen will. Es gab Forderungen nach angemessener, tatzeitnaher Reaktion, Zusammenwirkung von Jugendhilfe, interessante Dinge, die ihr Wandsbeker Kreisverband auch schon in einem Papier verabschiedet hatte. Meine Damen und Herren, alles CDU-Anträge, die hoffentlich, nachdem sie hier im Parlament noch regelmäßig abgelehnt wurden, jetzt mit Unterstützung Ihres Parteitages endlich umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Jetzt fordern Sie auch noch ernsthaft, daß die Opposition diesen Ideenklau und diese jugendpolitischen Nebelbomben unkommentiert und schweigend zur Kenntnis nehmen soll, ohne die Öffentlichkeit auf Ihre Hilflosigkeit bei der Suche nach einer partei-internen Mehrheit für eine andere Jugendpolitik hinzuweisen.

(Klaus-Peter Hesse CDU)

A (Thomas Böwer SPD: Komm zur Sache, Schätzchen!)

– Ich glaube, Herr Böwer, Sie sollten sich da ganz ruhig verhalten. Ich habe Sie eben schon zitiert.

Das Thema Unterbringung von jugendlichen Intensivtätern ist in der Kürze einer solchen Debatte leider nur unzulänglich darstellbar und wird der Ernsthaftigkeit der Problematik auch nicht gerecht. Im Umgang mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen besteht in Hamburg ein dringender Veränderungsbedarf. Das war übrigens auch unstrittig in der Enquete-Kommission und ist von allen so beschlossen worden. Dieses macht dann allerdings auch ein grundsätzliches Umdenken in der Hamburger Jugendpolitik notwendig.

Es geht uns nicht um Kritik an Sozialarbeitern oder Trägern, denn die machen eine wirklich schwierige, wichtige und gute Arbeit. Es geht darum, eine wirklich begrenzte, überschaubare Zahl von Kindern und Jugendlichen in sogenannten pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen unterzubringen, die in besonderen Krisen- und Gefährdungssituationen durch das offene System, das wir hier in Hamburg haben, nicht mehr erreicht werden können. Diese Einrichtungen sorgen für dringend benötigte Betreuung und Erziehungsaufgaben, auch dann noch, wenn dies anderswo nicht mehr geht.

Das bedeutet aber auch, daß einige wenige Jugendliche zum Schutz der Allgemeinheit, aber auch zum Schutz vor sich selbst, diese Einrichtung für einen überschaubaren Zeitraum nicht verlassen dürfen.

(Carmen Walther SPD: Quatsch!)

B Meine Damen und Herren! Ich würde mir wünschen, wenn wir zu diesem Thema ideologiefrei diskutieren könnten, wie wir das in der Enquete-Kommission gemacht haben, und uns vielleicht auch die Beschlüsse des SPD-Parteitages etwas genauer angucken, wie sie denn interpretiert werden können. Ich habe große Hoffnung – das sage ich sehr deutlich an die neue Senatorin –, denn Frau Pape hat in einem Interview, das sie kurz nach Beginn ihrer Amtszeit gegeben hat, auf die Frage, ob es mit der Schulsenatorin Ute Pape geschlossene Jugendheime geben wird, geantwortet:

„Ich halte viel vom Grundsatz Menschen statt Mauern, aber ich glaube, der Gegensatz weicht auf. Auch in den süddeutschen geschlossenen Heimen ist die Betreuungsquote sehr hoch. Man wird sich im Pädagogischen aufeinander zu bewegen.“

Ich glaube, Frau Pape, Sie haben damit recht. Sie befinden sich da auch in guter Gesellschaft. Es gibt nämlich sehr viele, die diese Annäherung auch festgestellt haben.

Deswegen fordert nicht nur die CDU, daß diese Einrichtungen endlich auch in Hamburg eingeführt werden. Es sind mittlerweile die Gewerkschaft der Polizei, der Weiße Ring, der Präsident des Hamburger Amtsgerichts, Heiko Raabe, große Teile der SPD und die Mehrheit der Enquete-Kommission „Jugendkriminalität“, die Sie, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, eingesetzt haben. Handeln Sie endlich, bevor Schlimmeres in dieser Stadt passiert, und stimmen Sie bitte diesem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Kernproblem der CDU ist, daß dieser Bericht noch nicht vorliegt. Die Präsidentin hat ihn noch gar nicht. Was Sie in den letzten Wochen in der öffentlichen Debatte zu einem speziellen Punkt gesagt haben und jetzt auch mit dem Antrag machen, möchte ich – gelinde gesagt – als unfeines Verhalten beschreiben.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Hesse, ich finde es geradezu rührend, daß Sie uns versprechen, daß jetzt erst einmal kein weiterer Antrag käme.

(Dr. Roland Salchow CDU: Wir sind eben sozial!)

Was Sie betrieben haben – und ich sage es hier noch einmal deutlich, wir haben das auch schon öffentlich diskutiert –, ist die Instrumentalisierung eines abweichenden Votums aus dem Enquete-Bericht und nichts anderes. Wenn dieser Bericht vorliegt, dann werden wir lang und breit und ausführlich über den Gesamtbericht zu diskutieren haben, aber nicht über interessengeleitet herausgelöste Einzelbestandteile aus diesem Bericht.

Lassen Sie mich noch drei Dinge ansprechen.

Erstens: Die von Ihnen geforderten pädagogisch-therapeutischen Intensiveinrichtungen – das ist auch ein wunderschöner Euphemismus – sind nichts weiter als Ihr Synonym für geschlossene Heime neuen Typs, wie Sie immer bemüht sind, dazu zu sagen. Sie diskutieren nur einen äußeren, einen Gebäuderahmen. Diese Diskussion wollen wir nicht. Sie ist im übrigen auch nicht die Empfehlung der Enquete-Kommission.

Zweitens: Was wir wollen und was wir auch haben mit unseren beiden neuen JGG-Einrichtungen, ist intensive Betreuung, qualifizierte Pädagogik, die Durchsetzung von Regeln und auch die konfrontative Durchsetzung von Regeln. Dieses Konzept wird wissenschaftlich begleitet und, wenn nötig, sukzessive verbessert werden.

Drittens: Herr Hesse, wenn Sie sich überhaupt einmal um dieses Konzept und die Mitarbeiter dieser Einrichtung gekümmert hätten – was Sie bisher aber nicht haben –, dann wüßten Sie, daß Freiheitsbeschränkungen zu Beginn des Aufenthalts individuell geregelt werden. Das ist Fakt. Dann wüßten Sie auch, wenn therapeutische Bemühungen zusätzlich zur Pädagogik notwendig sind, daß dieses dort organisiert wird. Aber Sie können es nicht wissen, weil Sie sich nicht darum gekümmert haben.

(Karin Rogalski-Beeck SPD: Das interessiert ihn nicht!)

Wenn Sie zu diesem Thema versuchen, noch einmal oben zu schwimmen, würde ich Ihnen sagen: Fahren Sie noch einmal an das Tote Meer, legen Sie sich auf den Rücken und den Enquete-Bericht auf den Bauch. – Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit wurde dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ehe wir zu dem nächsten Tagesordnungspunkt kommen, habe ich die **Ergebnisse der Deputiertenwahlen** vorzutragen.

C

D

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

- A Frau Dufner wurde mit 80 Ja-Stimmen gewählt bei 15 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.

Herr Oertel wurde mit 78 Ja-Stimmen gewählt, bei 16 Nein Stimmen und 8 Enthaltungen.

Frau von Blumenthal wurde mit 94 Ja-Stimmen gewählt, bei 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum Planfeststellungsverfahren für das Mühlenberger Loch.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Planfeststellungsverfahren DASA-Erweiterung/ Mühlenberger Loch – Drucksache 16/4087 (Neufassung) –]

Wer meldet sich hierzu zu Wort? – Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben nach dem gestrigen Planfeststellungsverfahren und deren Verkündung natürlich einen neuen Antrag formuliert, mit dem wir darauf eingehen und den Senat unter Punkt 1 auffordern, daß eine sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses nicht durchgeführt wird.

Ich denke, daß die Zeit dafür gekommen ist, in der Bürgerschaft über die Frage der DASA-Erweiterung umfangreich, deutlich und klar und mit allen Informationen zu diskutieren. Nach den jetzigen Beschlüssen und allem, was bisher bekannt geworden ist, ist es absolut notwendig, daß die Bürgerschaft ihre politische Verantwortung dafür übernimmt.

B Herr Hajen und Frau Möller wissen von der Veranstaltung in Neuenfelde, wie wichtig es ist, daß die Politik dort die Verantwortung trägt und alle Fragen, die in diesem Zusammenhang wichtig sind, bekannt sein müssen und politisch entschieden werden muß, was die Stadt dort machen will, und politisch auch über die verschiedenen Widersprüchlichkeiten, die diesbezüglich vorliegen, entschieden werden muß.

In der Zwischenzeit gab es zusätzlich noch die Entscheidung von Brüssel, daß man das dort als FFH-Richtlinie akzeptieren kann. Ich selber bedauere diese Entscheidung. Ich will jetzt gar nicht genauer auf das eingehen, was wir naturschutzrechtlich schon häufiger diskutiert haben. Jeder Sachkundige – und deswegen bedauere ich das vor allen Dingen, weil das die europäische Idee des Umweltrechtes in Frage stellt –, der sich das Gelände ansieht und überlegt, wie es naturschutzrechtlich zu behandeln ist, und jeder Sachkundige, der seine lokale Brille abnimmt und seine lokalen Vorstellungen und Präferenzen beiseite legt, die ich durchaus verstehe, wird sagen müssen, daß es eine falsche Entscheidung gewesen ist.

Das EU-Recht und das Umweltrecht – Herr Pumm, das betrifft auch das Sozialrecht – werden an solchen Punkten ausgehebelt. Alle Chancen, die wir im Zusammenhang mit Europa haben, einvernehmlich Standards zu sichern, werden durch solche falschen Entscheidungen ausgehebelt und nicht mehr möglich gemacht. Das ist das, was dabei so gefährlich ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Eine wichtige Grundlage dieser Entscheidung war die Frage der Arbeitsplätze, die als Argument angeführt wurde. Die Zahl der Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der

DASA ist eines der erstaunlichsten Momente. Ich will versuchen, die verschiedenen Momente aufzuzählen.

C

Erstens: Die DASA selber sagt, sie schätzt, daß für dieses beziehungsweise nächstes Jahr circa 200 bis 300 Arbeitsplätze mehr entstehen werden. Unter der Hand wird gesagt, man könne sich vorstellen, daß der A3XX mit Toulouse und Hamburg zusammen insgesamt 1000 Arbeitsplätze mehr schaffe. Die Wirtschaftsbehörde spricht von 4000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Wir wissen gar nicht, woher diese Zahl eigentlich genommen wird.

Herr Hajen hat uns auf der Veranstaltung in Neuenfelde erzählt, daß 2000 Arbeitsplätze zusätzlich durch die DASA kommen – vielleicht in Finkenwerder –, daß aber durch Nachfrageeffekte und den damit verbundenen Umsatz noch weitere 2000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das wären dann zusammen 4000 Arbeitsplätze. Das bedeutet, daß wir jeden Arbeitsplatz doppelt zählen, weil nach dieser Logik jeder Arbeitsplatz immer zwei schafft. Das ist natürlich verlogen, denn dann müßte man alles verdoppeln, weil jede Arbeitslosigkeit dann auch doppelt zu zählen wäre.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich befürchte, daß wir in dieser Angelegenheit den berühmten sozialdemokratischen Altenwerder-Effekt bekommen. Die Sozialdemokraten haben dort 4000 Arbeitsplätze versprochen. Jetzt werden dort höchstens 300 Arbeitsplätze entstehen, und die werden wahrscheinlich nicht neu entstehen, sondern nur dadurch, daß Leute von der HHLA umgesetzt werden. Das halte ich für falsch. Ich nenne das sozialdemokratischen Tüterkraam.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Richtig verlogen wird diese Angelegenheit, wenn wir in der Entscheidung der EU lesen, daß 4000 Arbeitsplätze im Werk und wahrscheinlich 8000 Arbeitsplätze in der gesamten Region entstehen werden. Das ist nie eine Diskussion in dieser Stadt gewesen. Das hat keiner behauptet, daß das so ist. Ich möchte wissen, wer diese Zahlen, die anscheinend die Grundlage für die Entscheidung von Brüssel gewesen sind, dort hingegeben und zu verantworten hat. Das ist verlogen.

D

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zweitens: Eine zweite wichtige Angelegenheit – darin wird Herr Ehlers mich in gewisser Weise unterstützen – ist die Frage der Landebahn. Nach den Anforderungen der Airbus Industries braucht Hamburg für die Bewerbung um den A3XX mit Auslieferungszentrum eine Landebahnlänge von 3065 Metern.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Fünfzig!)

Nur in dem Augenblick, wo man auf das Auslieferungszentrum für den A3XX verzichten würde, käme man mit der gegenwärtig beantragten Länge von 2684 Metern zurecht. Natürlich hat die Wirtschaftsbehörde im Planfeststellungsverfahren neben allen anderen Dingen auch ein Auslieferungszentrum mit beantragt, aber ohne die verlängerte Landebahn. Das heißt, hier wurde bewußt eine bestimmte Darstellung und Landebahnverlängerung nicht dargestellt und auch nicht diskutiert. Was ist eigentlich an dieser Frage so bedeutend, daß die Wirtschaftsbehörde nicht mit allen Informationen herauskommt und ehrlich darüber diskutiert?

Diese Landebahnverlängerung bedeutet in der konkreten Auswirkung für die Dörfer im Alten Land, daß zumindest ein Teil von Neuenfelde nicht mehr bewohnt werden kann. Wir

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A wissen nicht genau, wie groß dieser Teil ist. Auf jeden Fall sind einige Häuser betroffen. Auf jeden Fall wird die Kirche davon betroffen sein. Das ist deswegen so dramatisch, weil das Dorf Neuenfelde ebenfalls von der A26 betroffen sein wird, die in der Nähe dieses Dorfes geplant wird, und durch die Ortsumgehung Finkenwerder, die nach meinen Informationen wahrscheinlich auf dem Gelände von Neuenfelde und Francop gebaut wird. Zusätzlich ist eine Verbindung der A26 quer durch Neuenfelde zwischen Sietas und DASA geplant. Das bedeutet, daß Neuenfelde das gleiche Schicksal erleiden soll wie Altenwerder. Was sich dort abzeichnet, haben dieses Parlament und jeder Parlamentarier zu verantworten, und er muß dazu Stellung nehmen, was er zu der Zukunft von Neuenfelde sagt.

Drittens: Eine weitere Frage ist, warum eigentlich keine Kosten-Nutzen-Analyse vom Senat und der Bürgerschaft durchgeführt worden ist. Das ist in der Landeshaushaltsordnung vorgeschrieben, und eigentlich ist es auch die Vernunft, die danach schreit. Wir wissen nur aus der Zeitung, wieviel Geld diese DASA-Erweiterung kostet. Sind es 1,7 Milliarden DM oder 2,8 Milliarden DM? Ich weiß auch nicht genau, wie das zu finanzieren ist.

Es sind gerade die Sozialdemokraten, die viele Sparmaßnahmen in dieser Stadt durchführen und immer sagen, es ginge gar nicht anders, als zu sparen. Sie erhöhen die HVV-Preise, die Preise für Bäderland und geben den Schulen weniger Geld. Andererseits verhalten sie sich aber im Zusammenhang mit den 1,7 Milliarden Mark lasch.

Sie haben sich bisher nicht dazu geäußert, wie dieses Geld aufgebracht werden soll. Die Bürgerschaft ist noch nicht einmal darüber informiert, wieviel Geld das kostet, und das alles mit fadenscheinigen Begründungen. Die Begründung ist, daß die anderen Bewerber nicht wissen sollen, wie das eigentlich wirkt, und dementsprechend die Zahlen auch hier nicht bekannt sein sollen. Die Sache mit den Kontrahenten ist seit mindestens einem halben Jahr durch, seit mindestens einem halben Jahr ist die Entscheidung soweit klar. Hamburg und Toulouse werden das bekommen. Dementsprechend halte ich es für notwendig, daß die Zahlen jetzt auf den Tisch kommen. Es gibt keine Begründung mehr dafür, das nicht zu machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zu den verschiedenen Äußerungen ist mir bei der CDU aufgefallen, daß Herr Ehlers immer wunderbare Reden hält. Sie gefallen mir nicht, aber er hält sie laut und stark. In den Veranstaltungen vor Ort wird uns von Herrn Fischer gesagt, Herr Ehlers würde nicht die Meinung der CDU darstellen, denn die sei eine ganz andere. Für die CDU wäre es nicht vorstellbar, daß die Landebahn über 2684 Meter hinaus verlängert werden könnte. Ich denke, die CDU sollte das aufklären.

Auch die GAL muß eine Entscheidung treffen. Die Zeiten sind vorbei, in denen man sagen konnte, daß es ein virtuelles Projekt ist. Es ist ein reales Projekt geworden,

(Werner Dobritz SPD: Ein Glück!)

und dementsprechend sind reale Entscheidungen zu treffen.

Herr Porschke hat diesbezüglich seine ökologischen Löffel schon abgegeben. Wir erwarten, daß Frau Möller in der Beziehung vielleicht etwas tougher ist. Sie hat in Neuenfelde gesagt, daß sie sich eine Verlängerung der Landebahn über 2684 Meter hinaus nicht vorstellen könne. Ich hoffe, daß sie das hier auch noch einmal deutlich macht.

(Antje Möller GAL: Ich würde mal ins Protokoll gucken!) C

Sie könne sich auch nicht vorstellen, daß das Mühlenberger Loch zugeschüttet werden könnte, wenn die Endmontage nicht in Hamburg sei und dies auch im Koalitionsvertrag enthalten sei, den ich selber mit ausgehandelt habe.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Unterschrieben!)

Im Koalitionsvertrag steht eindeutig, daß es nur dann eine Zuschüttung des Mühlenberger Loches gibt, wenn die Endmontage in Hamburg ist. Endmontage ist eine deutliche Definition, davon kann es nicht zwei oder drei geben. Das wäre reiner Subventionswettbewerb. Wenn Hamburg nicht die alleinige Endmontage hat, darf dieses Mühlenberger Loch nicht zugeschüttet werden. Ich denke, daß die GAL das deutlich dazu sagen sollte. Auch die SPD sollte klar zum Ausdruck bringen, wie sie sich das vorstellt, und dabei nicht mit der Arroganz der Macht auftreten. Sie sollte uns deutlich sagen, wie sie sich die Zukunft des Alten Landes vorstellt und ob sie solch ein Desaster wie in Altenwerder auch dort einrichten will. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Professor Hajen.

Dr. Leonhard Hajen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hackbusch, die SPD hat es in dieser Frage an Klarheit nicht fehlen lassen, nur unsere Antwort gefällt Ihnen nicht; das ist zweierlei.

Für uns ist klar, daß wir in Hamburg zusätzliche hochwertige Arbeitsplätze in der Industrie schaffen wollen, und dazu ist der Produktionsstandort A3XX eine Riesenchance. Ferner ist für uns klar, daß wir hier einen konkreten Fall haben, bei dem die ökologischen Interessen und auch die Interessen der betreffenden Bewohner in Neuenfelde im Konflikt zu dieser Entscheidung stehen. Für uns ist es eine politische Abwägung, in dem Punkt stimme ich Ihnen vollkommen zu; jetzt hat Politik das Wort. Politik muß entscheiden, und Politik wird auch entscheiden. D

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Für uns ist deshalb außerordentlich erfreulich, daß mit der Entscheidung in Brüssel, bei der es genau um diese Abwägung zwischen ökologischen Interessen und Arbeitsplatzinteressen sowie einer Wettbewerbspolitik im globalen Maßstab zum Konkurrenten Boeing geht, für den Airbus mit europäischem Produktionsstandort klar gesagt wurde, daß das öffentliche Interesse zu bejahen und ein ökologischer Ausgleich möglich ist. Das sind die rechtlichen Voraussetzungen. Deswegen sind wir erleichtert, daß diese Entscheidung in Brüssel gefallen ist.

Ferner bin ich froh, daß das Planfeststellungsverfahren nicht im Sinne der REGENBOGEN-Gruppe eingestellt, sondern beendet worden ist.

(Beifall bei Werner Dobritz und Heidemarie Scherweit-Müller, beide SPD)

Ich würde mich sehr freuen, Herr Hackbusch, wenn Sie diesen Appell, die Angelegenheit politisch abzuwägen, auch hinsichtlich der Bewohner mit tragen würden. Natürlich ist es legitim, daß die Neuenfelder den Rechtsweg beschreiten. Aber ich habe auch die Erwartung, daß sie ihr Interesse gegen das Arbeitsplatzinteresse abwägen.

(Dr. Leonhard Hajen SPD)

- A Damit komme ich zu Ihrer Frage, um wie viele Arbeitsplätze es geht. Nach deutschem Recht kann nur das beantragt werden, was konkret geplant ist. Die Basis ist, daß wir die Endlinienfertigung des A3XX nach Hamburg haben wollen. Da aber weder der Senat noch die Bürgerschaft Flugzeugbauer sind, ist man auf die Planungen des Unternehmens und das, was dort an zusätzlichen Arbeitsplätzen für die Endlinienfertigung erwartet wird, angewiesen. Die Aussage war 2000 Arbeitsplätze bei Airbus. Es ist eine polemische Verdrehung des Interviews von Herrn Humbert, wenn Sie sagen, daß er für die nächsten Jahre von 300 Arbeitsplätzen spricht. Lesen Sie sich das Interview bitte einmal durch. Darin spricht er über die bestehenden Flugzeugproduktionen und den Erfolg, der dazu führen wird, daß im Unternehmen 300 zusätzliche Arbeitsplätze hinzukommen werden. Dabei gab es keinen Bezug zum A3XX.

Wir alle wissen nicht, Herr Hackbusch, ob wir die Endlinienfertigung bekommen oder nicht. Darum wird jetzt gerungen, und darüber wird im wesentlichen das Unternehmen entscheiden. Soweit ich die französische Politik kenne – und ich hoffe, auch ein bißchen die deutsche Politik –, wird es nicht nur eine betriebliche Entscheidung sein, sondern dabei werden sich noch viele Personen in die Augen sehen. Erst wenn bekannt ist, wie die Produktionsanteile verteilt sind, wird man wissen, was auf Hamburg zukommt.

Der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Darin heißt es: Wenn die Endlinienfertigung nicht kommt, muß man erneut darüber reden. Die politische Aussage lautet, daß wir hier einen Produktionsstandort und zusätzliche Arbeitsplätze haben wollen, und das, was Sie einfordern, die Abwägung von Kosten und Nutzen, die nach dem Haushaltsrecht vorzunehmen, ist dann erforderlich, wenn für die Erschließung der Infrastruktur etwas haushaltsrelevant wird. Sie können gewiß sein, daß weltweit kein Vorgang so stark beobachtet wird wie die nicht subventionierten laufenden Produktionen bei der Deutschen Airbus. Darüber gibt es mit den Vereinigten Staaten auch Vereinbarungen, worin klar gesagt wird, daß es Subventionen nur als Vorfinanzierung der Entwicklungskosten gibt. Allerdings: Die Deutsche Airbus will eine Produktionshalle nicht auf einer Wasserfläche bauen, sondern es muß schon ein festes Gelände sein, und daraus resultiert der ökologische Konflikt. Darüber haben wir hier im Parlament zu bescheiden.

- B Herr Hackbusch, es ist die Grundlage der Ökonomie: Wenn 2000 Menschen Einkommen beziehen, was bei dem Gehaltsniveau der Deutschen Airbus auf rund 200 Millionen DM zusätzliches Einkommen in der Region zu schätzen ist, und der Staat davon – großzügig gerechnet – 35 Prozent einnimmt, ein Teil durch den Länderfinanzausgleich an andere Länder fließt, ein weiterer Teil in Hamburg bleibt – die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß der Staat einen Teil seiner Steuereinnahmen schnell wieder ausgeben wird – und 15 Prozent gespart werden, dann werden immer noch 100 Millionen DM zusätzlich ausgegeben. Die Leute essen eine Pizza, bauen sich ein Häuschen oder ähnliches, und das sind die Multiplikatoreffekte, die die Ausgaben nach sich ziehen. 100 Millionen DM zusätzliche Nachfrage bedeuten rund 1000 Arbeitsplätze in der Region; es sei denn, Sie sagen, daß die Leute, die dieses Geld kriegen, alle in Florida leben.

Wenn wir die Endlinienfertigung bekommen, wären das noch einmal für die Region rund 250 Millionen DM zusätzliche Nachfragen aus der Produktion. Das bedeutet weitere 1500 oder 1600 Arbeitsplätze. Das sind – zugegeben – geschätzte Zahlen, denn es hängt von der Lieferstruktur ab.

Daß es diese Arbeitsplatzeffekte gibt, die wir in der Hamburger Industrie dringend benötigen, weil wir ein Zentrum der Flugzeugindustrie bleiben – vom Effekt der bestehenden Arbeitsplatzsicherung einmal abgesehen –, ist für mich so unstrittig. Dafür stelle ich mich auch vor jede – für mich nachvollziehbar – aufgebrachte Veranstaltung von Anwohnern und erkläre, daß die SPD dafür einsteht, diese Arbeitsplätze zu wollen.

Ich nehme es Ihnen übel, Herr Hackbusch, daß Sie das Argument einer noch längeren Landebahn in gleicher Weise in den Raum stellen, wie es von anderer Seite aus taktischen Gründen – möglicherweise mit einem französischen Hintergrund – getan wurde. Wir stehen doch vor der Situation, daß wir gar nicht wissen, ob das große Flugzeug gebaut wird. Das hat damit zu tun, daß es ökonomisch durchaus unklar ist, was die Fluglinien wollen. Wollen sie einige wenige zentrale Flughäfen mit Riesenmaschinen bedienen, oder wollen sie lieber Punkt-zu-Punkt-Verkehre und sind mit den bisherigen Flugzeugtypen zufrieden? Das ist die ökonomische Abwägung, die der Markt nun austesten muß.

Wo soll es unter diesen Voraussetzungen, daß der Markt möglicherweise keine so großen Flugzeuge haben will, eine reale Perspektive geben, indem es heißt: Wir bauen noch schwerere Maschinen, die nicht 500 oder 600 Personen, sondern 800 Menschen gleichzeitig transportieren. Dieses ist eine irrealer Diskussion. Selbst wenn wir Anlässe dafür hätten, es zu glauben, kann es nicht Basis des Planfeststellungsverfahrens sein, weil das, was beantragt ist, konkret der Bau des A3XX ist. Deswegen bitte ich Sie, dieses Argument nicht immer spekulativ in die Diskussion einzuführen, denn wir sind in einer Interessenabwägung zu einem konkreten Antrag. Ich habe den Eindruck, daß der Senat die Ökonomie- und Arbeitsmarktinteressen im Planfeststellungsverfahren sehr sorgfältig abgewogen hat und daß es eine klare Entscheidung zugunsten der Arbeitsplätze gibt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Ehlers.

Karl-Heinz Ehlers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hajen hat eine ganze Menge – wie ich finde Richtiges – über die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge gesagt. Deswegen bedauern wir im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hackbusch, auch nicht, daß Brüssel diese Entscheidung so getroffen hat. Wir halten sie für eine verantwortungsbewußte Entscheidung für diese Region.

Ich kann auch Ihre Meinung nicht teilen, daß das Sozialrecht ausgehebelt worden sei. Gerade weil Brüssel die sozialen Komponenten, die dieser Entscheidung innewohnen, ernst genommen hat, hat es, unter Abwägung der ökologischen Gesichtspunkte, wie ich finde, unter dem Strich richtig entschieden.

Sicher ist, daß Hamburg bereits heute einen guten Ruf im Industrie- und High-Tech-Bereich und als Luftfahrtzentrum hat. Wäre das nicht so, wäre die Bewerbung Hamburgs für den großen Airbus von vornherein Illusion gewesen, dazu braucht man schon eine bestimmte Basis. Man kann nicht plötzlich in einem agrargeprägten Gebiet eine High-Tech-Schmiede für Luftfahrt oder Automobile aufbauen, sondern es muß schon ein Background vorhanden sein. Das Know-how, das dafür benötigt wird, hat man dem Standort

C

D

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

- A Rostock nicht zugetraut – das ist einer der Gründe, warum Rostock ausgeschieden ist –, sehr wohl aber Hamburg und natürlich Toulouse, die durchaus ebenbürtig sind.

Hamburg hat mit dem Planfeststellungsbeschuß teilweise die Voraussetzung geschaffen, im Rennen um die Endfertigung zu bleiben. Klar ist, daß bis heute weder eine Entscheidung darüber getroffen wurde, ob dieses Flugzeug gebaut wird und, wenn ja, ob es in Hamburg gebaut wird. Dieses ist eine unternehmerische Entscheidung, die weitgehend von Airbus zu treffen ist. Herr Hajen hat darauf hingewiesen, daß Entscheidungen dieses Kalibers nicht nur blanke wirtschaftliche Entscheidungen sind, sondern durchaus politische Entscheidungen, und die Betonung liegt auf politische. Es ist klar, daß ein Unternehmen nicht allein entscheiden kann, es so oder so zu machen.

Allerdings hat Herr Hackbusch recht – wie ich finde, Herr Hajen –, wenn er sagt, daß es zwei offene Fragen in diesem Bereich gibt. Das muß man konzedieren. Das eine ist die Frage der Kosten, die sich – da bin ich Ihrer Meinung, Herr Hajen – Herr Hackbusch zu früh stellt.

Die Frage, wie wir das bezahlen wollen und woher das Geld kommen soll, das wir für die Infrastruktur bei dieser Entscheidung aufwenden müssen, Airbus nach Hamburg zu holen, wenn wir parallel noch andere Großprojekte vorhaben, muß aber gestellt werden. Bei Großprojekten wie der HafenCity oder Altenwerder werden wir – jedenfalls aus meiner Sicht – noch große Finanzierungsprobleme bekommen. Diese Frage wird von Herrn Hackbusch zu Recht gestellt. Bevor wir damit beginnen, die Konsequenzen dieser Entscheidung in Hamburg zu treffen, nachdem die Entscheidung von Airbus vorliegt, müssen wir über diese Dinge Klarheit haben. Die Messe ist ein weiteres anstehendes Großprojekt, das finanziert werden muß.

- B Neben der Finanzierung bleibt eine zweite offene Frage, und das ist die Frage der Landebahnlänge. Herr Hackbusch, 2684 Meter sind beantragt. Das ist die Grundlage, auf der wir heute diskutieren, und das trägt die CDU mit.

Das Problem ist, daß Airbus selbst gesagt hat, sie benötige für das, was Hamburg im Planfeststellungsbeschuß inhaltlich beantragt, 3050 Meter. Das sind gute 300 Meter länger. Herr Senator, das werden Sie schon beantworten müssen, ob Airbus entweder von seinen eigenen ursprünglichen Vorgaben, Auslieferungszentrum plus Basiskonfiguration gleich 3050 Meter, abgewichen ist – das wäre die eine Möglichkeit – oder ob der Senat mit einer Landebahnlänge operiert, wohl wissend, daß er das, was er haben möchte, nämlich Basiskonfiguration plus Auslieferungszentrum, nicht bekommen kann. Dann hätte er in der Tat getäuscht.

Wenn das der Fall ist, sehen wir uns schon heute vor die Frage gestellt, ob ein neues Verfahren notwendig wird oder ob wir das Auslieferungszentrum in Hamburg nicht bekommen werden. Beide Fragen wären für Hamburg wichtig und würden uns, wenn sie negativ beantwortet werden müssen, weit zurückwerfen. Hier muß Klarheit geschaffen werden, auch für die Anwohner. Es kann nicht angehen, daß wir die Menschen bei einer so wichtigen Entscheidung, die ihre persönliche Zukunft und die ihrer Familien betreffen, im unklaren lassen.

Der Preis von heute, der gezahlt werden muß – wenn wir es denn so formulieren wollen –, nämlich 2684 Meter Landebahnverlängerung und Teile der Zuschüttung des Mühlenberger Lochs, ist für die CDU-Fraktion ein erträglicher Preis, um sich in diesem Verfahren weiter zu bewerben.

Es gibt aber auch Schmerzgrenzen, wenn wir über Zukunftsfiktionen nachdenken; darauf müssen wir auch heute schon Gehirnschmalz verwenden. Ich sage an den Senat gewandt: Das Thema eignet sich nicht für Salami-taktik, und es eignet sich nicht für Halb Wahrheiten. Ministerpräsident Koch in Hessen hat am Frankfurter Flughafen gesagt: „Ich möchte, daß dieses und jenes so passiert. Dafür haben wir politische Mehrheiten. Und das bedeutet nach Abwägung für euch folgendes.“ So müssen wir auch in Hamburg die Entscheidungen treffen.

Das ist ein anderer Mut, als der Senat ihn aufbringt, der bei allen politischen Veranstaltungen, die im Moment zu diesem Thema stattfinden, abtaucht. Er überläßt es der eigenen Fraktion und der CDU, für dieses Vorhaben zu werben. Die Opposition überläßt er REGENBOGEN. Das finde ich, Herr Senator, schon bemerkenswert

(Ingrid Cords SPD: Das stimmt ja nicht!)

– ich will es vorsichtig ausdrücken – zurückhaltend.

Wenn Sie von diesem Projekt so überzeugt sind, wie Herr Hajen es ist, wie ich es bin und die beiden Fraktionen, dann gehörte der Senator auch an die Spitze dieser Bewegung zur Verteidigung dieser Linie.

(Werner Dobritz SPD: Der wird an seinem Erfolg gemessen!)

– Nein, nein, Herr Dobritz. Er hat schon die Verpflichtung, den Menschen in Neuenfelde zu erklären, warum er dieser Meinung ist. Er kann keine Kastanien ins Feuer werfen und sie andere herausholen lassen. So geht das nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Thema eignet sich aber auch nicht – das sage ich an REGENBOGEN gewandt – für wadenbeißerische Auseinandersetzungen interner Art nach dem Motto: „Jetzt interpretieren wir mal das Koalitionsabkommen. Ich, Norbert Hackbusch, war dabei und auch Frau Möller, und nun erkläre ich einmal, wie wir es damals gemeint haben. Deswegen darf es doch nicht wahr sein, daß ihr euch heute hier von dem Beschluß, den wir damals gemeinsam getroffen haben, so weit entfernt, daß ihr die Sozialdemokraten alleine laufen laßt.“ Dafür eignet sich dieses Thema nicht.

Wir finden, daß das, wofür der Senat jetzt einen Planfeststellungsbeschuß getroffen hat, verantwortlich ist. Wir werden aber sehr ausführlich darüber nachdenken müssen, wie wir damit umgehen, wenn Erweiterungen stattfinden sollen. Da diese aber heute nicht getroffen werden, stimmen wir dem Konzept des Senats für die Erweiterung zu und lehnen den Antrag der REGENBOGEN-Gruppe ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, es ist richtig, wir waren auf derselben Veranstaltung, haben aber scheinbar eine völlig unterschiedliche Wahrnehmung. Ohne daß ich der Belehrung der CDU bedurft hätte, finde ich – gelinde gesagt – Ihre Belehrung geradezu unverschämt.

Gerade weil Sie die Verhandlungen – vermutlich zu gut – über das Projekt A3XX und die Zustimmungsmöglichkeiten der GAL damals mit verfolgt haben, kennen Sie den tatsächlichen Stand der Debatte. Ich finde es unverschämt mir gegenüber, das hier so zu formulieren.

(Antje Möller GAL)

- A Ferner ist es gegenüber den Menschen, die in Neuenfelde und Umgebung wohnen, fahrlässig, die Gerüchteküche in der Weise anzuheizen, daß von dem sachlichen Gehalt und dem Stand der Bewerbung nahezu nichts nachbleibt. Das sollten wir nicht tun, denn es ist fahrlässig.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben auch jetzt mit dem Planfeststellungsbeschluß überhaupt keinen veränderten Sachstand in bezug auf die Entscheidung der Airbus International. Wir warten weiterhin auf die öffentliche Information darüber, an welchen Standort die Endlinienfertigung geht. Die Endlinienfertigung beinhaltet die Anzahl der Arbeitsplätze. Sie wissen genauso gut wie alle anderen hier im Saal – weil wir es schon mehrfach diskutiert haben –, daß es dabei nicht um 200 oder 300 Arbeitsplätze geht, sondern um eine vierstellige Zahl; ich nenne sie auch noch einmal, sie liegt im Bereich von 2000 bis 4000 Arbeitsplätzen. Das ist die Zahl, um die sich beworben wurde und die der Ausschreibung zugrunde liegt. Eine andere Zahl liegt uns nicht vor. Das ist eine Spekulation, die wüst und nicht zulässig ist.

Die EU-Stellungnahme kann man kritisieren. Ich finde sie nicht differenziert genug und hätte mir eine Bewertung des Ausgleichskonzepts gewünscht, denn das war uns und auch der SPD wichtig. Für die GAL war es ein wichtiger Bestandteil der Zustimmung, der aber fehlt.

Trotzdem beinhaltet die EU-Stellungnahme ein eindeutiges Signal, nämlich die Befürwortung, die überregionale wichtige Bedeutung des Projektes. Damit konnte der Planfeststellungsbeschluß erfolgen. Das ist der Sachstand, nicht mehr und nicht weniger. Jede Spekulation darüber heizt wiederum nur die Gerüchteküche an und ist nicht hilfreich; es führt zu nichts. Man kann nichts weiter anbieten und muß die Entscheidung von Airbus International abwarten.

- B Das, was ich zu Neuenfelde gesagt habe – Sie meinten mich zu zitieren –, war kein Zitat. Ich habe gesagt, daß 2864 Meter beantragt sind und im Plan festgestellt werden, und das ist der Sachstand. Jede Erweiterung, Verlängerung oder andere Idee in bezug auf die Länge dieser Startbahn wird neu planfestzustellen sein. Wir haben jetzt eine Entscheidung, und auf dieser Basis wird man das Projekt weiter verfolgen.

Weiterhin habe ich gesagt, wenn der Planfeststellungsbeschluß vorliegt, bedeutet das nicht den Beginn der Bauarbeiten, weil es in der Verabredung zwischen den Koalitionspartnern, die Airbus International im übrigen bekannt ist und auch Bestandteil der Bewerbung war, heißt, daß der Zuschlag für die Endlinienfertigung nach Hamburg erfolgen muß und als zweiter Schritt die Entscheidung für den Bau. Beides steht noch aus, und deswegen gibt es auch noch keine Bauarbeiten im Mühlenberger Loch. Das habe ich dort gesagt und sage es auch hier. Es ist aber auch nichts, was man spekulativ in irgendeiner Weise in die Gerüchteküche einbringen kann.

Zu den Punkten Ihres Antrags. Den ersten haben Sie nicht weiter ausgeführt. Ich verstehe das als einen weiteren Schritt, das Projekt insgesamt zu verhindern. Das ist nicht in unserem Sinne und deshalb abzulehnen.

Die Spiegelstriche unter Punkt 2 sind eindeutig ausgehandelt worden und werden berücksichtigt. Ich muß es, glaube ich, gar nicht mehr im Detail sagen, denn uns allen ist die grundlegende ökologische Bedeutung des Mühlenberger Lochs bekannt. Gerade deswegen gibt es doch dieses hochkompliziert entwickelte, aber auch sehr wichtige Ausgleichskonzept.

Zur Arbeitsplatzbilanz hat Herr Hajen viel ausgeführt, und ich habe das auch erwähnt. Was auch immer auf welche Standorte verteilt wird, wissen wir nicht, das ist Spekulation, ebenso die Verlängerung der Start- und Landebahn.

C

Nun noch etwas zur unverhältnismäßig hohen Subvention eines Privatunternehmens. Um ehrlich zu sein, wollen Sie das, glaube ich, mit Ihrem Punkt 3 auch. Herr Hajen hat sich dazu fundiert geäußert; ich mache es jetzt nur polemisch. Wenn der Senat unter drittens aufgefordert wird, ein realistisches Konzept zur Sicherung des Flugzeugbaus in Hamburg vorzulegen, das Menschen und Natur nicht weiter belastet, würde das nicht eventuell auch Geld aus dem Haushalt kosten? Ich wäre an Ihrer Stelle an die Sache noch fundamentalistischer herangegangen und hätte eine Umwandlung der Arbeitsplätze aus dem Flugzeugbau in den Bereich des Straßenbahnbaus oder ähnliches gefordert. Ich finde den Antrag nicht seriös. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn in einer so angelegten Debatte der Senat normalerweise nicht Stellung nimmt, will ich es in diesem Fall, bezogen auf drei Punkte, tun.

Herr Ehlers, das, was Sie heute an mir kritisiert haben, ist fast der originellste Vorwurf, der mir in meinem Leben gemacht worden ist: daß ich mich nicht genug für den A3XX engagiere.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

D

Ich habe schon mancherlei gehört, aber das noch nicht. Ich war übrigens auch in Neuenfelde, und zwar lange vor der Veranstaltung, auf die Sie sich bezogen haben. Es war eine schöne Veranstaltung im Spätherbst oder Winter, auf der 400 oder 500 Menschen aus Neuenfelde und die Arbeitnehmer der DASA anwesend waren. Haben Sie keine Sorgen,

(Ingrid Cords SPD: Die CDU war nicht da!)

daß ich meine Anliegen nicht auch in Neuenfelde verträte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Davon abgesehen, will ich Ihre zwei Hauptpunkte aufnehmen.

Erstens das Argument Kosten. Wer würde an der Bürgerschaft vorbei ausgabewirksame Entscheidungen in einem solchen Zusammenhang treffen wollen oder auch können? Das ist ganz undenkbar. Man muß nur die richtige Reihenfolge einhalten. Die Reihenfolge lautet: Jetzt bewerben wir uns. Wenn wir mit der Bewerbung Erfolg haben, entscheidet sich das Unternehmen für Hamburg. Wenn sich das Unternehmen für Hamburg entscheidet, müssen wir wissen, womit genau es sich für Hamburg entscheidet. Dann werde ich in aller Offenheit und Klarheit der Bürgerschaft eine umfangreiche Drucksache vorlegen, die erstens darüber berichtet, welche strukturellen Elemente die Entscheidung von Airbus enthält, zweitens welche Folgen es in der Nutzung von Flächen hat, um in der Notwendigkeit die Infrastruktur zu realisieren, und drittens, welche Kosten damit verbunden sind und wie das zu finanzieren ist. Darauf können Sie sich fest verlassen.

(Senator Dr. Thomas Mirow)

- A Der zweite Punkt betraf die ominöse Startbahnlänge. Abgesehen davon, daß Sie dazu eine Anfrage gestellt haben, die auch in aller Form beantwortet wird, kann ich es von diesem Pult aus schon einmal versuchen.

Antragsteller für die jetzige Startbahnverlängerung, die Gegenstand des Planfeststellungsbeschlusses ist, ist die DASA selbst. Glauben Sie ernsthaft, die DASA würde eine Start- und Landebahn in einem Planfeststellungsbeschlusverfahren beantragen, von der sie weiß, daß sie sie gar nicht gebrauchen kann? Das ist nicht besonders logisch.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Haben Sie eine Erklärung dafür?)

Ein weiterer Hinweis: Ich neige nicht zur Polemik, aber sich unter dem Stichwort Wahrheiten und Klarheiten ausgerechnet auf Herrn Koch zu beziehen, ist auch ein gewisser Mut.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das war nicht gut!)

– Ich weiß, daß Ihnen das nicht gefällt, aber es fiel ein bißchen auf.

Wir haben aus unserer Haltung gar kein Geheimnis gemacht, das ist mein entscheidendes Argument. Ich habe in aller Offenheit in Neuenfelde, auf einen Senatsbeschuß gestützt, der öffentlich gemacht wurde, gesagt, daß, wenn das Unternehmen eine verlängerte Start- und Landebahn braucht, und zwar, Herr Ehlers, nicht nur auf die 3050 Meter bezogen ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

- B **Senator Dr. Thomas Mirow:** Ja, wenn ich meinen Satz beendet habe.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Selbstverständlich!

Senator Dr. Thomas Mirow (fortfahrend): ... dann wäre der Senat bereit – das habe ich persönlich, wie der Senat auch, natürlich vorbehaltlich eines Planfeststellungsverfahrens sagen können, also als politische Erklärung –, eine Start- und Landebahnlänge von 3000 Metern bis zu 3500 Metern herbeizuführen, wengleich es uns natürlich lieber wäre, dieses würde nicht benötigt. Eine offenere Erklärung als diese ist schlechterdings nicht vorstellbar.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Ehlers, bitte.

Zwischenfrage von Karl-Heinz Ehlers CDU: Haben Sie eine Erklärung dafür, Herr Senator, warum Airbus offenbar eine geringere Länge beantragt hat, als sie selbst in ihrem Anforderungsprofil angekündigt hat, als Voraussetzung, für den Fall, daß das Auslieferungszentrum mit gebaut werden sollte? Warum sind sie selbst darunter geblieben? Das ist doch eine Lücke.

Senator Dr. Thomas Mirow (fortfahrend): Die Begründung kann ich Ihnen geben. Sie hat etwas damit zu tun, daß die Anforderungen zu einem Zeitpunkt formuliert werden mußten, zu dem überhaupt noch nicht klar war, ob es über die Grundversion hinaus weitere Versionen geben würde. Zweitens war nicht klar, in welcher Form eine Endlinienfertigung an welchem Ort stattfinden sollte; das ist das Thema „heavy and light“. Drittens war nicht klar, falls es zu einer Arbeitsteilung kommen sollte, wie diese aussehen würde.

Da das deutsche Planrecht verlangt, daß ein Planfeststellungsbeschuß gesicherte Antragsunterlagen zur Grundlage haben muß, blieb gar keine andere Wahl, als sich auf das zu beziehen, was gesicherte Erkenntnis ist. Das haben sie getan. Aber ich sage noch einmal: Eine weitergehende politische Äußerung, als der Senat sie zu dem Thema gemacht hat, kann man nicht machen. Ob die Bürgerschaft dem in der Mehrheit folgen wird und ob es gelingt, das, wenn es notwendig ist, in einen Planfeststellungsbeschuß zu bringen, ist eine zweite Frage. Aber der Senat hat sich in aller Offenheit geäußert.

Eine kurze Bemerkung zum Thema Europäische Union und Ausgleichskonzeption. Abgesehen davon, daß ich nahezu täglich während vieler Wochen und Monate von allen Sachverständigen oder vermeintlich Sachverständigen gelesen habe, es sei vor dem Hintergrund der Hamburger Bewerbung völlig ausgeschlossen, daß die Europäische Kommission diese Planung genehmigen werde. Da haben sich die Auguren ein bißchen geirrt.

(Jürgen Schmidt SPD: Aber nur ein bißchen!)

– Nein, ziemlich grundlegend.

Es ist nicht so – das möchte ich in Richtung der GAL-Fraktion sagen –, daß sich die Europäische Kommission nicht mit der Ausgleichskonzeption befaßt hätte. Es ist auch nicht so, daß sie nicht den Versuch unternommen hätte, eine fachliche Bewertung der Hamburger Ausgleichskonzeption vorzunehmen. Die Bemerkung, die in der Stellungnahme am Ende enthalten ist, hat den Sachzusammenhang, daß die Europäische Union bekanntlich unzufrieden damit ist, daß die deutschen Länder insgesamt noch nicht hinreichende FFH-Flächen angemeldet haben und damit aus der Sicht der Europäischen Union der Gesamtzusammenhang von Natura 2000 noch nicht abschließend beurteilbar ist. Das ist nicht dasselbe, als wenn man zu dem Ergebnis oder zu der Feststellung käme, die Europäische Kommission habe sich nicht mit der Qualität der Ausgleichskonzeption befaßt. Ich kann Ihnen jedenfalls darüber berichten, daß in den abschließenden Gesprächen und Verhandlungen, die ich mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Frau Wallström geführt habe, die Frage der Qualität der Ausgleichskonzeption eine sehr intensive Rolle gespielt hat. Da der Staatsrat der Umweltbehörde mich begleitet hat, wird er Ihnen das sicher in allen Details auch berichtet haben oder erzählen können.

(Antje Möller GAL: Das ist eine Unterstellung!)

– War aber eine freundliche, gar nicht anders gemeint.

Daß die Europäische Union diesen letzten Punkt aufgreift, wenn sie insofern ein Defizit bei ihrem Vertragspartner Bundesrepublik Deutschland insgesamt noch sieht, kann man ihr nicht verdenken. Andererseits kann man das aber Hamburg nicht zum Nachteil anrechnen, sondern es liegt ein bißchen in der Natur der Sache.

Die Position von Herrn Hackbusch, der dagegen ist, kann ich verstehen. Es ist in Ordnung, daß es in einem demokratisch gewählten Parlament fünf Abgeordnete gibt, die gegen ein solches Projekt sind. Die anderen sind dafür. Herr Ehlers, Sie haben ein bißchen Schwierigkeiten vor Ort. Das kann ich auch verstehen, da muß man tapfer sein. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

A **Norbert Hackbusch** REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Zwei kleine Anmerkungen.

Herr Mirow, leider hat mir die Anmerkung zu den falschen Zahlen der EU-Kommission im Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen gefehlt. Die Wirtschaftsbehörde oder irgend jemand anders muß uns noch erklären, woher diese eindeutig falschen Zahlen kommen. Und sie sind eindeutig falsch, Herr Hajen, das wissen Sie und haben es deutlich gesagt.

Nach Ihrem Vortrag, Herr Hajen, werden wir jetzt natürlich jeden Arbeitsplatz, der in Hamburg geschaffen wird, verdoppeln, weil es volkswirtschaftlicher Logik entspricht. Das heißt, wenn Phoenix 100 neue Arbeitsplätze schafft, werden wir gleich von 200 sprechen.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Da haben Sie heute etwas dazugelernt!)

Aber dann müssen wir diese Rechnung auch einmal neu machen und allgemein durchsetzen. Das ist zwar etwas verrückt, aber es ist Ihre Logik.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der DASA-Erweiterung ist natürlich eine politische Debatte absolut notwendig. Wenn die Zahl von 1,7 Milliarden DM stimmt, bedeutet das für Hamburg, wenn 2000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, eine Unterstützung von 1 Million DM pro Arbeitsplatz. Wenn wir davon ausgehen, daß durch die geteilte Endmontage wahrscheinlich nur die Hälfte der Arbeitsplätze kommt, sind das schon 2 Millionen DM. Darauf wird vom Bund pro Arbeitsplatz noch eine Unterstützung im Zusammenhang mit 650 Millionen DM gepackt. Das sind Riesensubventionierungen. Da können Sie nicht sagen, wir sind toll und schaffen Arbeitsplätze. Nein, wir haben damit auch große Probleme, das staatlich zu finanzieren. Herr Ehlers hat völlig recht. Wir haben in Hamburg schon schwer daran zu schlucken, Ihre verrückte Geschichte in Altenwerder zu finanzieren. Wir wissen jetzt schon nicht, wie wir das bei dem Handlungsrahmen noch schaffen können. Diese Fragestellung politisch nicht zu debattieren, finde ich falsch.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Frau Möller, früher haben wir als Grüne immer um die Ohren bekommen, wir wollen keine Industriearbeitsplätze, sondern statt dessen Fahrradwege schaffen. Das kann man meinetwegen jetzt auch auf uns übertragen. Das ist eher noch eine Ehre. Aber ich will ein Beispiel nennen.

(Antje Möller GAL: Straßenbahn!)

Einigen von Ihnen, die sich in Hamburg in wirtschaftspolitischen Diskussionen auskennen, will ich folgendes noch einmal vor Augen führen. Es gab in den siebziger Jahren eine Diskussion darüber, inwieweit die Sietas-Werft nicht zu beengt an der Este liege und eventuell einen Zugang zur Norderelbe bekommen sollte. Es war in der Diskussion, zur Norderwerft zu ziehen. Die Sietas-Werft hat das nicht gemacht und die natürliche Beschränkung der Este auf sich genommen. Sie ist durch diese natürliche Beschränkung, die dazu geführt hat, daß man nur Schiffe bis zu 5000 Bruttoregistertonnen bauen kann, ein äußerst erfolgreiches Unternehmen geworden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das war sehr natürlich! – Dr. Leonhard Hajen SPD: Ist da nicht noch etwas Breiteres?)

– Das ist völliger Unsinn. Genau diese natürliche Beschränkung hat dazu geführt, daß man in der Lage war,

dort vernünftige Industrie zu bauen. Sie können herumschreien, wie Sie wollen. Das zeigt, daß man natürlicher Beschränkung nicht aus dem Weg gehen, sondern sie akzeptieren sollte. Gerade als Grüne sollten Sie das wissen. – Danke.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dieser Debatte nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag in seiner Neufassung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf: Bericht des Sozialausschusses zur Insolvenzordnung: Drucksache 16/4140.

[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksachen

16/2002: Umsetzung der neuen Insolvenzordnung (GAL-Antrag)

16/3256: Umsetzung der Insolvenzordnung (Verbraucherinsolvenz) in Hamburg (Senatsvorlage) – Drucksache 16/4140 –]

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/4223 ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion zugegangen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Stärkung der Schuldnerberatung und Verbesserung des Verbraucherinsolvenzverfahrens – Drucksache 16/4223 –]

Wer möchte das Wort? – Herr Grund erhält das Wort.

Uwe Grund SPD:* Meine Damen und Herren! Es ist unverändert und unzweifelhaft eine gute Sache, daß es die private Verbraucherinsolvenz in dieser Republik gibt. Wir haben nun ein Jahr lang praktische Erfahrungen gesammelt.

Schon als das Gesetz vor zwei Jahren – Mitte Sommer 1998 – der Bürgerschaft vorgelegt wurde, waren wir uns alle gemeinsam unsicher, wie wir mit den Folgen dieses Bundesgesetzes in Hamburg umgehen würden. Diese Unsicherheit herrschte in der ganzen Republik, weil kein Mensch wußte, wie viele überschuldete Privathaushalte von den neuen rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen werden. Wir wußten auch nicht, wie wir diese Beratung und die justitielle Bearbeitung dieses Themas am Ende werden bewältigen können.

Zunächst ging die Bürgerschaft davon aus – nachweislich unseres Beschlusses vom Sommer 1998 –, daß wir eine sehr hohe Anzahl von Verbraucherinsolvenzfällen bei der Justiz bekommen werden, weil wir davon ausgegangen sind, daß sich sehr schnell in den Beratungsverfahren herausstellen werde: Ein außergerichtlicher Vergleich in den Gläubiger- und Schuldverhältnisfragen wird sich nicht herstellen lassen, und wir werden am Ende vor Gericht Entscheidungen treffen müssen. Dieser Umstand ist nicht eingetreten. Die Zahl der Fälle, von denen wir vermutet haben, daß sie in Hamburg auftreten werden, ist sogar geringer als zunächst angenommen geworden. Wir hatten mit ungefähr 4000, vielleicht 5000 Fällen gerechnet, die pro Jahr auf die hamburgische Schuldnerberatung und auf das Insolvenzgericht zukommen werden. Das ist so nicht zutreffend. Die Zahlen sind geringer.

Es hat sich aber etwas ganz anderes herausgestellt, und zwar bundesweit. Das ist kein Hamburger Problem. Die Ar-

C

D

(Uwe Grund SPD)

A beit der Beratung der verschuldeten Haushalte ist wesentlich aufwendiger, komplizierter und langwieriger, als wir alle vermutet haben. Das Ergebnis ist, daß sich in den Beratungseinrichtungen der Stadt und auch bei den privaten Schuldnerberatungseinrichtungen Wartelisten ergeben haben und sehr lange Wartezeiten auf die interessierte Bevölkerung und auf die betroffenen Haushalte zukommen.

Nachdem dies im Laufe des Jahres 1999 absehbar gewesen ist, hat der Senat gehandelt, indem er eine weitere – nämlich die achte – Beratungsstelle eingerichtet hat. Diese Beratungsstelle hat ihre Tätigkeit noch im vergangenen Jahr aufgenommen und war erfolgreich tätig. Es sind in dieser Beratungsstelle in den ersten Monaten überdurchschnittlich viele Beratungen und auch abgeschlossene Fälle zu verzeichnen. Das hat damit zu tun, daß wir in dieser Beratungsstelle speziell Personal aus dem Bereich der Justiz einsetzen konnten, also besonders erfahrenes und versiertes Personal.

Im Sozialausschuß ist das Thema erneut und mehrfach diskutiert worden. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, wir warten bis Ende März ab und beobachten, wie die Zugänge sein werden. Wenn wir erkennen, es ist nur eine Bugwelle und die Fälle normalisieren sich, dann werden wir mit den Problemen klarkommen.

Nun hat sich aber im Frühjahr erwiesen – tatsächlich erst im Februar und März –, daß die Zahl der Neueingänge nicht rückläufig ist, sondern sich weiter auf sehr hohem Niveau fortsetzt. Somit war für uns alle klar, mit den vorhandenen Ressourcen werden wir es nicht schaffen. „So geht es nicht weiter“, war das Fazit im Sozialausschuß bei allen anwesenden Fraktionen und bei der Gruppe.

B Wir haben die Diskussion im Sozialausschuß beendet und reichen heute der Bürgerschaft einen Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion ein mit der klaren Zielsetzung, nicht nur die Beratungsstellen zur Verbraucherinsolvenz, die es in der Stadt gibt, personell durch weitere Stellen zu verstärken, die durch entsprechende Veränderung des Haushaltsplans des Jahres 2000 genehmigt werden sollen, sondern wir wollen das über einen längeren Zeitraum hinweg tun.

Wir wollen darüber hinaus auch die privaten Einrichtungen – die Verbraucher-Zentrale insbesondere, die jetzt bereits behördliche Anerkennung hat, und das Diakonische Werk – unterstützen, damit sie ihre Beratungsleistungen aufstocken können. Dies ist zunächst einmal der Weg, um sicherzustellen, daß wir den hohen Anforderungen, die auf uns zukommen, auch weiter gerecht werden können.

Damit aber nicht genug, meine Damen und Herren: Es geht nicht nur um Löcherstopfen, die nun aufgetreten sind, sondern wir wollen den Problemen auch grundsätzlich Herr werden. Dazu bedarf es vor allem Veränderungen auf Bundesebene. Ein Thema haben wir hier bereits mehrfach diskutiert. Es geht um Prozeßkostenhilfe. Sie wissen, daß wir in Hamburg damit sehr großzügig verfahren. Im Bundesgebiet ist das Problem nicht gelöst, es muß aber gelöst werden. Im Sozialausschuß wurde berichtet, daß es eine Arbeitsgruppe der zuständigen Länderreferenten gibt. Unter Hamburgs Federführung wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der dazu führen soll, daß die Beratungsaktivitäten vereinfacht und erleichtert werden sollen und vor allem weniger Problemfälle bei den Beratungsstellen ankommen.

Ein besonders wichtiger Punkt dabei ist, daß zum Beispiel auch die Kleingewerbetreibenden in das private Insolvenzverfahren einbezogen sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß

gerade die Insolvenzverfahren bei Kleingewerbetreibenden mit sehr, sehr vielen Gläubigern zu tun haben und sehr, sehr aufwendig sind, so daß man künftig beabsichtigt, diese Verfahren aus der Beratungsleistung herauszunehmen und sie direkt wieder in die Justizverwaltung und in die justizielle Bearbeitung zu geben. Das ist ein richtiger Weg.

Wer glaubt, mit einer „Verfahrensvereinfachung“ sei es getan, den will ich an dieser Stelle warnen. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, daß Schuldner am Ende benennen, welche Gläubiger sie haben, und daß sie auch sagen, wie hoch die Schulden sind, die sie bei diesen Gläubigern haben. Sie müssen dafür die Belege und Unterlagen besorgen, weil das zwingende Voraussetzung ist, wenn man überhaupt eine außergerichtliche Schuldenbereinigung und -regulierung sowie einen Schuldenvergleich herstellen will.

Die Probleme, daß die Schuldner umfangreiche Informationen und Unterlagen beschaffen müssen, um überhaupt in das Verfahren hineinkommen zu können, um nach einer längeren Zeit schuldenfrei aus dem Verfahren herauszugehen, werden uns erhalten bleiben. Ich befürchte, daran werden wir bei den Beratungseinrichtungen in der ganzen Stadt weiter sehr stark zu beißen haben.

Wir sind außerdem etwas überrascht davon, daß in den Bezirken die Bearbeitung der Beratungsaktivitäten unterschiedlich schnell und offensichtlich auch von unterschiedlicher Qualität ist. Wir haben den Senat in unserem Antrag aufgefordert, hier ein Controlling- und Steuerungsverfahren einzuleiten, das sicherstellen soll, daß genau dies in den Bezirken korrekt dargestellt wird. Es muß geklärt werden, wie man die Verfahrensabläufe noch verbessern kann. Vor allem liegt bei uns immer im Blick, meine Damen und Herren, daß wir es erreichen können, daß am Ende nicht die Menschen abgeschreckt werden, dieses langwierige schwierige Verfahren und diesen bitteren Weg der Schuldenbereinigung zu gehen. Es gibt nichts Schlimmeres für uns alle – übrigens auch nicht für die Gläubiger –, als wenn die Menschen am Ende resignieren, sich ihre Schulden weiter durch die Zinslasten vergrößern. Damit ist niemandem ernsthaft geholfen.

Wir haben im letzten Jahr erkannt, die Mittel waren nicht ausreichend. Es wurde aufgestockt, und wir tun einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Blumenthal.

(Anja Hajduk GAL: Jetzt finden wir Ihren Beifall!)

Antje Blumenthal CDU: Warten Sie doch erst einmal ab.

Herr Grund, wir waren uns selten so einig, und ich kann Ihren Antrag nur begrüßen. Aber es ist eine schallende Ohrfeige für die beiden zuständigen Senatorinnen. Wenn Sie den Antrag lesen, beschreibt dieser die Defizite und fordert keine Lösungen mehr ein.

(Anja Hajduk GAL: Sehr initiativ!)

Sie als Fraktion bieten die Lösung an. Und – was noch viel schlimmer ist – Sie machen die Schularbeiten für die zuständigen Behörden, wie wir aus dem Antrag deutlich ersehen können. Sie benennen die Aufstockung, alles das, was wir schon vor vergangener Zeit gefordert haben, Frau Hajduk. Auch dieses müssen Sie zugeben. Die CDU-Fraktion hat bereits zum Haushalt 1999 Aufstockung eingefor-

(Antje Blumenthal CDU)

- A dert. Aber es stand auf dem Antrag „CDU“, und deswegen konnte dem nicht zugestimmt werden.

Die personelle Aufstockung ist in der Vergangenheit erfolgt. Wir sind froh darüber, und wir stehen auch zu Ihrem Antrag. Keine Sorge. Aber es ist uns auch gestattet, noch einmal auf die Defizite hinzuweisen, die in den vergangenen zwei Jahren immer wieder geschildert worden sind. Sehen Sie sich an, wie oft wir in der Bürgerschaft zur Schuldnerberatung, zur Insolvenz debattiert haben. Es ist von Ihnen oft zurückgewiesen worden. Lediglich im Sozialausschuß hatten wir immer wieder die Gelegenheit, die Probleme zu benennen. Wenn Sie sehen, wie wir es auch erkannt haben, in welchen Bereichen es einen Überhang gibt, haben Sie genau diesen Weg gewählt, daß Sie aus dem Einzelplan 2 die finanziellen Umschichtungen für die notwendigen Verstärkungen gewählt haben.

Herr Grund, auch wir haben schon 1998 gefordert, die Verbraucher-Zentrale und das Diakonische Werk stärker mit einzubeziehen. Das ist von Ihnen damals immer abgelehnt worden. Sie wissen um die krampfhaften Bemühungen dieser beiden Träger, die Schuldnerberatung aus eigener Kraft und mit finanzieller Unterstützung von Förderern durchzuziehen. Dieses ist gelungen, und ich hoffe nunmehr außerordentlich, daß es uns mit diesem Antrag, den wir als CDU-Fraktion unterstützen, gelingt, die Arbeit der Verbraucher-Zentrale und des Diakonischen Werkes weiter fortzusetzen.

(Beifall bei Anja Hajduk und Andrea Franken, beide GAL)

- B Insofern gibt es dort überhaupt gar keinen Dissens, auch aufzustocken. Sie müssen dann aber auch einmal zugeben können, daß dieses von uns vorher angemahnt worden ist. Wenn Sie dieses früher erkannt hätten, wären wir heute schon ein Stückchen weiter.

(Beifall bei der CDU)

Zum Inhalt Ihres Antrags stimmen wir Ihnen in allen Punkten zu. Meine Fraktion hat lediglich das Problem, daß Sie zwar die Punkte 1 und 2 terminlich genau eingrenzen, aber zu den übrigen Punkten keine zeitliche Aussage treffen. Das wäre vielleicht ganz hilfreich gewesen.

Ein weiterer Punkt, zu dem ich die beiden Koalitionsfraktionen bitte, noch einmal darüber nachzudenken. Wir haben alle gemeinsam erkannt, wie es den Menschen geht, die tief in Schulden verstrickt sind und die häufig gar nicht wissen, wie sie sich selbst helfen können. Wenn sie sich dann an eine bezirkliche Schuldnerberatungsstelle wenden – ich beziehe mich jetzt auf diesen Teil –, dann ist dieses ein erster Schritt, weil sie zeigen, daß sie willens sind, sich aus diesem Schuldenwust zu befreien. Was passiert dann? Wir haben auf Anregung der CDU diesen Fragebogen bekommen. Lesen Sie sich ihn einmal durch. Ein Mensch, der die Post normalerweise nicht mehr öffnet, der die Rechnungen nicht mehr nachsieht, der sich keine Mahnbescheide ansieht, der bekommt einen Brief, in dem freundlich formuliert ist:

„Sie haben um einen Beratungstermin in der Schuldnerberatung nachgefragt. Aufgrund der hohen Nachfrage müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß es einige Zeit dauern wird, bis wir Ihnen einen Beratungstermin anbieten können.“

Dann kommt noch etwas Erläuterndes, und dann heißt es fettgedruckt:

„In jedem Fall bitten wir Sie, das beigefügte Antwortschreiben an uns zurückzusenden. Nach Eingang des Antwortschreibens nehmen wir Sie auf unsere Warteliste. Sobald wie möglich, werden wir Ihnen einen Termin mitteilen. Bis dahin bitten wir Sie, von Rückfragen abzu-sehen.“

Nun stellen Sie sich die Menschen vor, die ohnehin nicht mehr weiterwissen, dieses als letzten Strohalm gesehen haben. Da ist meine Bitte an Sie, hier ein Stückchen die Behörden auf dem Weg zu begleiten, daß hier ein anderes Verfahren gewählt wird, denn wir schieben die Probleme nur weiter vor uns her.

Wir haben im Ausschuß bereits über die langen Wartelisten debattiert, über die hohe „Abbrecherquote“ derjenigen, die sich aufgrund einer telefonischen Anfrage nicht erneut melden und die dann erst einmal wieder in der Versenkung verschwinden. Die Schulden werden nicht weniger, aber irgendwann kommen diese Menschen wieder, und dann hat man diese Bugwelle auch nur wieder vor sich hergeschoben. Hier ist dringender Handlungsbedarf, daß man sich Wege überlegt, wie man die Personen, die sich telefonisch melden, in irgendeiner Art und Weise zu erfassen versucht, damit nicht wieder ein längerer Zeitraum aufläuft. Insofern bitte ich Sie, noch einmal darüber nachzudenken, wie wir mit diesen Menschen weiter werden umgehen können.

Nach wie vor gibt es Probleme mit den langen Bearbeitungszeiten, und auch das von Ihnen zu Recht eingeforderte Controlling ist sehr wichtig. Selbst in den Ausschußsitzungen konnte uns vom Senat noch nicht einmal benannt werden, warum es diese unterschiedlich langen Bearbeitungszeiten und die unterschiedlich langen Anwärterlisten gibt. Hier hätte auch der Senat schon lange handeln müssen. Insofern begrüßen wir Ihren Antrag ausdrücklich, daß dem Senat vielleicht auf diese Art und Weise ein bißchen Beine gemacht werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Franken.

Andrea Franken GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Umsetzung des Insolvenzverfahrens brachte in allen Bundesländern – so auch in Hamburg – eine Menge Probleme mit sich, die wir in der Bürgerschaft schon öfters benannt haben.

Seit Anfang an hat die GAL deutlich gemacht, daß man die Überlastung der bezirklichen Schuldnerberatungsstellen und den damit verbundenen schlechten Service für die Schuldner und Schuldnerinnen nicht hinnehmen kann. Auch wir haben schon damals Vorschläge zur Entlastung der bezirklichen Schuldnerberatungsstellen gemacht. Denken wir noch an die Debatte in der November-Bürgerschaftssitzung, als die GAL vorschlug, die nicht genutzten Ressourcen beim Insolvenzgericht für die vorgerichtliche Schuldnerberatung zur Verfügung zu stellen. Doch damals stießen wir beim Senat nicht auf Einsicht. Senatorin Roth sprach von einer „unerfüllbaren Wunschliste der GAL“.

Die fortwährende Debatte um die Schuldnerberatung, die auch aufgrund eines GAL-Antrags im letzten Sozialausschuß stattfand, hat nun die Notwendigkeit bewiesen, die Schuldnerberatungsstellen stärken zu müssen. Nun geht also die Wunschliste der GAL doch noch in Erfüllung. Es geht nicht nur die Wunschliste in Erfüllung, sondern die De-

C

D

(Andrea Franken GAL)

A batte hat auch im Sinne der Schuldner und Schuldnerinnen zum heutigen gemeinsamen Antrag der GAL und SPD geführt. Endlich werden die freien Ressourcen beim Insolvenzgericht für die Schuldnerberatung umgeschichtet. Hamburg wird die bezirklichen Schuldnerberatungen um acht Stellen aufstocken. Die Verbraucher-Zentrale und das Diakonische Werk, die eine hoch anzuerkennende Arbeit leisten, werden mit 500 000 DM pro Jahr unterstützt. Wir wollen durch unseren Antrag sicherstellen, daß auch die normale Schuldnerberatung, die aus Kapazitätsgründen in einzelnen Bezirken nicht mehr stattgefunden hat, weitergeführt werden kann.

Ein Punkt, den Herr Grund nicht erwähnt hat: Uns geht es auch darum, noch einmal die Arbeit der Mitarbeiter in den Schuldnerberatungsstellen zu stärken, indem wir ihnen eine bessere Software zur Verfügung stellen wollen und sie auch weitere Qualifizierungsangebote erhalten sollen. Ich hoffe, daß wir mit diesen genannten Maßnahmen die Warte- und Bearbeitungszeiten abbauen und daß der bessere Service endlich dazu führt, schnellstmöglich den verschuldeten Hamburgerinnen und Hamburgern ein Leben ohne Schulden zu ermöglichen. Freuen würde es mich, wenn von dieser Sitzung noch einmal ein Signal an die Bürger ausgeht, die sich mit einer ersten Anfrage an die Schuldnerberatungsstellen gewendet haben, dann aber vermutlich durch die langen Wartezeiten abgeschreckt waren und dort nie wieder erschienen sind. Ich hoffe, daß sie sich trauen, sich ein zweites Mal an die Schuldnerberatungsstellen zu wenden.

Frau Blumenthal, Sie möchten, daß der Zugang in das Insolvenzverfahren erleichtert wird.

(Antje Blumenthal CDU: In die Beratung!)

B – In die Beratung.

Wir hatten im Sozialausschuß bereits darüber gesprochen, daß die Behörde versucht hat, den Zugang zu erleichtern. Uns wurde deutlich gemacht, daß Menschen nicht mehr wie früher nur auf eine Warteliste kommen, wenn sie den entsprechenden Fragebogen ausgefüllt haben, sondern auch, wenn sie den Bogen nicht ausgefüllt haben, aber sagen, daß sie auf die Liste möchten. Dann wird ihnen in den Schuldnerberatungsstellen beim Ausfüllen des Bogens geholfen werden. Ich denke, daß wir damit schon eine Verbesserung erreicht haben.

Wir werden im Auge behalten, wie die beschlossenen Maßnahmen greifen. Dabei sollten wir auch noch einmal darauf achten, daß nicht nur die Möglichkeit auf rechtliche Hilfe besteht, sondern die Menschen auch Hilfe erhalten, um ihre mit den Schulden verbundenen Probleme lösen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Leider haben wir nur wenig Redezeit, deswegen nur drei Stichworte. Herr Grund, etwas ärgerlich finde ich, wenn gesagt wird und auch im Antrag steht, daß die Situation der Überlastung der bezirklichen Schuldnerberatungsstellen nicht zu erwarten gewesen wäre. Sie war leider zu erwarten, und es ist schade, daß bisher so wenig passiert ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Erfreulich finde ich, daß es zu weiteren acht oder neun Stellen kommt. Schade finde ich, daß es trotzdem nicht ausreichen wird. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, daß im Parlament das Thema Schuldnerberatung und Insolvenzordnung sehr oft diskutiert wurde und wie die Schuldnerberatung stattfinden soll.

Wir konnten feststellen, daß die Resonanz auf die Insolvenzordnung erstaunlich gut war. Das, was mit der Insolvenzordnung beabsichtigt wurde, ist auch eingetroffen: Es gibt offensichtlich einen großen Bedarf an Beratung und Hilfen zur Entschuldung. Insofern ist die Resonanz überwältigend; das ist auch gut so, denn diese Wirkung sollte mit der Insolvenzordnung erreicht werden.

Ob mehr Nachfrage im Bereich des außergerichtlichen Verfahrens oder im gerichtlichen Verfahren besteht, war von vornherein nicht so klar. Deshalb haben nicht nur Hamburg, sondern auch alle anderen Bundesländer zunächst den Schwerpunkt auf die gerichtlichen Verfahren gelegt. Das möchte ich zur Erinnerung sagen, weil so getan wird, als ob Hamburg hier eine Ausnahme sei.

Herr Grund, Sie haben darauf hingewiesen, daß wir in allen anderen Bundesländern – nebenbei gesagt auch in allen anderen Großstädten dieser Republik – das gleiche Problem hätten, weil offensichtlich falsch eingeschätzt worden sei, daß die Wirkung der Insolvenzordnung nicht so sehr auf dem gerichtlichen, sondern zunächst eher im außergerichtlichen Bereich liegt. Unsere Drucksache war im Hinblick auf das Personal so ausgelegt worden, daß mehr Personal für den gerichtlichen, aber weniger für den außergerichtlichen Bereich vorgesehen war.

(Antje Blumenthal CDU: Die CDU hat aber eine Schuldnerberatung gefordert!)

Im Verlauf der Entwicklung haben wir feststellen können, daß sich die Situation umgekehrt verhält. Wir haben hier zwar lange Wartezeiten – es ist auch kein Trost, im Mittelfeld der Wartezeiten zu sein –, aber ich möchte daran erinnern, daß die Wartezeit in Hamburg durchschnittlich 130 bis 140 Tage beträgt, während man zum Beispiel in Bayern bis zu einem Jahr warten muß. Es ist wichtig, daß die Wartezeiten abgebaut werden müssen; das ist keine Frage. Deshalb ist es auch gut und richtig, daß der Hamburger Senat schon die erste Maßnahme auf den Weg gebracht hat. Es wurde eine achte Beratungsstelle eingerichtet, die in der Lage sein sollte, den Berg von Schuldnerberatungsanträgen abzubauen.

Diese achte Schuldnerberatungsstelle ist sehr produktiv. Wenn wir das erste Vierteljahr seit ihrer Einrichtung betrachten, so können wir erhebliche Produktivitätssteigerungen verzeichnen. Wir hoffen, daß sie dazu beiträgt, daß der Berg insgesamt abgebaut wird.

Es ist gut und richtig, daß wir im Bereich der sogenannten achten Schuldnerberatungsstelle und für die freien gemeinnützigen Träger und die Verbraucher-Zentrale Personal vorsehen. Alles ist jedoch nur befristet. Um weitere Maßnahmen durchzuführen, kommt es darauf an, welches Ergebnis sich nach zwei Jahren herausstellt. Es wäre nicht

(Senatorin Karin Roth)

- A sinnvoll, das Personal an der falschen Stelle zu beschäftigen. Insofern werden wir sehen – Stichwort Controlling –, wie die Zukunft aussehen wird und inwieweit die Bezirke durch welche Maßnahmen verstärkt werden müssen. Die jetzt eingeleiteten Schritte sind vernünftig und gut.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld: Bitte, Herr Grund.

Uwe Grund SPD:* Nur noch einen Punkt.

Erstens: Frau Blumenthal, bei aller Berechtigung der Kritik über lange Wartezeiten: Überschuldete Haushalte, in die Menschen hineingeraten, entstehen nicht von heute auf morgen, sondern sie haben sich jahrelang entwickelt. Das geschieht – wie wir alle wissen – nicht immer unverschuldet. Die Erwartungshaltung an den Staat nach dem Motto: „Ich habe mich über Jahre hinweg in diese Probleme geritten, aber morgen müssen sie gelöst werden“, wird der Staat nicht erfüllen können.

Zweitens: Ich bin der Auffassung,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Einen Punkt wollten Sie sagen!)

daß es nicht korrekt ist zu verschweigen, daß alle Notfälle, die bei der Schuldnerberatung ankommen, sofort behandelt werden. Es wird zwischen normalen Eingängen und Notfällen unterschieden. Das ist insofern wichtig zu sagen, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, wenn Menschen Probleme haben, werden sie nicht vernünftig behandelt. Notfälle werden vorgezogen.

(Antje Blumenthal CDU: Was ist, wenn der sich nicht mehr meldet?)

B

Das noch einmal zu sagen, war mir wichtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich stelle zunächst fest, daß die Bürgerschaft von dem Bericht 16/4140 Kenntnis genommen hat. Wer will dem Antrag 16/4223 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so erfolgt. Dieser Beschluß bedarf wegen der Änderung des Haushalts 2000 in Punkt 2 des Antrages einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall. Wer will den in erster Lesung gefaßten Beschluß in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dies in zweiter Lesung einstimmig erfolgt. Damit ist der Beschluß endgültig gefaßt worden.

Ich rufe auf Punkt 26: Bericht des Haushaltsausschusses zum Bau einer Mehrzweckhalle im Volkspark Altona: Drucksache 16/4139.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 16/3906: Bau einer Mehrzweckhalle im Volkspark Altona (Senatsvorlage) – Drucksache 16/4139 –]

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/4225 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion zugegangen.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD: Bau einer Mehrzweckarena im Volkspark Altona – Drucksache 16/4225 –]

C

Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft wird heute einen weiteren wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Arena im Volkspark tun, indem sie dem Senat eine Grundstücksübertragung unter den Bedingungen erlaubt, die der Senat selbst in einer Mitteilung an die Bürgerschaft formuliert hat. Die Vorschläge des Senats sind im Stadtentwicklungsausschuß und im Haushaltsausschuß gründlich beraten worden und haben dort die Zustimmung aller Fraktionen bekommen.

Wir hoffen, daß dies klappt und daß sich die aufhaltsame Geschichte der Mehrzweckhalle bald einem guten Ende nähert.

(Volker Okun CDU: Solche Worte aus Ihrem Munde!)

Wann? Irgendwann, bald oder vielleicht sogar alsbald? Ein Wort darf ich nicht verwenden, weil dies als zynisch oder defätistisch angesehen werden würde: „unverzüglich“.

Müßte ich das Wort „unverzüglich“ in einem deutschen Wörterbuch erklären, welcher Zeitraum damit beschrieben werden kann,

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Ohne schuldhaftes Zögern!)

würde ich aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zitieren. Vielleicht lehrt uns das, wie lange „unverzüglich“ dauern kann und was „unverzüglich“ bestimmt nicht heißt.

D

Am 19. Mai 1998 schickte der Senat eine Mitteilung an die Bürgerschaft, betreffend den Umbau des Volksparkstadions und den Bau einer Mehrzweckhalle. So schnell arbeitete die Bürgerschaft: Am 20. Mai wurde die Mitteilung an die Ausschüsse im Vorwegverfahren überwiesen; der Stadtentwicklungsausschuß hat darüber am 25. Mai und der Haushaltsausschuß am 26. Mai beraten; am 28. Mai faßte die Bürgerschaft ihren Beschluß. Dies geschah bestimmt sehr schnell, aber bestimmt nicht „unverzüglich“. Denn was „unverzüglich“ im staatlichen Leben heißt, wissen wir noch nicht.

In dem Beschluß am 28. Mai beschloß die Bürgerschaft aufgrund der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses und des Haushaltsausschusses einstimmig, den Senat zu ersuchen – ich zitiere wörtlich –:

„... unverzüglich ein Verkehrskonzept mit dem Ziel vorzulegen, den Anteil der ÖPNV-Benutzer beim Besuch des Stadions und der Arena zu erhöhen.“

21 Monate später – Ende Februar 2000 – legte der Senat der Bürgerschaft wieder eine Mitteilung zum Thema Mehrzweckarena vor, in der er dieses Ersuchen nicht nur nicht beantwortete, sondern es bei der Behandlung des Verkehrs- und Stellplatzkonzeptes weder erwähnte noch inhaltlich berücksichtigte. Heute – am 10. Mai 2000 – sind seit dem Bürgerschaftsbeschluß von 1998 fast zwei Jahre vergangen.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A (Jürgen Schmidt SPD: Das ist fast aktuell, Herr Kollege!)

Wir haben zunächst den lexikalischen Befund, daß im frühen 21. Jahrhundert im norddeutschen Sprachgebiet, in noch genauer zu definierenden Bevölkerungsschichten – jedenfalls in der Innenstadt von Hamburg, wahrscheinlich genauer im Rathaus – das Wort „unverzüglich“ verwendet werden kann, um einen zeitlichen Abstand von einer Handlung zu einer anderen zu beschreiben, der mindestens zwei Jahre, möglicherweise aber länger dauert.

Von der Philologie zur Politik. Die GAL und die SPD legen Ihnen heute einen Antrag vor, in dem erneut dieses Verkehrskonzept verlangt wird. Er enthält dieses Mal keine relative Zeitbestimmung zum Tag des Beschlusses, sondern eine absolute, er nennt nämlich den Zeitpunkt der Grundstücksübertragung als den, an dem auch das Verkehrskonzept vorliegen soll. Ich bin neugierig, wie das diesmal ausgeht oder ob auch dieses Ersuchen eines Tages zu der Liste der 63 Ersuchen hinzugezählt werden muß, die zur Zeit in Hamburg Politik macht.

(Volker Okun CDU: Das ist nicht ausgeschlossen!)

In der Sache muß folgendes festgestellt werden: Alle Ausführungen des Senats in der Drucksache 16/3906 zur Verkehrspolitik beziehen sich auf den Bau von Stellplätzen und die Verbesserung der Zufahrtsmöglichkeiten zu denselben. Die Stadt würde sich finanziell mit über 12 Millionen DM engagieren, die aber einzig und allein dem Zweck dienen, die Erreichbarkeit von Volksparkstadion und Arena für den privaten Autoverkehr zu verbessern.

Wenn dies als Verkehrskonzept verstanden werden sollte und auch verwirklicht würde, dann wäre jeder weitere Beschluß – wie wir ihn auch heute fassen wollen – überflüssig und sinnlos, weil jede ÖPNV-Verbesserung nur herausgeschmissenes Geld wäre. Denn dann hätten Investor und Staat gemeinsam viel dafür getan, daß der öffentliche Personennahverkehr zum Stadion und zur Arena weiter zurückginge und nur noch von den Kindern, die kein Auto fahren dürfen, und von den letzten Deppen benutzt werden würde.

B Wenn Sie aber den Beschluß von 1998 jetzt erneuern und den Zusatzantrag von SPD und GAL beschließen, dann bedeutet dies auch, daß die Frage von Stellplätzen und Straßenaus- und -umbauten im Lichte dieser Zielsetzung erneut geprüft werden muß. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schmidt, diese Rede haben Sie schön vorgetragen.

Eigentlich wollte ich zum Verkehr am Schluß etwas sagen, aber da Herr Schmidt darauf seinen Schwerpunkt gelegt hat, will ich damit anfangen.

Selbstverständlich ist es richtig, daß 1998 die Bürgerschaft einstimmig eine gewisse Erwartungshaltung formuliert und einen entsprechenden Antrag angenommen hat.

(Volker Okun CDU: Eine Erwartungshaltung oder einen Beschluß gefaßt?)

Aber man muß objektiv sagen – Herr Okun, das wissen Sie viel besser als viele hier im Saal –, daß es eine zentrale Ver-

änderung in der Konzeption gibt, denn es wird auf die völlige Mantelbebauung verzichtet. In der Mantelbebauung waren entsprechende Stellplatzgaragen untergebracht.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist alles seit 1998 bekannt!)

– So lange ist es nicht bekannt.

Diese Veränderung verlangt, daß über die Frage des ruhenden Verkehrs mit dem Investor, der zur Vorlage einer neuen Konzeption verpflichtet ist, neu nachgedacht werden muß. Erst wenn diese Frage endgültig geklärt ist, kann man sich den konzeptionellen Fragen des fließenden Verkehrs zuwenden. Weil man gern konzeptionell vorgeht – das kennen wir alles von Herrn Dr. Schmidt –, ist das nun einmal die Reihenfolge.

Wir erneuern diesen Antrag. Da er sehr viel präziser gefaßt ist, lese ich Ihnen diesen vor:

„Die Bürgerschaft erwartet, daß im Zusammenhang mit der Grundstücksübertragung ein Verkehrskonzept vorgelegt wird, das entsprechend dem Bürgerschaftsbeschluß vom 28. Mai 1999 geeignet ist, den ÖPNV-Anteil beim Besuch des Stadions und der Arena zum Beispiel durch zusätzliche Busverkehre zu erhöhen.“

Dieser zu fassende Beschluß weist den Weg, den Zeitpunkt und weist auch im Rahmen der Angebotsverbesserung in die richtige Richtung.

Zur Sache. Mit der heutigen Anhandgabe des Grundstücks ist in einer schwierigen, komplizierten Investitionsfrage im Hinblick auf die Realisierung des Projekts Arena ein wirklicher Meilenstein erreicht worden,

(Volker Okun CDU: Nicht der letzte!)

der so auch als Botschaft transportiert werden muß.

Wir alle wissen, daß diese Arenen bisher an den Finanzierungskonzepten und an der Unmöglichkeit gescheitert sind – siehe in Köln –, eine entsprechende Halle über die anfallenden Betreiberkosten und -erträge so betriebswirtschaftlich zu finanzieren, daß der Staat im nachhinein möglichst nicht für die weitere Finanzierung in Anspruch genommen wird. Das gilt auch für diese Arena; entsprechende Aussagen wurden in beiden Ausschüssen auch gemacht.

Ich sage es hier gern auch noch einmal, weil in den Ausschüssen von interessierter Seite merkwürdigerweise bei diesen Fragen nachgebohrt wird. Über die kostenlose Zurverfügungstellung der Fläche wird die Hamburger Bürgerschaft keinen Beitrag zur Investitions- und zur Betreiberfinanzierung leisten.

Zur Frage, wer das Restrisiko trägt, wenn der Investor rund 70 Prozent seines Kapitals zusammen hat, der Bau auch in einem bestimmten Umfang realisiert wurde, aber er aufgrund bestimmter ökonomischer Umstände nicht weiter bauen kann. Dieses Risiko wird nicht auf den Staat zulaufen. Man kann aus gutem Grund sagen, daß dann eine Größenordnung an Investitionen erreicht wurde, die eine Weiterführung auf privatwirtschaftlicher Basis zuläßt. Jede Erwartungshaltung in diesem Punkt, die öffentliche Hand doch noch in die Investitions- oder Betreiberfinanzierung einzubinden, ist damit von vornherein ausgeschlossen.

Im Haushaltsausschuß habe ich übrigens von Herrn Okun gelernt, daß die Stadt Hamburg, die von den Vertretern des Spitzensports immer so klein geredet wird, über eine Fülle von Hochleistungssportangeboten verfügt, die weit über ihre Grenzen bekannt sind. In diesem Monat finden zum

C

D

(Werner Dobritz SPD)

- A Beispiel die Internationalen Deutschen Tennismeisterschaften am Rothenbaum statt, im Volksparkstadion wird Fußball gespielt. In Hamburg findet das Deutsche Derby der Springreiter statt, im Hammer Park eines der größten Leichtathletikmeetings, der Hansemarathon und die HEW-Cyclastics. Inzwischen haben wir Angebote im Spitzensport, die sich im Vergleich mit vielen Städten sehen lassen können.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Und das alles ohne Arena!)

Wir setzen mit der Realisierung der Arena noch eins drauf. Darüber freuen wir uns natürlich sehr.

In der Frage der Realisierung gibt es unterschiedliche Einschätzungen; über die Finanzierungen habe ich schon gesprochen. Positiv ist zu vermerken, daß eine zusätzliche Erwartungshaltung durch die Wirtschaft selbst gekommen ist. Diese Erwartungshaltung hat vor allem etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung am Standort Hamburg zu tun und damit, daß mit dem Bau von Hallen und entsprechenden Angebotsinfrastrukturen durch die EXPO in Hannover und durch die Hauptstadt Berlin eine Konkurrenzsituation entstanden ist. Sie macht es zwingend erforderlich, daß auch in Hamburg eine entsprechende Halle vorgehalten wird.

Der Senat hat eine Drucksache vorgelegt, die sehr seriös ist. Sie ist auch in der Sache angemessen, wie man nämlich mit einem Dilemma umgeht, daß man dem potentiellen Investor eine Chance geben will, dieses Projekt zu realisieren. Dazu hat der Senat Meilensteine formuliert, die wir als Grundvoraussetzung für die spätere Übertragung des Grundstücks mitbeschließen. Wir beschließen die Aussicht auf eine Anhandgabe, um dem Investor die Möglichkeit zu geben, Eigenkapital in der Größenordnung von rund 70 Prozent zu akquirieren. Er hat am Ende die Zusage eines Kreditinstituts über die Herausgabe eines Finanzierungsvolumens von rund 21 Millionen DM vorzulegen. Es ist auch – das hatte ich anfangs gesagt – die Vorlage einer Vereinbarung über die Stellplatzkonzeption erforderlich.

- B Wir gehen Schritt für Schritt – die Juristen sagen: schlicht um schlicht – vor, das heißt, die öffentliche Hand begibt sich in ein relativ geringes Risiko, sie begleitet aber nach vorne schauend diesen Prozeß. Der Investor weiß, daß er morgen loslegen kann.

Wir gehen Schritt für Schritt – die Juristen sagen: schlicht um schlicht – vor, das heißt, die öffentliche Hand begibt sich in ein relativ geringes Risiko, sie begleitet aber nach vorne schauend diesen Prozeß. Der Investor weiß, daß er morgen loslegen kann.

Die öffentliche Hand – die Bürgerschaft und der Senat – hat ihren Schritt getan und ihre Schularbeiten gemacht. Mein Aufruf gilt der Hamburger Wirtschaft, die diese Arena will, dafür zu sorgen, daß das Eigenkapital angeworben werden kann, damit wir als nächsten Schritt die Grundstücksübertragung vollziehen können, damit möglichst bald diese Arena für Hamburg realisiert wird. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Okun.

Volker Okun CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß die CDU-Fraktion den Petita der Drucksache 16/3906 zustimmen und auch die heute vorgelegte ergänzende Änderung der Regierungsfractionen unterstützen wird.

Diese grundsätzliche Zustimmung resultiert aus der Überzeugung, daß für uns heute auch noch die Chancen für eine Realisierung der Arena deutlich größer sind als die

Risiken. Wir haben im Plenum und auch in den Fachausschüssen immer deutlich gemacht, daß wir die Arena wollen, weil sie für Hamburg wichtig und richtig ist.

C

Allerdings gilt zu vermerken, daß die Risiken nicht kleiner, sondern im Zeitablauf eher größer geworden sind. Ich gehe über den von Herrn Dr. Schmidt genannten unverzüglichen Zeitraum hinaus und erinnere an den initiierten CDU-Antrag 15/3639 aus 1995, den ich seinerzeit für meine Fraktion begründet habe. Die Ausgangssituation hat sich nicht geändert. Damals wie heute ist die Erkenntnis richtig. Es gibt keine Alternative zu einer privatwirtschaftlich finanzierten Arena.

Die vom Senat der Bürgerschaft vorgelegte Drucksache enthält allerdings Ungereimtheiten und wirft Fragen auf, die ich an drei Bereichen deutlich machen möchte. Das sind die bereits angesprochenen Bereiche Finanzen, Verkehr und die Konkurrenznutzung.

Erstens zu den Finanzen. Wir halten es nach wie vor für einen entscheidenden strategischen Fehler – unabhängig von der Frage des Verschuldens, Herr Senator Mirow –, daß das ursprüngliche Gesamtpaket aus dem Jahre 1997 – Stadion, Arena und Mantel – hinsichtlich der Finanzierung und der Betreiberkonzeption mehrfach geändert worden ist und in der jetzigen Fassung zwar vorläufig, aber auch im Ergebnis gleichwohl komplett auf eine Mantelbebauung verzichtet. Ob das richtig ist, wird sich noch herausstellen müssen. Dadurch werden bei allerdings unveränderter städtischer Unterstützung im übrigen – das ist für die Stadt von Bedeutung – aus den restlichen 354 Millionen DM lediglich noch 144 Millionen DM Investitionskosten für den Arenakomplex.

Risikoträger des Finanzierungskonzeptes – das ist bereits angeklungen – sind die veranschlagten 99 Millionen DM; das sind 68,75 Prozent aus kapitalisierten Mieten der Logen und Business-Seats, deren Verkauf in hohem Maße von der Aufnahmebereitschaft durch Kapitalgeber, also von Investoren, abhängig ist. Dieser Verkauf soll allerdings – wir begrüßen das – sehr gut angelaufen sein, so daß dieses Finanzierungskonzept zu einem guten Ende kommen wird.

D

Es stellt sich insoweit erstens die Frage, was passieren wird, wenn die restlichen 45 Millionen DM, immerhin 31,25 Prozent, nicht anschlussfinanziert werden können. Es gibt meines Wissens keine Verpflichtung der Investoren, nachzuschießen. Für die CDU – das will ich hier deutlich erklären – scheidet eine weitere finanzielle Unterstützung durch die Stadt, gleich welcher Art, in jedem Fall aus.

(Zuruf von Jürgen Schmidt SPD)

– Ich habe es wohl vermerkt, Herr Schmidt. Gleichwohl ist es kein Fehler, dieses für meine Fraktion zu erklären, damit es auch bei Ihnen ohne jeden Zweifel angekommen ist.

Zweitens stellt sich die Frage nach der realistischen Erwartung eines jährlichen Überschusses von rund 300 000 DM aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung. Ihnen ist aus der jahrelangen Behandlung bekannt, daß es bislang weltweit keine Arena in dieser skizzierten Größenordnung gibt, die rentabel betrieben wird. Notwendige Zuschüsse – auch das ist bekannt – erfolgen immer quersubventioniert aus den Überschüssen des Mantels, auf den hier – darauf habe ich hingewiesen – verzichtet worden ist.

Der Eishockey- und der Basketballsport sollen im übrigen in das Konzept mit einbezogen werden; eine notwendige vertragliche Anbindung dieser Sportarten liegt nach meiner Kenntnis noch nicht vor. Das hat allerdings zusätzlichen

(Volker Okun CDU)

- A Einfluß auf die Rentabilität oder die Wirtschaftlichkeit. Auf diese Frage hat auch der Senator im Haushaltsausschuß meines Erachtens bisher nicht plausibel antworten können.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Warum stimmen Sie dann zu?)

Ich möchte zu dem bereits angesprochenen Verkehrsbe-
reich kommen. Es ist richtig formuliert worden, daß die Bür-
gerschaft mit der Drucksache 16/905 aus 1998 einstimmig
ein stadtteilverträgliches Gesamtverkehrskonzept gefor-
dert hat, das immer noch nicht vorliegt. Die Stadt verlagert
ihre Zuständigkeit konzeptionell auf den Investor und for-
dert von ihm die Vorlage einer Verkehrsuntersuchung. Der
Bausenator hat sich hier dazu geäußert; darauf möchte ich
nicht weiter eingehen, denn das war enttäuschend.

Der Investor verzögert zumindest in dieser Frage eine Lö-
sung und hat kein tragfähiges Konzept vorgelegt bezie-
hungsweise beruft sich auf seine mit der Stadt geführten
Verhandlungen, wonach er gar kein Konzept vorlegen muß.
Der Senat muß sich meines Erachtens hier fragen lassen,
ob er die Beschlüsse der Bürgerschaft ernst nimmt.

Wenn – das ist meine Antwort auf diese Vorgehensweise –
zum Beispiel kein mit den Anwohnern abgestimmtes Kon-
zept mit den notwendigen Änderungen des Verkehrslen-
kungskonzeptes vorgelegt würde, gibt es bekanntlich große
Akzeptanzprobleme bei der Bevölkerung, die es für die An-
wohner in Bahrenfeld, Lurup, Stellingen und Eidelstedt zu
vermeiden gilt.

Für die CDU sind aus diesem Komplex darüber hinaus drei
Punkte besonders wichtig.

Erstens: Die Überprüfung eines notwendigen vierspurigen
Ausbaus der Elbgaustraße; der Ring 3 verlangt dies schon
längst in seiner Komplexität.

B

Zweitens: Die angemessene Parkplatzversorgung ist be-
reits angesprochen worden.

Drittens ist eine vernünftige Buslinienanbindung über ver-
schiedene Linienführungen – zum Beispiel durch die Linie
190 aus Blankenese – erforderlich.

Die Stadt hat für die Bürger eine auf der Beschlußlage der
Bürgerschaft interessewahrende Sorgfaltspflicht, auch die
Verwendung der Erschließungskosten in Höhe 12,38 Mil-
lionen DM im Sinne einer Optimierung zu begleiten. Inso-
weit – das stelle ich fest – ist es bedauerlich und auch pein-
lich, daß in diesem Bereich die Zusammenarbeit zwischen
der Wirtschaftsbehörde, der Baubehörde und dem Investor
nicht funktioniert hat.

Herr Dr. Schmidt, der zur Nachbesserung heute von den
Regierungsfraktionen vorgelegte Antrag reicht uns nicht
aus. Es fehlt nach wie vor ein zwischen ÖPNV und Indi-
vidualverkehr abgestimmtes Gesamtverkehrskonzept. Sie selbst haben anläßlich einer Anhörung bei der
Siedlung Damaschke versprochen – Kollege Schmidt von
der SPD war ebenfalls dabei –, ein verkehrliches Gutach-
ten zu initiieren, und darüber hinaus zugesagt, den Inhalt
zu publizieren und mit den Anwohnern vor Ort zu diskutie-
ren. Sie haben Ihr Wort nicht gehalten, Herr Dr. Schmidt.

(Beifall bei Heike Sudmann REGENBOGEN – für
eine neue Linke – Dr. Martin Schmidt GAL: Oh!)

Diese offene Flanke wird heute durch Ihren ergänzenden
Antrag nicht geschlossen; es bleibt von Ihnen eine Bringe-
schuld gegenüber der Siedlung und den Bürgern vor Ort.
Ich darf nebenbei bemerken, daß Ihnen das vor 20 Jahren
in der Bezirksversammlung Altona nicht passiert wäre.

Zum dritten Punkt der Konkurrenznutzung: Herr Dobritz hat
recht, wenn er auf die Vielfältigkeit des breiten sportlichen
Angebotes auch im internationalen Spitzensport hinweist.
Ich möchte das nicht wiederholen. Es ist nicht immer Spit-
zensport, den wir uns natürlich immer wünschen, Herr
Dobritz. Aber es gibt allerdings auch heute schon in Ham-
burg eine Reihe von großen und interessanten Veranstat-
tungsorten mit konkurrierender Nutzung; deswegen ist der
Bestand des Volksparkstadions, der Arena und des Hei-
ligengeistfelds – ich möchte das nicht alles wiederholen –
nicht ganz unproblematisch.

C

In diesem Zusammenhang haben wir den Senat zu einer
Untersuchung aufgefordert. Für die Antwort haben wir kein
Verständnis, weil er nicht untersucht und geprüft hat, ob es
eine Gesamtnachfrage für diese Angebotsstrukturen gibt,
die bei einer Wirtschaftlichkeitsüberprüfung die Existenz-
berechtigung sichert. Eine Plausibilitätsantwort auf diese
Frage liegt bisher nicht vor. Das kann zukünftig ein gewis-
ses Ungemach für die eine oder andere Anlage bedeuten.
Es geschieht insbesondere dann, wenn das Projekt in
Wandsbek tatsächlich konkretisiert werden sollte.

Ich stelle fest: Einerseits gibt es für die Stadt noch eine
Reihe von Schularbeiten zu machen; Senator Mirow hat
diese auch auf unsere Bitte hin im Haushaltsausschuß zu-
gesagt. Andererseits – insofern ist der Meilenstein von
Herrn Dobritz eingeschränkt zu bewerten – entscheiden wir
heute nicht über die Realisierung der Arena, sondern wir
geben freie Fahrt bis zur nächsten Station am 30. Septem-
ber 2000. Das ist ein Datum, dem meines Erachtens eine
letztlich höhere Bedeutung zukommt als dem 10. Mai, da
dann über die Einhaltung der formulierten Essentials
tatsächlich befunden und bewegt werden muß. Insofern
tragen wir die heute zu entscheidenden Petita mit. – Ich
danke Ihnen.

D

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Martin Schmidt
GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Sud-
mann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:
Bei der Arena zeigt sich, daß sich der Senat und die rot-
grüne Koalition nach und nach von ihren einzigen Forde-
rungen verabschieden, die sie jahrelang vertreten haben.
Denn heute – das haben wir im Ausschuß gelernt – gilt es
schon als Erfolg, wenn die Arena überhaupt gebaut wird.

Der frühere Satz von Herrn Voscherau: „Kein Pfennig der
Staatsknete für die Arena“, gilt weniger denn je. Ganz im
Gegenteil. Der Senat hat uns in seiner Drucksache schon
einmal darauf vorbereitet, daß – Zitat –

„es bisher in keiner deutschen Stadt gelungen sei, ohne
öffentliche Zuschüsse eine Sport- und Unterhaltungs-
arena zu errichten und wirtschaftlich stabil zu betreiben“.

Herr Dr. Mirow hat dankenswerterweise sehr deutlich ge-
macht, daß man dieses Risiko bei der Arena in Hamburg
nicht ausschließen können und daß man durchaus
nach einigen Jahren vor der Frage stehen kann: Was ma-
chen wir jetzt? Subventionieren wir oder nicht?

Die verzweifelten Versuche des Senats, das Arenaprojekt
schönzurechnen und schönzureden, zeigen sich in der
Drucksache an mehreren Stellen. So wird dort zum Beispiel
gesagt, daß im Rahmen der Bonitätsprüfung Herr Wankum
eine Vermögensaufstellung geliefert habe und diese von
der Wirtschaftsbehörde nicht negativ beurteilt wurde. Das
soll heißen: Es könne keinen Anlaß zu Sorge geben.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Im Ausschuß stellt sich dann aber auf Nachfrage heraus, daß eine komplette Beurteilung der Bonität des Herrn Wankun gar nicht stattgefunden hat beziehungsweise nicht stattfinden konnte, da das Auslandsvermögen nicht überprüft werden konnte. Ich zitiere aus dem Ausschußbericht:

„Das Urteil sei damit nur unvollständig und daher nur sehr vorsichtig zu formulieren gewesen.“

Mit anderen Worten: Der Senat weiß gar nicht genau, wie die Bonität von Herrn Wankun ist. Er versucht aber der Bürgerschaft zu suggerieren, daß alles in Ordnung sei. Das ist nicht seriös, wie vorhin Herr Dobritz sagte, das ist in meinen Augen eine riesige Sauerei.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Frau Sudmann, könnten Sie diesen letzten Satz noch einmal parlamentarisch richtig äußern?

(Werner Dobritz SPD: Das muß man politisch bewerten!)

Heike Sudmann (fortfahrend): Das geht von meiner Redezeit ab, aber ich sage: Es ist unangenehm.

Dazu paßt aber auch, daß erst auf Nachfragen im Ausschuß klar wird, daß gar nicht mehr die Deuteron-Holding GmbH und Co KG Vertragspartnerin ist, obwohl es in der Drucksache so steht, sondern es stellt sich heraus, daß die Privatperson, Herr Wankun, der Vertragspartner der Stadt wird. Das sind relevante Änderungen; aber das muß der Senat der Bürgerschaft ja nicht mitteilen, zuviel zu wissen ist für die Bürgerschaft gar nicht gut, scheint zumindest der Senat zu meinen.

- B Die Frage lautet doch: Ist die Arena, so wie sie geplant ist, überhaupt notwendig? Herr Dobritz hat dankenswerterweise schon einmal aufgezählt, welche tollen Veranstaltungen in sportlicher und musikalischer Hinsicht in Hamburg stattfinden.

Wenn wir uns ansehen, was in der Drucksache steht, stellen wir fest, daß sich der Großteil der geplanten Veranstaltungen auch heute schon in den vorhandenen Veranstaltungshallen in Hamburg gut abwickeln läßt. Die Großevents kommen auch ohne die Halle heute schon nach Hamburg; die „Stones“, um die es früher immer ging, haben mittlerweile auch in Hamburg gespielt. Ich möchte an dieser Stelle aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß in der Drucksache steht, daß die Gutachter, die das Betreiberkonzept bewerten sollten, empfohlen haben, das vorgelegte Veranstaltungsprogramm und die Einnahmen auf eine realistischere Basis zu stellen. Auch da scheint keine überzeugende Arbeit geleistet worden zu sein.

Ob nun das Verkehrskonzept realistisch ist, läßt sich leider nicht bewerten, denn es liegt bis heute nicht vor. Herr Schmidt hat darüber eine wunderbare Erläuterung gegeben, was unverzüglich heißt. Es nützt uns aber herzlich wenig. Das Verkehrskonzept liegt nicht vor, und es ist nichts passiert. In der Zwischenzeit haben jedoch selbst Herr Christier und Frau Möller erkannt, daß Ersuchen der Bürgerschaft nicht ernst genommen werden. Diese Erkenntnis ist schon mal ein guter Fortschritt, aber es ist sehr bläugig, wenn SPD und GAL heute beschließen lassen wollen, daß sie erwarten, daß ein Verkehrskonzept vorgelegt wird. Sie sind nicht dazu bereit, das Verkehrskonzept, das für die Reduzierung des Autoverkehrs und für eine Ver-

kehrsentlastung der Wohngebiete sorgen soll, wie wir es im Ausschuß beantragt haben, als eine harte Bedingung zu formulieren. Ganz im Gegenteil, SPD und GAL wollen weiterhin, daß wir die Katze im Sack kaufen. Das kann nicht sein.

Bei der CDU ist festzustellen, daß Herr Okun zwar gelegentlich darüber gesprochen hat, was alles nicht geklärt ist, aber die CDU ist einfach mau, wenn es um die Arena geht. Sie sind nicht kritische Opposition, sie sind allem Anschein nach doch eingebunden, weil Herr Wankun, der CDU-Parteifreund, dabei ist.

(Barbara Ahrons CDU: Was ist das für ein Quatsch!)

Ein letzter Punkt. Herr Dobritz sagte vorhin, es gehe um die Anhandgabe. Es geht heute nicht um die Anhandgabe, sondern darum, die Zustimmung zur Grundstücksübergabe zu geben, wenn die Meilensteine erfüllt sind.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage, Frau Hajduk.

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL: Frau Sudmann, Sie haben darauf hingewiesen, daß Sie im Haushaltsausschuß etwas beantragt hätten. Wer, glauben Sie, ist verantwortlich, ein Verkehrskonzept vorzulegen?

Heike Sudmann (fortfahrend): Für das Verkehrskonzept ist sowohl der Betreiber, also der Investor, wie auch die Stadt verantwortlich. Die Stadt hätte seit Jahren darauf hinwirken müssen, daß dieses vorliegt. Deswegen haben wir es vor zwei Jahren mit allen Stimmen in der Bürgerschaft beschlossen.

(Beifall bei Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke – Anja Hajduk GAL: Deswegen paßt es auch nicht in den Meilenstein!)

Es ist nicht umgesetzt worden. Es gehört in die Meilensteine hinein, weil sich die Bürgerschaft damals sicher war und es auch heute noch sein muß, daß das Gebiet dort rundherum ohne Verkehrskonzept im Verkehr ersticken wird.

Fazit. All die offenen Punkte und die Augenwischerei, die in der Drucksache betrieben wird und in keiner Weise seriös ist, lassen nur eine Entscheidung zu: Die Arena ist unter diesen Bedingungen eindeutig abzulehnen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will versuchen, auf die drei Themenkomplexe, die in dieser Debatte eine wesentliche Rolle gespielt haben, einzugehen, wobei ich dem Kollegen Dobritz außerordentlich dankbar dafür bin, daß er darauf hingewiesen hat, daß der ergänzende Antrag der beiden Fraktionen wichtige Rahmenbedingungen beinhaltet, wir aber auch Anlaß haben, über den Kern der Entscheidung hier zu sprechen.

Finanzen. Herr Okun, Sie haben gesagt, es sei ein Fehler, auch wenn man ihn nicht unbedingt zuordnen könne, daß die Konzeption mehrfach geändert worden sei. Ich finde den Begriff Fehler in dem Zusammenhang nicht angemessen. Denn wir erwarten von Privaten, daß sie in der Stadt

C

D

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A investieren. Wenn dann Private für sich zu dem Ergebnis kommen – zumal wenn sie in der Situation wie der Holzmann-Konzern sind –, daß sie sich unter den Rahmenbedingungen, die Hamburg setzt – in diesem Zusammenhang sind das durchaus keine einfachen Bedingungen –, an einem solchen Vorgang nicht beteiligen wollen – beziehungsweise hat Holzmann nach den Erfahrungen von Köln gesagt, sie wollen es grundsätzlich nicht mehr machen –, dann kann man das nicht als einen Fehler bezeichnen, sondern es hat mit der Erwartungshaltung zu tun, die Hamburg formuliert hat.

Ferner haben Sie in dem Zusammenhang den Punkt angesprochen, was zu tun sei, wenn ein Fehlbetrag auftauche, nachdem der Bau bereits begonnen worden sei. Darauf wiederhole ich mein Argument, das ich auch im Ausschuß genannt habe. Wenn wir von 144 Millionen DM 99 Millionen DM vorab als sicher nachgewiesen bekommen wollen, dann ist das Risiko sehr begrenzt. Wenn der Bau dann noch verunfallt, wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit ein privater Investor finden, der den Bau weiterführt, weil er dasselbe Ergebnis mit sehr viel geringeren Vorkosten realisieren kann.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das liegt auch an der Grenze der Zumutbarkeit, ein so hoher Prozentsatz!)

– Das kann man durchaus so formulieren.

Der dritte Punkt, den Sie aufgeworfen haben, betrifft die Renditeerwartung. Sie haben recht mit dem Hinweis – darüber haben wir im Ausschuß auch gesprochen –, daß das bezogen auf das einzelne Objekt durchaus eine Frage ist. Sie wissen aber so gut wie ich, daß es viele Investitionsentscheidungen von Unternehmen gibt, die man nicht allein auf ein Objekt beziehen kann, sondern die beispielsweise etwas mit Marktzugängen zu tun haben. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Wenn Sie gegenwärtig eine einzelne UMTS-Lizenz in England oder Deutschland ersteigern, werden Sie Jahrzehnte brauchen, damit sie sich rentiert. Trotzdem gibt es eine große Zahl von Bietern. Das hat etwas damit zu tun, daß man auf einen Zukunftsmarkt will.

B

Frau Sudmann hat gesagt, daß wir von den Zusagen des Voscherau-Senats abgewichen seien. Dabei mußte ich ein bißchen schmunzeln, denn ich hatte die Ehre, dem Voscherau-Senat anzugehören, und die Drucksache, die wir der Bürgerschaft vorgelegt haben, weicht in keiner Weise von den Vorgaben ab, die der vorige Senat seinerseits der Bürgerschaft vorgelegt hat.

Ferner haben Sie bemängelt, wir hätten die Bonität von Herrn Wankun nicht vollständig genug erfaßt. Die Antwort, die Sie im Ausschuß dazu bekommen haben, war: Die Bonitätsprüfung ist erfolgt, mit Blick auf die Frage: Reicht in jedem Fall das, was als Grundlage für die Finanzierung der Arena geprüft worden ist?

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das ist nicht negativ beantwortet, aber auch nicht bejaht worden!)

Des weiteren haben Sie kritisch gefragt, wer denn nun der Vertragspartner sei. Sie wissen, daß in solchen Zusammenhängen Objektgesellschaften gegründet werden. Daher gibt es, bevor so ein Vertrag abgeschlossen werden kann, vielfach Veränderungen.

Zum zweiten Gesamtkomplex, ob man überhaupt eine Gesamtnachfrage und Konkurrenzausschluß braucht. Zuerst die Frage, ob man es überhaupt braucht: Ja, Frau Sud-

mann, man braucht es. Es gibt viele Veranstaltungen, die in Hamburg stattfinden, aber es gibt auch solche, die an Hamburg vorbeigehen. Wir haben ein Interesse daran, zusätzliche Veranstaltungen zu gewinnen, und der Vorgang „Echo“ gibt einem zumindest Anlaß, das zu bedenken. Ob es nun die ganze Begründung ist, daß uns eine solche Halle fehlt, oder ob noch andere Motive dahinter stecken, weiß ich nicht genau. Daß es jedenfalls aus dem Bereich der Musikveranstalter, der Industriepräsentationen und auch des Sports den Bedarf nach einer solchen größeren Halle gibt, halte ich für gegeben.

C

Zu dem Punkt, den Herr Okun kritisch angemerkt hat, wir hätten keine Gesamtnachfragebetrachtung gemacht, wiederhole ich ebenfalls meine Argumentation aus dem Ausschuß: Das halte ich nicht für möglich, weil es Teilnachfragen sind. Die Frage, ob ein bestimmtes Konzert auch Open air zu veranstalten ist und zu welcher Jahreszeit, hat noch keine unmittelbare Bedeutung für die Frage, ob wir eine solche Halle brauchen oder nicht.

Fakt ist, daß in Helsinki, einer Stadt, die mit Einzugsbereich deutlich kleiner als Hamburg ist, klimatisch eher ungünstigere Bedingungen hat, von der Dichte her – wenn man so will, von der Event-Industrie – deutlich weniger stark ist als Hamburg, eine solche Halle in der Nachfrage Bestand hat.

Zum Thema Konkurrenz würde ich hier gern noch sagen, weil es in der öffentlichen Debatte immer wieder eine Rolle gespielt hat, daß die Stadt gar kein rechtliches Instrument für eine Konkurrenzausschlußklausel hat; das geht gar nicht. Insofern ist die Erwartung des Investors immer ein bißchen überzogen gewesen. Wir können zusagen, daß die Beförderung eines Projekts, das wir an dieser Stelle wollen, nicht auch an anderer Stelle geschieht.

Das gibt mir Anlaß, noch einmal eine Bemerkung zu machen, weil man hier und dort lesen kann, daß Herr Hunke und andere mit dem Argument, das Ding gehöre auf das Heiligengeistfeld, in den Wahlkampf ziehen wollten. Der Chefredakteur einer wichtigen Hamburger Zeitung hat das zum Neujahrsempfang auch noch einmal dargelegt. Dazu möchte ich gern folgendes sagen. Wir haben uns mit den alternativen Standorten sehr sorgfältig auseinandergesetzt und sind Mitte der neunziger Jahre zu einem sehr sorgfältig abgewogenen Ergebnis gekommen, unter dem Gesichtspunkt, welche Belastungen mit welcher Standortentscheidung verbunden sind.

D

Der zweite Gesichtspunkt ist ebenfalls sehr wichtig, auch wenn er öffentlich vielleicht noch nicht so durchgedrungen ist. Die Refinanzierung einer solchen Halle hat wesentlich damit zu tun, ob das Gastronomieangebot, das in einer solchen Halle vorhanden ist oder entwickelt wird, von den Menschen, die dorthin kommen, angenommen wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Dr. Mirow, Frau Sudmann möchte gern eine Zwischenfrage stellen.

Senator Dr. Thomas Mirow (fortfahrend): Wenn Sie erlauben und Frau Sudmann damit einverstanden ist, würde ich gern das Argument zu Ende nennen.

Mehrere Sachverständige haben mir als Argument genannt, wenn wir versuchen würden, eine Halle auf das Heiligengeistfeld zu setzen, wäre die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die Besucherinnen und Besucher der Halle nur zu dem Ereignis gehen, und das, was sie sonst gern tun,

(Senator Dr. Thomas Mirow)

- A essen, trinken und sonstige Dinge, in dem attraktiven Umfeld von St. Pauli machen. Damit wäre die Refinanzierungsmöglichkeit der Halle auf dem Heiligengeistfeld nicht erzielbar. Das ist ein Argument, das ich hier wenigstens genannt haben wollte; und nun bin ich mit der Begründung zu Ende.

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Nun stellt Frau Sudmann ihre Frage.

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Es gibt mittlerweile einen neuen Alternativvorschlag. Wie ist der Alternativvorschlag in Farmsen geprüft worden? Welche Rolle spielt jetzt die Entscheidung für die Arena am Volkspark für die weitere Prüfung des Standortes in Farmsen?

Senator Dr. Thomas Mirow (fortfahrend): Die Stadt, Frau Sudmann, hat sich mit den Drucksachen, die in der vorigen Legislaturperiode vorgelegt worden sind, eindeutig für einen Standort ausgesprochen.

Ich habe mit Herrn Jebens ein Gespräch unter dem Gesichtspunkt geführt, daß es nach wie vor das städtische Projekt am Volkspark bleibt. Dann hat er mir seine Pläne gezeigt und mich gefragt, ob ich einen Einwand dagegen hätte, daß er eine Bauvoranfrage stellt. Ich habe ihm geantwortet, daß das sein gutes Recht sei, und außerdem soll man keine Zeit verlieren, also solle er die jetzige Zeitspanne nutzen, um die Bauvoranfrage zu stellen. Die Entscheidung der Stadt steht nach wie vor für den Standort Volkspark in Altona.

- B Der dritte Komplex betrifft den Verkehr. Dazu muß man sich zumindest vor Augen halten, Herr Schmidt, daß die beträchtlichen konzeptionellen Veränderungen, die stattgefunden haben, und auch die Aufteilungen in unterschiedliche Betreiber von Stadion und Arena sowie die erst recht spät getroffene Entscheidung, jetzt keine Mantelnutzung zu realisieren, für die Frage einer Verkehrsplanung auch konstitutiv waren. Insofern kann ich das hier gut nachvollziehen, bitte aber gleichzeitig um Verständnis, warum es in den zurückliegenden Jahren objektiv auch schwierig war, eine solche Verkehrsplanung vorzulegen.

Herr Schmidt, Sie haben einen Ausdruck verwendet, den ich mit etwas fragenden Zweifeln belegen möchte. Sie haben gesagt – vielleicht war es auch Herr Okun, da will ich mich nicht vertun –, aber es ist gesagt worden: Es sei ein mit den Anwohnern abgestimmtes Konzept notwendig.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie nicht gesagt; dann hat es Herr Okun gesagt, ich bitte um Nachsicht dafür.

Herr Okun, das ist eine sehr hohe Hürde, die Sie aufbauen. Ein mit den Anwohnern erörtertes, ihnen vorgestelltes Verkehrskonzept, ja.

(Volker Okun CDU: Einverstanden!)

Ein mit ihnen abgestimmtes Konzept ist sehr schwierig, weil wir auch in diesem Fall sagen müssen – das wird man als Klarheit niemandem ersparen können –, es ist so, als würde man einen Flughafen oder eine Messe erweitern, was mit zusätzlichem Verkehr verbunden ist, und das ist es auch, wenn man eine Arena baut, und das wird nicht allen Anwohnerinnen und Anwohnern gefallen. Aber ein solches

Konzept vorstellen, präsentieren und mit den Anwohnern diskutieren muß man in der Tat. C

Die Entscheidung, vor der die Bürgerschaft steht, ist wichtig. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß unsere hohe Erwartung an einen privaten Investor überhaupt erfüllbar wird, denn der muß jetzt in das Marketing einsteigen, und das kann er nur vor dem Hintergrund, daß die Stadt hinter der Planung steht. Insofern haben Sie alle als Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft eine sehr wichtige Entscheidung zu treffen. Daß die Oppositionsfraktion CDU die Bereitschaft erklärt hat, das mit zu tragen und positiv abzustimmen, dafür bin ich dankbar. Es verbessert die Voraussetzungen dafür, daß wir eine solche Halle bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält die Abgeordnete Brockmüller.

Brigitte Brockmüller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu dem Kernprojekt als solches ist von meinen Vorrednern schon sehr viel und Richtiges gesagt worden. Deshalb möchte ich zu diesem Thema keine weiteren Ausführungen machen.

Anknüpfend an das, was Herr Dr. Schmidt gesagt hat, möchte ich aber noch einiges zum Thema Verkehr ergänzen. Ausgangsbasis sind die Zahlen, wie sie teilweise auch schon bekannt und der Drucksache zu entnehmen sind.

Danach ist festzustellen, daß der HSV – so waren jedenfalls die Angaben auf meine Nachfrage – mit rund einer Million Besuchern jährlich allein im Stadion rechnet. In der Arena sollen nach Angaben des künftigen Betreibers mindestens 128 Veranstaltungen jährlich stattfinden. Bezogen auf die Rendite, denke ich, daß das eher eine Mindestzahl ist, die erreicht werden muß, um überhaupt rentabel arbeiten zu können.

Bei einer Auslastung der geplanten Kapazitäten von durchschnittlich einem Drittel, also im Schnitt 10 000 Besuchern pro Veranstaltung ist mit knapp 1,3 Millionen Besuchern, also noch mehr als für das HSV-Stadion zu rechnen. Zusammen ergibt dies eine Gesamtsumme von 2,3 Millionen Besuchern pro Jahr.

Wenn man sich diese Zahlen einmal vergegenwärtigt, überzeugt mich der Hinweis auf die Änderung des Konzeptes und die Mantelbebauung nicht so ganz. Ich denke, daß allein die Zahlen schon einen Handlungsdruck ausüben, und es gibt daher aus meiner Sicht keinen Grund, mit dem Verkehrskonzept noch länger zu warten.

Derzeit verfügt das Stadion über keinen direkten Anschluß an das ÖPNV-Netz. Es ist wichtig, sich das noch einmal in Erinnerung zu rufen: 2,3 Millionen Besucher jährlich, aber kein direkter Anschluß an das ÖPNV-Netz. Der Fußweg zur nächsten S-Bahn-Haltestelle ist lang und auch sehr unattraktiv. Hinzu kommt, daß die umliegenden Stadtteile Stellingen, Eidelstedt, Lurup und Bahrenfeld durch den Verkehr bereits sehr hoch belastet sind. Vor diesem Hintergrund halte ich eine bessere Anbindung des Stadions und der Arena an den öffentlichen Personennahverkehr für unverzichtbar.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Dr. Martin Schmidt GAL)

(Brigitte Brockmüller SPD)

- A Dazu möchte ich auch einige Ziele nennen, die aus meiner Sicht sehr wichtig und im Auge zu behalten sind, wenn es um die Entwicklung des Verkehrskonzeptes geht. Dabei ist es notwendig, vier Punkte zu beachten.

Beim ersten Punkt muß es darum gehen, die Attraktivität des bestehenden ÖPNV-Angebots zu steigern. Die Bedingungen an den S-Bahn-Haltestellen sind immer noch sehr schlecht.

(Bernd Reinert CDU: Völlig richtig, aber lassen Sie das nicht Herrn Senator Wagner hören!)

Insofern ist hier Handlungsbedarf.

Der zweite Punkt, den ich bereits erwähnte, betrifft die direkte Anbindung des Stadions und der Arena an den ÖPNV.

Drittens müssen die umliegenden Stadtteile vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Durch die hohe Verkehrsbelastung drängt sich der Verkehr durch die Wohnstraßen. Es gilt auch diesen Aspekt im Auge zu behalten und Entlastungsmöglichkeiten zu schaffen.

Der letzte Punkt betrifft vor allem die Stadtteile Lurup und Bahrenfeld, wo es darum geht, die Belastungen auch durch den ruhenden Verkehr zu mindern. Als kurzfristige Lösung erscheint mir die Verlängerung der Regionalbusverbindung, Linie 190, nach Blankenese sowie eine neue Streckenführung der Schnellbuslinie 39, die von Wandsbek Markt über den Flughafen, Stellingen bis nach Teufelsbrück führt, vordringlich zu sein. Mittelfristig sollte bei Einführung der Stadtbahn der schienengebundenen Anbindung des Volksparkstadions und der Arena erste Priorität eingeräumt werden.

- B Meine Damen und Herren, nach meiner Einschätzung sind die Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Stadtteile bereit – das kann ich insbesondere für Stellingen sagen, und wenn mein Kollege Jürgen Schmidt mir zustimmt, gilt das auch für Lurup –,

(Jürgen Schmidt SPD: Macht er!)

dieses für Hamburg wichtige Projekt solidarisch mitzutragen. Ich meine, daß sie dann aber auch erwarten können, daß die hieraus resultierenden Belastungen für sie in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Ich erwarte daher, daß dieses Verkehrskonzept, das wir bereits 1998 beschlossen haben, unverzüglich, oder um es jetzt konkret zu formulieren, tatsächlich im Zusammenhang mit der Grundstücksübertragung vorgelegt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen mir nicht vor. Ich lasse zunächst über die Ausschlußempfehlung aus dem Bericht 16/4139 abstimmen. Wer möchte dieser Empfehlung und damit der Drucksache 16/3906 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit wurde hier mit großer Mehrheit zugestimmt.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? Könnte der Senat das für das Protokoll akustisch vernehmbar tun? –

(Senator Dr. Thomas Mirow: Ja!)

Gibt es Widerspruch im Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den in erster Lesung gefaßten Beschluß in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese

Zustimmung erfolgte mit großer Mehrheit. Damit ist der Beschluß auch in zweiter Lesung und somit endgültig gefaßt worden.

Ich lasse nun über die Drucksache 16/4225 abstimmen. Wer will diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Zusatzantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38, Antrag der CDU, über Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen
– Drucksache 16/3945 –]**

Wer möchte hierzu das Wort? – Das Wort erhält Herr Waldhelm.

Michael Waldhelm CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bedeutung qualifizierter Aufsichtsräte ist in der Vergangenheit in Deutschland oftmals – ich sage sträflich – vernachlässigt worden. Erst Beispiele wie Bremer Vulkan vor einigen Jahren, Philip Holzmann im vergangenen Jahr und in diesem Jahr der gescheiterte Versuch einer Fusion zweier Großbanken haben deutlich gemacht, welche gravierenden Folgen es haben kann, wenn Aufsichtsgremien versagen. Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß die weitaus größte Zahl der Aufsichtsräte in Deutschland qualifiziert, effizient und vor allem geräuschlos arbeiten.

Trotzdem gibt es einen Bereich, der in diesem Zusammenhang noch gar nicht richtig angegangen worden ist, nämlich der Bereich der öffentlichen Unternehmen und ihrer Aufsichtsgremien. Der im letzten Jahr neu gewählte niedersächsische Ministerpräsident Gabriel hatte bald nach seiner Regierungsübernahme – und es kann nicht alles nur schlecht sein, was von dort kommt – Richtlinien für das Verhalten von Regierungsmitgliedern aufgestellt. Ein zentraler Punkt dabei war die Begrenzung von Aufsichtsratsposten für Regierungsmitglieder auf maximal zwei pro Person. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel.

Der Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg – um ein anderes Beispiel zu nennen –, Herr Schliesing aus der SPD, wurde zitiert: Die Aufsichtsgremien sollen kleiner, schlanker und sachkundiger werden und Risiken lokalisieren können, bevor die Katastrophe unvermeidbar ist. Dem kann man sich nur anschließen.

Wie ist die Situation in Hamburg? Wir haben rund 350 öffentliche Unternehmen und Beteiligungen, davon, bezogen auf dieses Thema, relevant rund 150 Aufsichtsgremien. Ich möchte nur ganz wenige Beispiele nennen, um zu sagen, daß hier irgend etwas nicht stimmen kann. So ist zum Beispiel bei der Hamburger Hochbahn der Aufsichtsrat 19 Mitglieder stark, davon sechs Senatsvertreter. Beim HVV sind es zwölf Räte und sieben Senatsvertreter. Die SAGA – und hier bekommt der Begriff Parität eine vollkommen neue Bedeutung – hat 18 Aufsichtsräte und davon neun Senatsvertreter, das sind 50 Prozent. Bei den Wasserwerken sind es 18 Räte und sieben Senatsvertreter. Ich will die Aufzählung gar nicht weiter fortführen; als letztes Beispiel nur HGV 20 Räte und neun Senatsvertreter. Das ist eindeutig zu viel. Diese Aufsichtsräte sind zu groß, und sie sind zu senatshörig. Das bedeutet für uns, daß Kriterien auf der Grundlage von Forderungen erarbeitet werden müssen, die ich jetzt gern nennen möchte.

(Michael Waldhelm CDU)

- A Erstens. Die Zahl der Senatsmitglieder in Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise die Anzahl der Aufsichtsratsmandate, die Senatsmitglieder wahrnehmen dürfen, sollte, dem niedersächsischen Beispiel folgend, bei zwei maximal begrenzt werden.

Zweitens. In einen Aufsichtsrat gehören Mitglieder, die in der Lage sind, Bilanzen zu lesen und zu verstehen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich habe Zweifel, wenn ich an den Aufsichtsratsvorsitzenden der SAGA denke.

(Dr. Michael Freytag CDU: Wie heißt der noch? – Karl-Heinz Ehlers CDU: Wer war das?)

Für die Zusammensetzung eines solchen Gremiums hat die fachliche und menschliche Qualifikation und Kompetenz der Aufsichtsratsmitglieder maßgeblich zu sein. Das heißt, ganz einfach ausgedrückt: Politik raus, Sachverstand rein.

Drittens. Je größer ein Aufsichtsrat ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich dieses Gremium bei seiner Zielsetzung, eine effektive Kontrollfunktion auszuüben, selbst im Wege steht. Das heißt, die Zahl der Senatsmitglieder in den Aufsichtsräten, bei denen der Senat die Möglichkeit hat, dies zu tun, muß so weit reduziert werden, wie es das Gesetz ermöglicht.

Viertens. Bei Unternehmen, die zu 100 Prozent im Besitz der Stadt sind, sollte man überlegen, ob man nicht vollkommen auf so ein Aufsichtsgremium verzichtet und statt dessen wieder dahin zurückkehrt, was man früher schon einmal hatte, nämlich die Behörde die Aufsicht führen zu lassen, wie zum Beispiel bei Bäderland.

- B Fünftens die Frage der Haftung. Das ist ein schwieriges Thema, und wir können es nicht auf Landesebene regeln. Tatsache ist aber, daß hier ein Regelungsbedarf besteht. Es muß einem Aufsichtsratsmitglied klar sein, daß es nicht nur die Verantwortung für sein Tun hat, sondern daß diese Verantwortung Konsequenzen haben kann, wenn nämlich die Aufgaben so wahrgenommen werden, wie sie genau nicht wahrgenommen werden sollten.

Warum das Ganze so brisant ist, obwohl es für viele ein trockenes Thema zu sein scheint, möchte ich nicht an einem Hamburger, sondern an einem Berliner Beispiel deutlich machen. Zwei Berliner Senatoren der letzten Legislaturperiode, nämlich der Bausenator und die Finanzsenatorin, waren Mitglieder im Aufsichtsrat der Landesbank. Die Landesbank wiederum hält Anteile an einem großen Bauunternehmen. Dieses Bauunternehmen hat Aufträge seitens des Bausenators beziehungsweise der Bausenatorin im Zusammenhang mit dem Bau und der Planung des Großflughafens Berlin-Schönefeld bekommen. So eine Verkettung ist natürlich ein Unding, daß hier Geschäfte aus der einen Funktion in die andere hinein gemacht werden. Die Konsequenz in Berlin war, daß die beiden Senatoren ihre Aufsichtsratsmandate niedergelegt haben. Der Schaden war dennoch da, und für uns gilt es, sehr genau darauf zu achten, daß so etwas nicht auch hier passiert. Das ist aber ein separates Thema, das ich mit einer anderen Initiative einmal aufgreifen möchte.

Wir hatten die Forderung erhoben, daß Senatoren der fachlich zuständigen Behörde nicht gleichzeitig in ihrem Unternehmen im Aufsichtsrat sein sollen. Dazu hatte ein Senatspressesprecher gesagt, daß es nicht sein könne, daß zum Beispiel die Kultursenatorin den Landesbetrieb Krankenhäuser oder der Justizpräses ein öffentliches Wohnungs-

bauunternehmen beaufsichtigt. Das ist auch gar nicht gefordert, sondern gefordert ist, daß die Senatoren, wenn überhaupt, nur in ganz wenigen Unternehmen im Aufsichtsrat sind, aber nicht in denen, mit denen sie auch hauptberuflich zu tun haben; ich halte das für eine Selbstverständlichkeit.

Die Aufsichtsräte in Hamburg sind durchweg zu groß, zu brav und zu senatshörig. Ein Kenner der Hamburger Aufsichtsratszene, ein Professor der Universität Hamburg, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, hat einmal überspitzt gesagt: Eine Hamburger Aufsichtsratsitzung ist wie eine Messe, in welcher der Vorsitzende die Liturgie vorsingt und die Gläubigen mit Ja antworten, bis es am Ende heißt: „Gehet heim in Frieden.“ Das ist überspitzt, aber trotzdem im Kern richtig und sollte für uns alle, für Bürgerschaft und Senat, Anlaß sein, sich mit einer Reform des hamburgischen Aufsichtsratswesens zu befassen und das Ziel zu verfolgen, durch Reduzierung, Konzentration und Sachverstand unter Außerachtlassung politischer Einflußnahmen eine deutliche Effizienzsteigerung zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, Ihre Entscheidung noch einmal zu überprüfen, diesen Antrag nicht zu überweisen. Er müßte noch einmal im Ausschuß beraten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Waldhelm, gleich zu Beginn muß ich Ihnen sagen, daß die Begründung Ihres Antrags für mich nicht besonders zwingend war, sie hat mich wirklich nicht überzeugt. Deswegen muß ich das einordnen in eine Rubrik, von der ich schon angenommen habe, daß es wohl diese Rubrik ist, und die heißt „mäkeln an öffentlichen Unternehmen“.

Die Thematik ist überhaupt nicht neu. Sicher haben Sie recht, daß die Bedeutung der Aufsichtsräte nicht unterschätzt werden darf, aber Sie haben bezeichnenderweise hier aus der privaten Wirtschaft, die sonst von Ihnen immer so hoch gelobt wird, zitiert. Zu den Hamburger öffentlichen Unternehmen ist Ihnen in dieser Richtung anscheinend nichts aufgefallen, was ich nicht so erstaunlich finde, weil ich nämlich die Struktur sehr vernünftig finde. Wir haben ein Funktionsmodell, das sich bewährt hat, und ich bin auch nicht dafür, es abzuschaffen.

Sie haben die öffentlichen Unternehmen von Zeit zu Zeit aufs Korn genommen, zuletzt haben wir im Februar 1998 anhand des dritten Beteiligungsberichts darüber debattiert. Da hat Ihnen meine Kollegin Frau Ernst die Auffassung der SPD-Fraktion zu öffentlichen Unternehmen dargelegt; das will ich jetzt nicht wiederholen. Aber ganz eindeutig scheint Ihre Meinung auch nicht zu sein, denn Sie sagen in Ihrem Antrag immerhin, es sei fraglich, ob viele Mitglieder eine bessere Kontrolle ausüben würden; Sie schließen also das Gegenteil immerhin nicht ganz aus. Dann ist natürlich Ihre Forderung nach mehr externem Sachverstand gleichzeitig mit Verkleinerung der Gremien irgendwie widersprüchlich. Man muß sich schon entscheiden, was man eigentlich haben will, und ich glaube, daß wir in Hamburg einen sehr gängigen Mittelweg gefunden haben. 1997, das ist in allen Unterlagen zu lesen, wenn man sich die Mühe macht, diese nachzulesen, waren bei 49 unmittelbaren Beteiligungen 28 Prozent Nicht-Staatsbedienstete Vertreter Hamburgs.

(Elisabeth Kiausch SPD)

A Das muß man, mit Ihren Worten, wohl auch als externen Sachverständigen bezeichnen, und das ist eine ganz schön hohe Zahl.

Es ist nun mal so, Herr Waldhelm, daß die Unterschiede unserer Betrachtung der öffentlichen Unternehmen sehr grundsätzlicher Art und nicht wegzudebattieren sind. Bei Ihnen steckt eine ganze Menge Ideologie drin, obgleich das uns ja immer nachgesagt wird. Ich will auch nicht versuchen, diese Unterschiede wegzureden, das ist vollkommen sinnlos. Ich will Sie nur auf einige Widersprüche aufmerksam machen, die gelegentlich bei Ihnen vorkommen, wenn man die Debatte zurückverfolgt. Heute geht es um die Zusammensetzung der Aufsichtsräte. Früher hieß es bei der Zusammensetzung der Aufsichtsräte, die Abgeordneten müssen wieder hinein; das haben Sie auch einmal gesagt, es ist gar nicht so lange her.

(Michael Waldhelm CDU: Das ist nicht mein Thema!)

– Das ist nicht Ihr Thema, war aber Thema der CDU, und davon waren Sie auch nicht ganz weg. – Mal wird die Anzahl der öffentlichen Unternehmen kritisiert immer unter dem Motto: Es ist keine Staatsaufgabe, Private können es besser, und dann schließt sich die Forderung an, man sollte sie doch privatisieren, sprich verkaufen. Wenn verkauft wird, heißt es, aber doch nicht so viel, wir müssen doch irgendwie die Hand darauf halten – das ist auch schon vorgekommen. Dann kommt wieder das Thema Verluste. Gerade neulich haben wir gehört, eigentlich müßten nun Gewinne erwirtschaftet werden. Das ist ein sehr ungerechtes Argument, weil es eine undifferenzierte Betrachtung der Verlustträger ist. Nehmen Sie zum Beispiel den HVV. Natürlich kostet er uns viel Geld, aber ich kenne auch die Debattebeiträge, wenn es darum geht, die Fahrpreise zu erhöhen. Dann kommt bei Ihnen die große Bedenklichkeit auf, und Sie finden das nicht so schön.

B

Wenn man sich zum Beispiel – das liegt durchaus im Bereich des Möglichen – den heute vorliegenden Bericht 16/4141 über die Beratungen des Unterausschusses „Vermögen und öffentliche Unternehmen“ etwas näher ansieht, dann muß man eigentlich zu dem Ergebnis kommen, daß unsere öffentlichen Unternehmen – und da sind nun einmal die Aufsichtsräte beteiligt – außerordentlich aktiv und kreativ sind und ein sehr kostenbewußtes Management haben. Nehmen Sie zum Beispiel die Stadtentwässerung. Wie viele Möglichkeiten hat die Stadtentwässerung entdeckt, um ihre Einnahmesituation zu verbessern. Wie kreativ ist sie gewesen, um unser 150 Jahre altes Sietnetz über die Runden zu retten, nämlich durch das Einziehen von Kunststoffröhren zur Stabilisierung. Außerhamburgische Beteiligungen haben sie auch noch an Land gezogen. Selbst die Gebührenentwicklung – Herr Waldhelm, Sie sind dabei gewesen – ist im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet außerordentlich positiv.

Auch die anderen von uns besprochenen Unternehmen werden gut geführt und haben gute Ergebnisse. Das trifft sowohl für die HMC als auch für die HHLA zu, die wir beide besprochen haben. Ich kann mich nicht erinnern, daß Sie im Ausschuß Kritik an der Geschäftsführung oder an der Form, wie vom Senat geleitet wird, geübt haben, weil es nämlich nicht zu kritisieren ist. Die haben eben gut gearbeitet, und insofern gibt es auch gar keinen Anlaß, sich am Einzelthema Aufsichtsräte festzumachen. Gerade wenn Sie die noch nicht im Bericht enthaltene Sitzung über die Hamburger Hochbahn Revue passieren lassen, werden Sie zugeben müssen, daß hier sehr effektiv und kreativ ge-

arbeitet wird. In welchem anderen öffentlichen Verkehrsunternehmen gibt es einen Kostendeckungsgrad von 80 Prozent? Das ist beträchtlich, die Regel liegt irgendwo bei 50 Prozent, und das ist ein gewaltiger Unterschied zu Hamburg.

C

Was Sie gerne verschweigen, was ich hier aber noch einmal sagen will: Es handelt sich, obgleich kostenbewußt gehandelt werden muß und auch gehandelt wird, um rund 45 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in dieser Stadt; das ist ein erheblicher Anteil. Es handelt sich um eine erhebliche Menge an Ausbildungsplätzen und, wenn man die Unternehmen nimmt, in denen die FHH oder die HGV mehr als 20 Prozent halten, um ein Investitionsvolumen von 1,4 Milliarden DM. Das ist viel Geld, und das fließt auch wieder in die Hamburger Wirtschaft. Das alles, lieber Herr Waldhelm, passiert nicht von selbst, sondern durch ein vom Senat gesteuertes Handeln.

Deswegen ist Ihre Ziffer 3 für mich, freundlich ausgedrückt, ein sonderbarer Knüller: Ressortidentität von Aufsichtsratsmandat und Senatsposten sollten vermieden werden. Nun ist es für Sie bestimmt vollkommen unzweifelhaft, daß die Verantwortung für die öffentlichen Unternehmen jeweils bei den Fachsenatoren liegt. Wenn irgend etwas schiefgeht, wäre das aus Ihrer Sicht auf alle Fälle so, aber bei den Dingen, von denen der Fachsenator etwas versteht, soll er nicht aktiv mitwirken, sondern das soll irgendwie über Kreuz gehen. Ich begreife das überhaupt nicht: politische Verantwortung aufladen, aber Mitwirkung, daß alles gut geht, abschneiden! Da hat man bei Ihrem Anliegen das Gefühl, als solle der Bausenator vielleicht in den Aufsichtsrat der Oper, weil er Wagner heißt; etwas Besseres fällt mir dazu nicht ein. Dies ist absoluter Unsinn, das muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

Auch wenn Sie mit großer Ernsthaftigkeit und Nachdruck Ihren Antrag hier vorgestellt und um Zustimmung oder Überweisung gebeten haben, hat er für mich keinerlei sachliche Berechtigung. Ihre Begründung hat leider auch nichts in diese Richtung ergeben, und deswegen werden wir ihn ablehnen. – Schönen Dank.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Politiker raus aus Aufsichtsräten“ ist in einem gewissen Ausmaß im Moment durchaus populär. Ich finde auch, daß das Thema Aufsichtsräte im politischen Raum im Moment ein wichtiges ist. Ihr Antrag geht allerdings am Kern der Problematik weitgehend vorbei.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Herr Waldhelm, im Vorwort Ihres Antrags verwenden Sie weitgehend Raum für das Thema Größe eines Aufsichtsrats. Dann sprechen Sie zum Schluß – das haben Sie auch in Ihrer Rede getan – die Argumente des neuen Ministerpräsidenten in Niedersachsen an. Die habe ich allerdings so verstanden, daß diese sich keineswegs auf die öffentlichen Unternehmen fokussiert haben, sondern auf die gesamte Aufsichtsratsstätigkeit von Politikern gerade bei privaten Unternehmen. Insofern finde ich das für unsere Hamburger Situation bei öffentlichen Unternehmen nicht so präzise und hilfreich formuliert, ebenso wie den pauschalen Hinweis, den Sie im Petition erwähnen, effizient zu arbeiten und entsprechend zu tagen und möglichst kleiner zu

(Anja Hajduk GAL)

A sein. Das sind für mich nicht die Kernpunkte der Problematik.

Ich möchte auf einige Probleme eingehen, die für uns das Thema wichtig machen, und gehe daher vorab ganz kurz auf die Funktionen von öffentlichen Unternehmen ein, die Sie ja in den Fokus Ihres Antrags stellen.

Die öffentlichen Unternehmen verfolgen im Unterschied zu privaten Unternehmen den Zweck, die Leistungserstellung im Vordergrund zu haben und nicht eine Gewinnmaximierung. Ein privates Unternehmen würde sagen, die Leistungserstellung ist Mittel zum Zweck für Gewinnmaximierung. Wenn wir ein öffentliches Unternehmen haben, dann haben wir darauf zu achten, daß für Bürger und Wirtschaft die Inanspruchnahme so günstig wie möglich ist und die Konkurrenz um andere Haushaltsmittel begrenzt bleibt. Wenn wir also die Situation haben, daß ein ganz spezifisches Spannungsverhältnis zwischen Fachzielen und finanziellen Zielen besteht, wird die Diskussion um Aufsichtsräte besonders davon geprägt, daß wir ein bestimmtes Steuerungsinteresse haben. Wie soll denn die Steuerung bei öffentlichen Unternehmen, wenn wir sie in einem unterschiedlichen, aber durchaus auch in einem finanzwirksamen Ausmaß wollen, funktionieren? Da komme ich zu ganz anderen Schlüssen, als Sie das in Ihrem Antrag nahelegen.

Der Aufsichtsrat ist das steuernde Organ und das entscheidende Gremium, Einfluß auf die Geschäftsführung des Unternehmens zu nehmen. Ich glaube, das ist unstrittig. Wenn wir jetzt seitens der Stadt fast ganz oder zum großen Teil Mittel bereitstellen und dieses Unternehmen finanzieren, dann ist es eine Verpflichtung, auch politisch Einfluß zu nehmen, dann ist es für mich eigentlich logisch, nicht nur ein Zielbild zu formulieren, vielleicht ein Errichtungsgesetz zu machen und sich dann senatsseitig zu verabschieden, sondern im Aufsichtsrat vor dem Hintergrund des Zielbilds das entsprechend vom Unternehmen zu erstellende Unternehmenskonzept auch ständig abzugleichen.

B Ich kann also schlicht und ergreifend nicht nachvollziehen – in der Begründung sind Sie darauf nicht näher eingegangen –, worin der besondere Gewinn liegen soll, wenn ein fachfremder Senator den Aufsichtsrat leitet. Umgekehrt wird eigentlich erst etwas daraus. Unsere Beteiligungsverwaltung entspricht dem sogenannten Hamburger Funktionsmodell. Wenn es schon Ausgliederungen gibt – und aus der Verwaltung wird aktuell in den letzten Jahren durchaus zu dem Mittel Ausgliederung gegriffen –, dann haben wir gerade als Parlament, das das Budgetrecht hat, einen Anspruch darauf, daß der Senat seine politische Verantwortung – er ist uns gegenüber verantwortlich – möglichst effizient wahrnimmt.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Ich kann mir vorstellen, daß er das auch regelmäßig in einem Aufsichtsrat kompetent und zeitnah gerade aus dem Fachressort heraus tut.

Ich möchte auf einen anderen Punkt eingehen, den Sie in Ihrem zweiten Punkt erwähnt haben. Sie sagen, es sollen maximal zwei Aufsichtsratsmandate wahrgenommen werden. Auch diese Eingrenzung würde im Widerspruch zu den Möglichkeiten einer Fachressortvertretung stehen, wenn man also schon mehr Ausgliederungen hat, dann wenigstens eine politisch motivierte Steuerung vorzunehmen.

Ich möchte noch auf Punkte eingehen, die in unserer Fraktion die Aufsichtsratsdebatte prägen. Ich will nicht verheh-

len, daß wir uns um dieses Thema kümmern. Es bezieht sich darauf, in welchem Ausmaß es zu Interessenkollisionen kommen kann. Wenn im Aufsichtsrat fachlich zuständige Bedienstete sitzen – das hat auch ein bißchen etwas mit Ihrem Berliner Beispiel zu tun, wo die Zuwendungen laut Haushaltsplan nicht nur einem öffentlichen Unternehmen gegeben werden, sondern wo es eine regelrechte Marktsituation gibt, wo sich auch andere im Unterschied zu einem öffentlichen Unternehmen für eine bestimmte Zuwendung bewerben –, dann muß es ausgeschlossen sein, daß es zu einer Interessenkollision kommt, weil fachlich zuständige Behördenmitarbeiter darin sitzen. Dieses Thema hat auch im Rahmen der Debatten im PUA eine Rolle gespielt. Das liegt auch daran, daß dort über öffentliche Unternehmen diskutiert wird, die Zuwendungen in Anspruch nehmen.

Es gibt noch einen zweiten Punkt der möglichen Interessenkollision, daß nämlich nach Paragraph 20 Verwaltungsverfahrensgesetz Aufsichtsratsmitglieder nicht mehr bei einem Verwaltungsverfahren tätig sein dürfen. Diese Fragen treiben unsere Fraktion um, und wir sollten zu einem späteren Zeitpunkt, wenn wir eine Auswertung des PUA bekommen, Lösungen finden.

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt zum Thema Interessenkollision, den ich zwar von Ihrer Fraktion wahrgenommen habe, den Sie aber jetzt nicht präsentiert haben. Ich habe in Pressekonferenzen das Argument gehört, es wäre schon Interessenkollision, wenn der Präses einer Behörde gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender sei. Das haben Sie hier nicht so betont, das haben die Kollegen Wersich oder Frau Blumenthal in Pressekonferenzen verbreitet. Es ist eine Fehleinschätzung, denn es diffamiert die politische Steuerungsmöglichkeit als prinzipielle Interessenkollision; darüber sollten Sie noch einmal nachdenken.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß das Hamburger Funktionsmodell für die Beteiligungsverwaltung recht gut ist, da es neben einem Fachressort auch die Wahrnehmung des Aufsichtsratsvorsitzes in einem Aufsichtsrat vorsieht und die Finanzbehörde in jedem Aufsichtsrat verpflichtet ist, dabei zu sein. Es widerspricht auch Ihrem Vorschlag, die Senatsbeteiligung zu reduzieren. Wir haben ein zwingendes Interesse daran, daß Finanzbehörde plus ein Fachressort vertreten sind, weil es gerade beim Thema Interessenkollision durchaus einmal Bewertungskonflikte zwischen Finanzbehörde und Fachressort geben kann. Und da ist es zwingend, daß wir ein Modell haben, wo ein Senator nicht sagen kann, es gibt zwei Hüte für mich: Einmal bin ich Aufsichtsratsvorsitzender und habe den Hut auf, und wenn ich draußen bin, bin ich Senator mit einem anderen Hut. Ich finde, wenn jemand im Aufsichtsrat als Senator sitzt, hat er weiter den Senatorenhut auf, und wenn es andere Konflikte gibt, dann müssen die im Vorfeld geklärt werden.

Der Senat soll – so hat er sich auch sein Funktionsmodell gestaltet, das wir unterstützen – Konflikte, die es im Vorwege gibt, einheitlich lösen. Es gibt einen Einigungszwang zwischen finanziellen Interessen und Fachinteressen der Stadt, so daß ein Aufsichtsratsvorsitzender aus dem Senat eine klare politische Steuerung vornehmen kann.

Diese Dinge sind uns viel wichtiger zu klären als die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen. Dieses Thema wird uns noch ein bißchen begleiten, vielleicht in einem anderen Kontext. Von daher sehen wir keinen Bedarf, diesen Antrag anzunehmen, sondern werden ihn ablehnen.

(Anja Hajduk GAL)

- A (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Hartmut Engels CDU: Die Ablehnung hätten wir auch schneller haben können!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich selbst halte das Beteiligungsmodell, wie es in Hamburg für die öffentlichen Unternehmen existiert, für ein gutes Modell. Damit ist es gut möglich, die politische Kontrolle über die öffentlichen Unternehmen auszuüben, und nach den dazu gemachten Erfahrungen ist das auch möglich.

Der Kernpunkt ist, daß die politische Verantwortung in einer Hand ist, und zwar bei denjenigen, die die Fachverantwortung und auch die Verantwortung in diesem Unternehmen haben und dementsprechend als Aufsichtsratsmitglied diese Funktionen wahrnehmen. Wenn das so ist, können wir natürlich für den parlamentarischen Untersuchungsausschuß feststellen, daß es dort einige Senatoren gibt, die diese Funktion in dieser Art und Weise nicht wahrgenommen haben. Herr Runde gehörte unter anderem dazu, der gesagt hat, er hätte jetzt den Hut des Aufsichtsratsvorsitzenden auf und nicht den des Senators. Diese Äußerung ist aufgrund des Funktionsmodells nicht möglich, und darüber werden wir uns sicher noch länger unterhalten müssen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und komme zur Abstimmung. Wer will den Antrag beschließen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme dann zum Tagesordnungspunkt 36a: Bericht des Jugend- und Sportausschusses zu Jugend im Parlament, Drucksache 16/4191.

[Bericht des Jugend- und Sportausschusses über die Drucksache 16/3403: Jugend im Parlament 1999 (Vorlage der Präsidentin der Bürgerschaft) – Drucksache 16/4191 –]

Das Wort hat Herr Kahlbohm.

Holger Kahlbohm SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einmal im Jahr hat Hamburg für wenige Tage ein zweites Parlament, „Jugend im Parlament“: nicht gewählt, für jeden Teilnehmer nur einmal im Leben und irgendwie einmalig, keine Rede von Politikverdrossenheit, interessiert, engagiert und nach wenigen Tagen schon ziemlich routiniert. Mit vielen Ideen sowie Veränderungswillen haben die Teilnehmer ihre Vorschläge an die bürgerschaftlichen Fachausschüsse beschlossen.

Die in der Drucksache 16/3403 niedergelegten Resolutionen von „Jugend im Parlament“ wurden in den sieben zuständigen Fachausschüssen bei jeweils großer Beteiligung der Jungparlamentarier beraten. Die abschließende Sitzung des federführenden Jugendausschusses fand am 13. April statt und hat folgende Ergebnisse.

In ihrer Resolution an den Bau- und Verkehrsausschuß forderten die Jugendlichen, den HVV für Jugendliche attrak-

tiver zu machen. Die Möglichkeit, zu einer Steigerung des Fahrgastaufkommens zu gelangen, sieht man unter anderem in der Einführung eines Party-Tickets sowie eines durchgehenden Angebots von Freitag bis Sonntag ohne die nächtliche Betriebsruhe, weiterhin in einer Ausweitung des Nachtbusangebots und in der Aufhebung der Sperrzeiten für die Mitnahme von Fahrrädern. Nach Meinung der Jugendlichen würden viele Hamburger und auch Touristen bei einem attraktiven Angebot des HVV die öffentlichen Verkehrsmittel dem Auto vorziehen, zumindest in den Abendstunden, wenn es ans Feiern geht. Der Bau- und Verkehrsausschuß sowie der federführende Jugend- und Sportausschuß empfehlen daher in diesem Punkt der Bürgerschaft, den Senat zu ersuchen, zum Thema „HVV attraktiver für Jugendliche“ Stellung zu nehmen.

Darüber hinaus wurde sehr ausführlich über Organisationsfragen von „Jugend im Parlament“ und die politischen Mit- und Einwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen beraten. Erneut wurde von den Jugendlichen eine Verlängerung auf fünf Wochentage vorgeschlagen. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, die Referenten der Ausschüsse und Arbeitsgruppen mögen das gesamte politische Spektrum abdecken; hier sind wohl mehr die Politiker und deren Teilnahme erwünscht. Weitere Vorschläge betrafen den Wunsch nach zusätzlichen vertiefenden Gesprächen mit Senatsmitgliedern sowie eine weitere Aktuelle Stunde am letzten Debattentag. Die Jugendlichen bemängelten darüber hinaus, daß der Anteil der Haupt- und Realschüler sowie der Berufsschüler sehr gering sei. Es wurde vorgeschlagen, diese Gruppe künftig stärker zu berücksichtigen. Das ist ein schwieriges Problem, denn eingeladen werden sie sicherlich auch; darüber muß man vielleicht noch einmal nachdenken.

„Jugend im Parlament“ sollte nach Meinung der Jugendlichen künftig auch auf Stadtteilebene stattfinden; in einigen Bezirken ist das bereits der Fall. Zukünftig sollten die Fachausschüsse der Bürgerschaft bei Jugendthemen auch Jugendliche als Sachverständige einladen; dieses wurde für den Jugendausschuß zugesagt. Unser Appell: Auch die anderen Fachausschüsse sollten immer bei einer geeigneten Thematik daran denken, und ich denke, daß da auch Resonanz erfolgen würde.

Nun zum Thema „Jugend und Politik“. Beeindruckt hat mich – und das nicht zum ersten Mal – das Ausmaß der Beteiligung sowie das Interesse an Sachfragen, die Diskussionskultur und die Fähigkeit, zu abgewogenen Entscheidungen oder Forderungen zu kommen, der bei vielen vorhandene Wunsch, bei politischen Entscheidungen beteiligt zu werden, wie wir in der abschließenden Sitzung auch immer wieder feststellen konnten.

Wenn aktuell immer wieder festgestellt wird, die Jugend sei an Politik nicht interessiert oder immer weniger interessiert, deckt sich das nicht unbedingt mit meinen Wahrnehmungen. Vielleicht ist mehr die Art, wie wir Politik machen, mit dieser Ablehnung gemeint. Vielleicht sind nicht Desinteresse, sondern mangelnde Beteiligungsmöglichkeit das Problem. Mehr Transparenz und mehr Offenheit sollten wir, die Parteien, praktizieren. Dann gibt es – da bin ich ganz sicher – auch mehr Jugendliche in allen politischen Parteien. Ich bitte um Annahme der Ausschußempfehlung. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Harlinghausen.

A **Rolf Harlinghausen** CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es kommt in diesem Hause nicht sehr häufig vor, unter den Fraktionen eine weitgehende Einigkeit zu erleben.

(Antje Möller GAL: Das liegt nicht an uns!)

Die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ trägt dagegen seit vielen Jahren zum Konsens bei.

Als hervorragendes Beispiel für den positiven und konstruktiven Geist dieses Projekts erwies sich die Abschlußberatung mit den jugendlichen Parlamentariern im federführenden Ausschuß. Erfreulich zu hören war die überwiegende Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Umgang mit ihren Resolutionen in den bürgerschaftlichen Ausschüssen. Das in der Drucksache 16/4191 aufgegriffene Ersuchen aus dem Verkehrsausschuß – Herr Kahlbohm hat eben darauf hingewiesen –, den HVV für Jugendliche attraktiver zu gestalten, steht für diese Ernsthaftigkeit des Umgangs.

Auch die CDU bittet um Zustimmung des Plenums zum Punkt 2 der Empfehlung des federführenden Ausschusses.

„Jugend im Parlament“ kann auf Dauer nur Erfolg haben, wenn die Teilnehmer die Erfahrung machen, daß ihre Belange ernst genommen werden und sie im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten etwas bewirken können. Ansonsten würde „Jugend im Parlament“ zu einer reinen Alibiveranstaltung verkommen.

Politik verstehbar zu machen, ist sicherlich eines der wichtigsten Ziele, und das ist – ich denke, da stimmen alle überein – auch dieses Mal wieder ein kleines Stück gelungen. Das heißt jedoch nicht, sich auf Lorbeeren auszuruhen. Von den Jugendlichen selbst sind einige Hinweise gekommen, über die wir nachdenken sollten.

B

Einerseits wurde positiv bemerkt, daß die Veranstaltung überparteilich und der Beitritt zu einer politischen Partei nicht als Teilnahmebedingung erforderlich ist. Andererseits bemängelten die Jugendlichen, daß sich der Teilnehmerkreis fast ausschließlich aus Gymnasiasten zusammensetzte. Es wäre sicher nicht gut, wenn „Jugend im Parlament“ zu einseitig würde und die erwähnten Gymnasiasten auch noch überwiegend aktive Nachwuchspolitiker wären. Auch und gerade auf Haupt-, Real- und Berufsschüler darf bei folgenden Veranstaltungen nicht verzichtet werden. Das haben wir eben schon gehört. Deshalb müssen wir uns in Zukunft um diese und weitere Gruppen intensiv bemühen.

Nicht nur in Schulen und Jugendorganisationen der Parteien, sondern auch in Jugendclubs, Sportvereinen und gemeinnützigen Verbänden muß um Teilnehmer geworben werden. Denkbar wäre auch eine verstärkte Kooperation mit den Medien. Vielleicht ließen sich bei den Jugendlichen beliebte Moderatoren als ideale Sponsoren finden.

Bezüglich des Teilnehmerkreises äußerten die Jugendlichen einen weiteren Aspekt, der vielleicht nicht nur die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses nachdenklich werden läßt. Die jungen Leute forderten, weniger Wert auf quotenorientierte Auswahlkriterien, wie beispielsweise die Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts, zu legen, sondern als Richtschnur in erster Linie das Interesse der Teilnehmer anzusehen. Der Wunsch nach vertieften Gesprächen mit Senatsmitgliedern war substantieller Art. Nur eine Senatorin hatte solche Gespräche angeboten.

Ob dem Ersuchen nach nochmaliger Erweiterung des Zeitrahmens der Veranstaltung gefolgt werden kann, muß si-

cherlich diskutiert werden. Nicht zuletzt ist dies eine Frage der Kapazität der Bürgerschaftskanzlei und der Finanzierung. Problematisch erscheint auch der Wunsch einer Ausweitung der Themen auf Bundesebene. Vielleicht hat hier der Hang unserer Regierungsfractionen zur Gestaltung der Aktuellen Stunde ein wenig Pate gestanden. Möglich sein sollte aber auch bei Jugendthemen die Einladung von Jugendlichen als Sachverständige – und das sind sie häufig in hervorragender Weise – in die bürgerschaftlichen Ausschüsse, wenn man es ernst damit meint, Jugendliche einzubinden.

Bei allem Lob für die laufende Veranstaltung und den weitestgehenden Konsens bei den Fraktionen und der Ex-Präsidentin sollten aber auch einige kritische Bemerkungen erlaubt sein.

Offensichtlich nahm der Senat die Veranstaltung nicht so ernst; denn wie ist es sonst zu erklären, daß er zeitgleich zur Pressekonferenz des Plenumspräsidiums und der Ausschußvorsitzenden eine eigene Pressekonferenz zum Verkauf der HEW-Anteile ansetzte? Ich nenne dies eine Mißachtung der Arbeit und des Engagements der jungen Leute.

Besonders gelungen erscheint es auch nicht, diesen wichtigen Tagesordnungspunkt erst im allerletzten Moment nachzumelden, um der Peinlichkeit zu entgehen, den Bericht erst nach der von April auf Mai verschobenen Abschlußveranstaltung und der Verabschiedung durch das Plenum vorlegen zu können, ganz abgesehen davon, daß die CDU-Abgeordneten den Bericht erst spät auf eigene Intervention einsehen konnten. In meinem Fach habe ich die Drucksache erst heute gefunden.

Bei der Durchsicht der bürgerschaftlichen Ausschußprotokolle sind mir hin und wieder gravierende Kenntnisdefizite aufgefallen, die auf Mängel in der politischen Bildung der Jugendlichen und damit auch auf Defizite im Hamburger Schulwesen schließen lassen. Es kann nicht Aufgabe der Abgeordneten sein, den Schülern Grundkenntnisse über die Bundes- und Länderkompetenzen zu vermitteln. Wenn man bedenkt, daß wir es in erster Linie mit politisch engagierten Gymnasiasten zu tun hatten, so mag ich nicht daran denken, welche Lücken bei den anderen Jugendlichen bestehen.

Über eine Verbesserung der schulischen Bildung haben wir schon häufig gesprochen. Ich hoffe, die neue Senatorin wird sich mit viel Elan dieser Aufgabe widmen. Zusätzlich sollten wir jedoch auch an die Lehrer appellieren, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Es ist zu laut im Saal; wenn Sie bitte Ihre Gespräche einstellen würden und dem Redner lauschen. – Herr Harlinghausen, Sie können fortfahren.

Rolf Harlinghausen (fortfahrend): Auch die Lehrer sollten die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen. Ein Besuch einer Bürgerschafts- oder Ausschußsitzung sollte zum Bestandteil des Politikunterrichts werden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist ja hochgradig spannend!)

Ebenso sollten sie durch Zeitungslektüre und den Besuch von Veranstaltungen der verschiedenen Träger zur politischen Bildung angehalten werden. Gerade was letzteres

C

D

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A angeht, bestehen in vielen Schulen noch unnötige Berührungssängste. Politikunterricht muß über die Vermittlung des notwendigen Basiswissens hinausgehen. „Jugend im Parlament“ und auch die neue Debattierveranstaltung sind hier wegweisende Beispiele.

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf einen positiven Aspekt hinweisen, der mir bei der Veranstaltung besonders auffiel. Hervorzuheben ist die Art und Weise, wie die Jugendlichen miteinander umgingen. Bei allen sachlichen Differenzen wurden meist Polemik und verbale Tiefschläge vermieden. Hiervon können wir, die wir gelegentlich dazu neigen – und da schließe ich keinen aus –,

(Michael Dose SPD: Selber, selber!)

persönliche Unverträglichkeiten und Animositäten in den Vordergrund zu stellen, nicht unwesentlich profitieren.

Für die Abschlußveranstaltung am kommenden Freitag wünschen wir den Teilnehmern gutes Gelingen, verbunden mit einem herzlichen Dank an alle Organisatoren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon die wesentlichsten Punkte aus der diesjährigen Veranstaltung „Jugend im Parlament“ benannt, die uns wiederum besonders positiv aufgefallen sind. Deshalb will ich Sie jetzt auch nicht mit einer fast gleichlautenden, langweiligen Rede, die sich wiederholt, unnötig strapazieren.

- B (Karl-Heinz Ehlers CDU: Das hört sich gut an!)

Die Jugendlichen haben auch dieses Jahr wieder sehr differenziert und kompetent die unterschiedlichsten politischen Themen angefaßt, diskutiert und betrachtet und sie in ihren Resolutionen verabschiedet. Das ging – ich gehe davon aus, daß Sie die Drucksache gelesen haben – von der Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger über die Gleichbehandlung, über die bessere Vernetzung von Sozialleistungen und über mögliche Defizite im Schulbereich im Zusammenhang mit neuen Technologien, ferner ging es um die Möglichkeit, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare einzuführen, bis hin zur Förderung von regenerativen Energien und der Forderung, Umweltpolitik als einen Teil des Lehrplans aufzunehmen, bis zu dem Antrag, der von meinen beiden Vorrednern angesprochen wurde, den HVV für Jugendliche attraktiver zu machen.

Zwei Dinge, die uns in der Vergangenheit bereits aufgefallen sind, möchte ich noch erwähnen. Auch dieses Jahr haben sich die Jugendlichen in den Ausschlußdiskussionen wieder dem Drogenproblem zugewandt, und es ist wiederholt deutlich geworden, daß die aufgelegten Präventionsprogramme leider nicht so bekannt sind. Hier besteht ein wesentlicher Nachbesserungsbedarf, wie die Präventionsmöglichkeiten in Schulen und Jugendeinrichtungen bekannt werden. Dort müssen wir uns in Zukunft noch etwas einfallen lassen, denn es ist nach meiner Wahrnehmung das dritte Mal, daß dieser Punkt in der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ angesprochen wurde.

Im Gleichstellungsausschuß wurde von den Jugendlichen darauf hingewiesen, daß in der Schule ihrer Ansicht nach die Frage der Aufklärung nicht zeitgemäß ist und daß Ho-

mosexualität immer noch nicht entsprechend thematisiert wird. Diesen Themen müssen wir uns gegebenenfalls noch einmal widmen. Natürlich handelt es sich bei den Jugendlichen, die an dieser Veranstaltung teilnehmen, immer um eine Auswahl. Sowohl Herr Kahlbohm als auch Herr Harlinghausen haben es angesprochen. Bei den Anmeldungen hat man bisher Berufs-, Haupt- und Realschüler nicht so berücksichtigen können. Wir müssen sehen, daß wir dort mehr Zugang erreichen. Es wurde uns von den Senatsvertretern zugesichert, daß insbesondere die Frage Berufsschüler noch einmal angegangen wird, da diese Gruppe überhaupt nicht vertreten war. Das sollte bei der nächsten Veranstaltung besser aussehen.

Die Jugendlichen haben diese Veranstaltung insgesamt als außerordentlich positiv eingeschätzt. Sie haben auch gesagt, daß sie sich in allen Ausschüssen ernst genommen fühlten. Eine Ausnahme hat der Innenausschuß gebildet. Während dieser Sitzung sind sie etwas erbost über den Umgang mit einzelnen von ihnen gewesen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Keine Namen nennen!)

– Nein, ich nenne keine Namen.

Insgesamt ist es aber sehr positiv gewesen. Die Forderung, die Veranstaltung auszuweiten, ist zum wiederholten Male gestellt worden. Wir haben das letzte Mal eine Konzeptänderung vorgenommen – das soll dann auch mein Schlußsatz sein –, die auch so weitergetragen worden ist. Ich war gespannt, ob die Jugendlichen dieses Mal sagen würden, das Wochenende dazwischen habe sich nicht bewährt. Sie fanden es jedoch gut, sie haben es nicht so genutzt, wie sie es hätten nutzen können, aber wir sollten die Veranstaltung so beibehalten wie in diesem Jahr. Ich freue mich schon auf die nächste Veranstaltung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Jobs erhält das Wort.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei kurze Bemerkungen dazu: Spannend die Debatten im Plenum, durchweg waren Präsenz und Aufmerksamkeit vorbildlich, ganz anders, als sie bei dem Punkt heute hier ist.

In den Ausschlußberatungen ist mir folgendes aufgefallen: Bei der Meinungsbildung haben viele darauf hingewiesen, daß es ihnen angesichts der Referenten lieber gewesen wäre, wenn sie sich unabhängig davon hätten eine Meinung bilden können. Da würde ich die Anregung, die im Ausschuß gekommen ist, noch einmal aufgreifen wollen, den Zeitpunkt der Themenauswahl etwas vorzuziehen.

Immer dann wurde es in den Ausschüssen spannend, wenn es tatsächlich zu einem Dialog mit den Jugendlichen gekommen ist. Das ist im Gesundheitsausschuß beim Thema „Drogenprävention“ und im Umweltausschuß beim Thema „fifty-fifty“ deutlich geworden. Hier habe ich den Eindruck, es gibt von seiten der Bürgerschaft noch sehr viel Ausbaumöglichkeiten, damit die Fachleute für ihre Fragen, die Jugendlichen, als Sachverständige in diese Ausschüsse tatsächlich mit eingebunden werden können. Nicht nur bei „Jugend im Parlament“, sondern auch darüber hinaus können wir noch sehr viel tun, damit Jugendliche tatsächlich mit eingebunden werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei Michael Dose SPD und Heide Simon GAL)

C

D

- A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Ausschußempfehlungen rufe ich getrennt auf. In Nummer 1 werden Kenntnisnahmen empfohlen, und die sind erfolgt. Wer schließt sich der Empfehlung aus Nummer 2 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf: Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses zur Änderung des Gemeinschaftstarifs des HVV: Drucksache 16/4175.

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksache 16/4133: Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) sowie Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27./28./29. April 1998 (Drucksache 16/719) – im Zusammenhang mit der Tarifierfassung 1998 – (Senatsvorlage) – Drucksache 16/4175 –]

Herr Schmidt hat das Wort.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stimmen der vom HVV und vom Senat gewünschten Tarifierhöhung beim HVV zu. Erstens handelt es sich um eine maßvolle Erhöhung, die der in den nächsten zwei Jahren zu erwartenden Steigerung der Lebenshaltungskosten entspricht. Zweitens wird damit die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs in Hamburg auf einem hohen Niveau gehalten. Der sogenannte Kostendeckungsgrad ist dafür ein gewisses Indiz, gleich nach welcher Methode man ihn berechnet. Drittens haben die Tarife in ihrer Ausgestaltung eine deutliche kinder- und familienfreundlichere Gestaltung erfahren. Es ist gut, daß die Kindermonatskarten nur wenig angehoben werden und daß die Familientageskarte überhaupt nicht teurer wird. Ganz besonders positiv ist, daß die Kinder jetzt erst ab dem sechsten und nicht ab dem vierten Jahr zahlen müssen. Wir erwarten, daß bei der nächsten Tarifieränderung auch die obere Kinderaltersgrenze von zwölf auf 14 Jahre angehoben wird. Beiläufig gibt es auch die erfreuliche Nachricht, daß die Hochbahn nach einigen Irrungen und Wirrungen in Zukunft darauf verzichten wird, ihre Fahrgäste in Käfigen mit beklebten Fenstern zu transportieren, sondern wieder in Bussen mit freier Sicht auf die schöne Stadt Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Ökosteuer war der geringste Anlaß für die Tarifierhöhung. Die vom Senat vorgelegten Zahlen belegen, daß alle Katastrophenmeldungen hinsichtlich der verderblichen Auswirkung der Einführung der Ökosteuer auf die Preise des HVV überflüssig waren. Im übrigen ist die Benzinsteuer niemals auf einen Schlag so erhöht worden wie zu Zeiten des großen Finanzministers Waigel. Auch das hatte damals den ÖPNV nicht zugrunde gerichtet, sondern eher seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem individuellen Personenverkehr gesteigert.

Mit der Tarifierhebung in diesem Jahr wird deutlich, daß der früher öfter praktizierte Turnus der jährlichen Tarifierhöhung der Vergangenheit angehört. Wir sind jetzt faktisch beim Zweijahresrhythmus angekommen, und ich kann mir auch vorstellen, daß wir eines Tages auch drei oder vier Jahre warten, bis die Tarife geändert werden. Freilich darf man nicht in den Fehler verfallen, ein paar Jahre gar nichts zu tun. Dann kann man sich zwar während dieser Zeit auf die Schulter klopfen. Anschließend muß man die Tarife aber so erhöhen, daß die Fahrgäste wegbleiben. Berlin, wo das

gemacht wurde, ist ein warnendes Beispiel. Dort hat man einen riesigen Fahrgastrückgang erlebt.

Für Hamburg können wir hingegen erwarten, daß die Erfolgsbilanz des HVV aus den letzten zehn Jahren anhält. Hamburg hat in diesen letzten zehn Jahren eine Steigerung der Fahrgäste um 15 Prozent gehabt. Diese Steigerung hat nicht zufällig vor zehn Jahren begonnen, sondern ziemlich genau da, als auf Reaktion auf unmaßige Sparvorschläge des HVV sich eine heftige verkehrspolitische Debatte in der Stadt entwickelt hat. Damals gab es das Komitee „Rettet Bus und Bahn“. Die Bürgerschaft hat damals als Reaktion darauf das Konzept des Kernnetzes beschlossen, in dem Busse und Bahnen bis spät in den Abend verlässlich im Zehn-Minuten-Takt fahren. Auch dies ist im Großstädtevergleich ziemlich gut. Man muß daran nicht kratzen, sondern muß es noch verbessern. Dieses und einiges mehr geben wir deswegen dem Senat mit auf den Weg.

Wir erwarten die unverzügliche oder – sagen wir seit heute besser – die baldige Beantwortung des Ersuchens von vor zwei Jahren in allen seinen Punkten: die Weiterführung des Programms zur behindertengerechten Herrichtung von Bussen und Bahnen samt ihren Haltestellen und Bahnhöfen, zügige und erfolgreiche Verhandlungen über die Ausweitung des HVV weit ins Umland und ein deutliches und kräftiges Engagement zur Verbesserung des Schienenverkehrs von Hamburg ins Umland. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schmidt hat in seiner Rede, insbesondere was die Qualität des HVV in dieser Stadt betrifft, so wunderbare und warme Worte gefunden. Dem brauche ich gar nichts hinzuzufügen.

Wir haben im Ausschuß ausführlich darüber beraten. Wir haben inzwischen auch bei zahlreichen Anhörungen des Bau- und Verkehrsausschusses zum Verkehrsentwicklungsplan von Experten gehört, wie toll der ÖPNV in dieser Stadt ist. Wir stimmen der Ausschußvorlage zu. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde allerdings weniger wunderbare und warme Worte über diesen HVV finden,

(Barbara Duden SPD: Das ist aber schade!)

weil er sie nicht verdient hat. Auch in der Beurteilung des Senats stelle ich mich eher auf die Seite der Kritiker.

(Barbara Duden SPD: Das ist auch Ihr Job!)

In der Senatsvorlage nahm der Senat Stellung zu einem Ersuchen der Bürgerschaft, welches mittlerweile zwei Jahre alt ist. Es bestand aus zehn Punkten. Wissen Sie, was Sie zu acht von zehn Punkten fast immer mit denselben Worten finden?: „Es wird noch geprüft“, „es wird einer Prüfung unterzogen“ und so weiter. Es wird alles geprüft, es wird so gut wie nichts realisiert. Konkret steht darin allerdings, der HVV-Fahrgastbeirat tagt jetzt öffentlich. Das ist natürlich ein bedeutender Erfolg für die Bürgerschaft, daß sie in diesem Punkt tatsächlich etwas mit dem Ersuchen erreicht hat.

(Bernd Reinert CDU)

- A Hauptpunkt ist natürlich die Tarifierhöhung. Da muß man sich die Frage stellen, warum es die Tarifierhöhung gibt und wie hoch sie eigentlich ausfällt. Es heißt zwar in der Vorlage, daß die Fahrpreise um 2,8 Prozent erhöht werden sollen. Aber, Herr Senator, die Berechnung dafür erschließt sich mir nicht. In der Vorlage sind insgesamt 47 Tarifstufen genannt, und nur 13 Tarifstufen liegen unter der angeleglichen durchschnittlichen Erhöhung, während 34 Erhöhungen – darunter praktisch alle allgemeinen Monatskarten – deutlich darüber liegen. Vielleicht können Sie uns erläutern, wie Sie zu den 2,8 Prozent gekommen sind. Meine Vermutung ist aufgrund dieser eben genannten Zahlen, in Wahrheit ist die Erhöhung deutlich höher.

Kommen wir dann zu der Frage, Herr Dr. Schmidt, warum die Erhöhung stattfindet. Da sagten Sie so schön, die Ökosteuer, haben wir nun gemerkt, macht nichts aus. In einer Protokollnotiz des Senats steht, daß sich der Liter Diesel für den ÖPNV seit 1998 nur durch die Ökosteuer um 15 Pfennige verteuert hat, sonstige Preisentwicklungen außen vor gelassen. Das heißt, daß der Anteil des Energieaufwands beim HVV deutlich um insgesamt 8 Millionen DM gestiegen ist. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was unser Senator Wagner im Jahre 1999 in der „Morgenpost“ öffentlich verkündete: Er habe mit der Ökosteuer keine Probleme, politisch sei sie in Ordnung, und die zusätzlichen Kosten, die für den HVV entstehen, wolle er extern wegdrücken. Jetzt sehen wir, wie weit es mit dem externen Wegdrücken ist. Wir haben die Tarifierhöhung, die von den Verkehrsunternehmen unter anderem mit den gestiegenen Energiekosten begründet wird.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

- B Wir haben als zweiten Problembereich die S-Bahn Hamburg, die jährlich einen Zuschuß in Höhe von 165 Millionen DM bekommt. Wir haben im Ausschuß gefragt – Herr Dr. Schmidt, Sie können den Kopf schütteln, soviel sie wollen, das stimmt – welchen Einblick der Senat in die Kostenberechnung der S-Bahn hat. Die Antwort des Senats war: Wir kennen das Testat des Wirtschaftsprüfers, und das ist schon alles in Ordnung. Meine Damen und Herren! Wir gucken bei anderen Zuschußempfängern darauf, ob jede Mark ordentlich abgerechnet wird, und hier verlassen wir uns auf das Testat eines Wirtschaftsprüfers, von dem wir nur hoffen können, daß er ein guter ist. Aber sicher sein können wir nicht.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Frau Sudmann, wenn wir uns die Zahlen der S-Bahn ansehen, dann stellen wir fest, daß bei der S-Bahn eine erhebliche Steigerung des Aufwandes stattgefunden hat, obwohl die Stromkosten erheblich gesenkt wurden, während bei den anderen Verkehrsunternehmen der Aufwand reduziert werden konnte. Hier muß von der S-Bahn mehr Transparenz eingefordert werden.

Wenn die Erhöhung tatsächlich 2,8 Prozent beträgt, Herr Senator, warum steigen dann die Fahrgeldeinnahmen insgesamt nur von 681 auf 690 Millionen DM? Sie steigen nur um 1,01 Prozent, weil Sie offenbar ganz genau wissen, wenn Sie die Fahrpreise erhöhen, wandern wieder Fahrgäste aus dem ÖPNV ab. Diese Erfahrung hätten Sie eigentlich aus den letzten Tarifierhöhungen kapiern müssen. Nötig wären verstärkte Bemühungen zur Senkung des Aufwandes insbesondere bei der S-Bahn Hamburg und eine größere Attraktivität des Hamburger Verkehrsverbundes.

Dann würde er mehr Fahrgäste gewinnen. Sie verschrecken die Fahrgäste. Wir hätten, wenn wir es anders machen würden, auch eine bessere Kostendeckung.

(Michael Fuchs CDU: Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Fangen wir mit dem Ergebnis an. Wir werden die HVV-Preiserhöhung ablehnen,

(Barbara Duden SPD: Das haben wir auch nicht anders erwartet!)

denn wir sind der Meinung, daß Fahrpreiserhöhungen kein Anreiz sind, um auf den ÖPNV umzusteigen. Dieser Anreiz ist aber dringend notwendig, da der Herr Verkehrssenator im Verkehrsentwicklungsplan sehr ehrgeizige Ziele formuliert hat, nämlich daß sehr viele Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen sollen. Das ist nur zu erreichen, wenn das Angebot verbessert wird. Doch die Angebotsverbesserungen werden nicht stattfinden. Im Gegenteil. Die Fahrpreiserhöhungen sind ungleichmäßig gestaffelt. Herr Reinert hat das teilweise ausgeführt. Gerade bei den CC-Karten zum Beispiel gibt es über 5 Prozent Preiserhöhungen. Wir haben aber bei den Anhörungen im Bau- und Verkehrsausschuß erfahren, daß die Hauptprobleme der Verkehrsunternehmen in der frühmorgendlichen Hauptverkehrszeit liegen. Zu der Zeit sind alle Busse und Bahnen so voll, daß man versuchen wollte, Fahrgäste quasi umzuschichten. Wenn ich aber die CC-Karten teurer mache und Leute wieder zum Umsteigen auf die normale Monatskarte bewege, habe ich genau das Problem, daß in der Hauptverkehrszeit die Busse und Bahnen noch teurer sind. Das macht also auch verkehrspolitisch keinen Sinn.

Sozialpolitisch keinen Sinn macht es, daß die Seniorenkarten um über 3 Prozent teurer werden. Man kann lange damit argumentieren, daß die Lebenshaltungskosten höher werden und somit auch die Tarifanpassungen höher sind. Wir wissen alle, daß die Rentner und Rentnerinnen nur 0,6 Prozent Rentenerhöhung bekommen. Dann aber die Fahrpreise um über 3 Prozent zu erhöhen, ist nicht sozial.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es müssen beim HVV auch soziale und nicht nur ökonomische Kriterien eine Rolle spielen.

Ein Punkt, der völlig fehlt, sind die finanziellen Auswirkungen der geplanten Abschaffung der ersten Klasse. Ich bin gespannt, wie man im Sommer, wenn der Beschluß kommt, mit den Einnahmeausfällen umgehen will.

1998 haben SPD und GAL der Fahrpreiserhöhung mit der Begründung zugestimmt, daß die Fahrgastzahlen in den beiden Vorjahren stagniert haben. Jetzt, im Jahr 2000, wo die neue Erhöhung ansteht, wissen wir aber, daß die Fahrgastzahlen in beiden Vorjahren gestiegen sind. Insofern scheinen Sie Ihre eigenen Argumente nicht mehr zu glauben. Es ist besser, die Einnahmen durch bessere Angebote zu steigern, durch mehr ÖPNV, zum Beispiel mehr Busspuren, Beschleunigung des Busverkehrs und auch, indem man dafür sorgt, daß Abo-Karten ausgeweitet werden, daß man wie zum Beispiel in Bremen oder in Berlin feierabends ab 18 Uhr auf der Abo-Karte auch schon jemanden ins Theater oder Kino mitnehmen kann. Das wären sinn-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A volle Maßnahmen. Die fehlen völlig, deswegen lehnen wir die Fahrpreiserhöhung ab.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort Senator Wagner.

Senator Eugen Wagner: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das gute Recht, daß die Opposition Fahrpreiserhöhungen ablehnt. Solange ich als Senator in diesem Parlament die Fahrpreise vertreten habe, habe ich noch nie erlebt, daß die Opposition zugestimmt hat. Insofern ist das völlig in Ordnung.

Herr Reinert, wenn ich es richtig verstanden habe, sagten Sie, daß in der Erhöhung 15 Pfennig Ökosteuer enthalten sind. Das ist nicht richtig. In der Protokollerklärung stehen für den ÖPNV nur 9 Pfennig.

(Bernd Reinert CDU: Nee, 6 und 9 Pfennig!)

Ich habe gesagt, wir versuchen, das wegzudrücken. Aus der Protokollerklärung kann natürlich nicht hervorgehen, ob wir das weggedrückt haben oder nicht, weil wir dann die Preise offenlegen würden, was ein Wettbewerbsnachteil wäre. Ich kann Ihnen nur sagen, das ist nicht der Grund für die Fahrpreiserhöhung. Das nur als Hinweis.

Wir sind jetzt bei einem Zweijahresrhythmus. Diese Fahrpreiserhöhung ist, wie Herr Dr. Schmidt schon sagte, ausgesprochen kinder- und familienfreundlich. Sehen Sie sich die anderen Leistungen an, die wir mit dem ÖPNV in Hamburg bieten: S-Bahn-Haltestelle Allermöhe, Fahrkarte für Sozialhilfeempfänger, Fortsetzung des Programms zur Beschaffung neuer U-Bahn-Wagen; ich könnte die Liste jetzt fortsetzen. Es stimmt natürlich nicht, wenn man sagt, es dürften überhaupt keine Preise erhöht werden, weil dann die Fahrgäste wegbleiben würden. In den letzten 15 Jahren haben wir die Fahrpreise regelmäßig erhöht, sogar in Abständen von einem Jahr, und wir haben trotzdem einen Fahrgastzuwachs von 16 Prozent. Die Hamburger wissen ihren HVV zu schätzen, sie wissen, daß sie ein vernünftiges Angebot bekommen. Und wenn man ein vernünftiges Angebot zu einem angemessenen Preis bekommt, dann wird es auch angenommen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse über die Empfehlungen des Bau- und Verkehrsausschusses ziffernweise abstimmen.

Wer möchte den in Ziffer 1 vorgeschlagenen Beschluß fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Die Ziffern 2 und 3 empfehlen Kenntnisnahmen. Diese sind erfolgt.

Wer will gemäß der Empfehlung in Ziffer 4 der Änderung des Gemeinschaftstarifs des HVV zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf: Drucksache 16/4092: Antrag der CDU über Ausbau und Fortführung der Sengelmannstraße.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Ausbau und Fortführung der Sengelmannstraße bis
Jahning – Drucksache 16/4092 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Reinert erhält es.

C

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Straße ist für Hamburg ein unverzichtbarer Verkehrsraum, und weil sie so unverzichtbar ist, fordern wir in diesem Falle den Ausbau einer ganz konkreten Straße. Wenn nun nach Jahren der Verzögerung und der Pannen die Umgehung Fuhlsbüttel endlich freigegeben wird und angeblich fertig ist, dann ist sie in Wahrheit erst halb fertig. Denn wenn man durch den neuen, noch nicht freigegebenen Tunnel endlich hindurchfahren kann, hat man zwar einen vierspurigen Tunnel, aber im Tunnel und dahinter sind es für den Individualverkehr nur zwei Spuren, da die beiden anderen für Busse und Taxis reserviert sind. Die Staus sind vorprogrammiert, denn spätestens vor der Sengelmannbrücke haben wir für alle nur noch zwei Spuren zur Verfügung, und damit kann der Verkehr gar nicht erst vernünftig fließen.

Was man durch die Umgehung Fuhlsbüttel an Zeit einspart, verliert man zukünftig im Stau auf der Sengelmannstraße.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Notwendig, Frau Sudmann, wäre also die Freigabe aller vier Spuren der Sengelmannstraße für den Verkehr, ein durchgehender Ausbau bis zur Jahn-Brücke. Dort ist auch ausreichend Platz für entsprechende Anschlußrampen an den Ring 2 vorhanden. Man könnte eine Fortführung an die Saarlandstraße durchführen und hätte eine so deutliche Entspannung des Verkehrsflusses, daß Busspuren überhaupt nicht mehr nötig wären; aber Sie halten aus Ihren verkehrsideologischen Gründen an diesen Busspuren fest.

Der einzige Engpaß, der auf dieser Trasse zu beseitigen ist, ist die zweispurige Sengelmann-Brücke, die ich vorhin schon erwähnte, ansonsten ist die Trasse freigehalten. Unter der U-Bahn und ebenso unter der Hebebrand-Brücke ist reichlich Platz für vier Spuren.

D

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Unter der Jahn-Brücke, Frau Sudmann, können Sie genauso vier Spuren durchführen und das Ganze mit einem Verteilerkreuz anbinden. Was der Senat laut Aussage des Verkehrsentwicklungsplanes und von Herrn Senator Wagner vorhat, ist typisch, es ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Der Senator sagt, er wolle die zwei plus zwei Spuren bis zur Hebebrandstraße konzeptionell vorsehen. Da steht nichts von bauen oder realisieren, sondern nur von konzeptionell vorsehen. Ich verstehe jetzt, warum der Bürgermeister kürzlich, als er von Journalisten befragt wurde, warum Herr Senator Wagner seinem Kabinett angehöre, geantwortet hat: Er braucht ein gestandenes Mannsbild. Eine andere Begründung für das Verbleiben von Herrn Wagner hat er offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Polle.

Rolf Polle SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reinert, Platz allein schafft noch nicht die Notwendigkeit, Straßen zu bauen. Hamburg hat bereits 10 Prozent seiner Fläche mit Straßen versiegelt. Deswegen werden wir uns laut Verkehrsentwicklungsplan darauf beschränken,

(Rolf Polle SPD)

- A nur noch den unbedingt notwendigen Ausbau vorzunehmen und Netzlücken zu schließen.

(Michael Fuchs CDU: Das haben Sie schon immer gesagt!)

Herr Reinert, Sie haben erwähnt, daß die Ortsumgehung Fuhlsbüttel demnächst fertig ist. Damit sichern wir einen notwendigen Anschluß des Flughafens an das Autobahnnetz und an wichtige Bereiche Hamburgs. Der Flughafen expandiert, und deswegen ist das nötig. Es wäre schön, wenn auch die CDU einmal die Erfolge sozialdemokratischer Politik anerkennt. Zehn Millionen Passagiere werden in diesem Jahr von Fuhlsbüttel abfliegen. Damit haben wir viele Tausend Arbeitsplätze gesichert, die Sie am liebsten nach Kaltenkirchen verfrachtet hätten. Dann hätten wir in Fuhlsbüttel auch keinen Verkehr mehr, sondern die Friedhofsruhe. Das ist etwas, was wir nicht wollen. Wir haben die Arbeitsplätze gesichert und damit einen stadtnahen Flughafen.

Es ist richtig, daß die Ortsumgehung Fuhlsbüttel weiteren Verkehr bündeln wird. Die benachbarten Stadtteile werden dadurch entlastet; das begrüßen wir. Die Sengelmannstraße als solches ist im Verkehrsentwicklungsplan erwähnt, und ich könnte mich jetzt kurz auf das Zitat beschränken. Aber es gibt weitere Argumente, die genannt werden müssen. Zunächst nenne ich das Zitat, damit Sie es nachlesen und ich Ihre Ausführungen richtigstelle.

„Im Zusammenhang mit der Umgehung Fuhlsbüttel steht die Verbesserung der Verkehrsführung der Sengelmannstraße, weil die Bündelungswirkung der Umgehung Fuhlsbüttel auch zu erhöhtem Verkehrsdruck in der Sengelmannstraße führt. Es soll geprüft werden, ob ein Umbau unter der Voraussetzung der gleichberechtigten Verkehrsführung von ÖPNV und Kfz-Verkehr eine entsprechende Entlastung schafft.“

- B

Wichtig ist, daß nicht nur Verkehr abgewickelt wird, sondern wichtig ist auch die Stadtverträglichkeit. Das wissen insbesondere die Anwohner der umliegenden Straßen und im gesamten Stadtteil. Es ist wichtig, daß kein autobahnähnlicher Ausbau stattfindet, wie die CDU ihn offensichtlich fordert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Osttangente ist endgültig gestorben. Wenn ich lese, daß eine Tieflage und Brücken gefordert werden, dann haben wir eine Stadtautobahn, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es hat ein Gutachten zur Sengelmannstraße gegeben, in dem auch der sogenannte Durchschuß über die Hebebrandstraße hinaus ausdrücklich abgelehnt wird. Denn dadurch könnte das Risiko entstehen, daß der Fernverkehr, der sich jetzt größtenteils noch durch Schleswig-Holstein bewegt, verleitet wird, sich durch die Stadtteile in Richtung Horner Kreisel zu quälen und Druck zu erzeugen, so daß vielleicht die Osttangente, wie Sie sie wollen, doch notwendig werden würde. Die Gutachter lehnen es ausdrücklich ab. Deswegen wundere ich mich, daß die CDU diese Forderung immer noch erhebt.

(Michael Fuchs CDU: Komisch, nicht?)

Wir wollen die Sengelmannstraße als Stadtstraße so weit ausbauen, wie es für den Verkehr notwendig ist. Wir werden die Busspuren sichern, denn sie sind nicht nur für die Busse da, sondern vor allem für den Taxenverkehr, als Anbindung an den Flughafen. Viele Menschen unserer Stadt

fahren mit der Taxe, um nicht mit dem Pkw zum Flughafen fahren zu müssen, und das begrüßen wir. Daher bleibt die Bus- und Taxenspur weiterhin erhalten.

C

Ein Engpaß, darauf hat die SPD im Kreis Nord schon hingewiesen, ist die Brücke über die Alster. Wir sind uns wohl einig, daß hier bald etwas passieren muß. Das wird im Rahmen dieser Prüfung wahrscheinlich relativ schnell beantwortet. Ansonsten kann ich nur sagen: Einen autobahnähnlichen Ausbau gibt es mit uns nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort gebe ich dem Abgeordneten Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es paßt irgendwie gut, daß die beiden Debatten zum HVV und zum Ausbau der Sengelmannstraße direkt hintereinander kommen. Da kann man sich nun fragen, was die CDU wirklich will: Wollen Sie eine Verbesserung des HVV oder den vierspurigen Ausbau und die Fortführung der Sengelmannstraße bis zum Jahning und die Beseitigung von Busspuren?

(Michael Fuchs CDU: Wir wollen alles!)

– Genau, so habe ich es mir immer gedacht. Die CDU stellt ihre Anträge wie für den Weihnachtsmann. Alles immer zu jeder Zeit und gleichzeitig. Auf Widersprüche kommt es nicht an.

(Dr. Roland Salchow CDU: Nichts gegen Weihnachtsmänner! Das sind sehr populäre Menschen!)

– Genau; also machen wir so weiter.

Ich finde aber, daß Sie in dem Antrag zur Sengelmannstraße ein bißchen dick aufgetragen haben. Da wird richtiggehend gegen den öffentlichen Personennahverkehr argumentiert. Wenn Sie durchsetzen wollen, was Sie hier vorschlagen, kriegen Sie keine Fahrgastzuwächse. Wenn Sie tatsächlich eine vierspurige Straße vom Süden der Ortsumgehung Fuhlsbüttel bis zum Jahning durch die Stadt bauen wollen, dann sorgen Sie real und direkt dafür, daß möglichst wenig Leute die Busse zum Flughafen benutzen, weil es dann mit dem Auto viel praktischer ist.

D

Das nächste Problem, das Sie dann wahrscheinlich haben werden, sind 22 000 neue Parkplätze am Flughafen, die Sie verlangen müssen. Dann sollten Sie aber bitte bei der nächsten Debatte bezüglich des HVV nicht noch einmal auftreten und sagen: Es tut uns leid, aber wir mußten ihn leider zugrunde richten. Insofern ist dieser Antrag belanglos.

Wir wollen aber trotzdem etwas zur Sache sagen. Herr Polle hat schon den Satz aus dem Verkehrsentwicklungsplan zitiert, in dem davon die Rede ist, daß der Verkehrsdruck auf die Sengelmannstraße eine Lösung erfordert. Das finde ich auch. Ich war nicht für den Bau der Ortsumgehung Fuhlsbüttel, als er vor zehn Jahren debattiert wurde. Nun ist sie aber gebaut, und es ist klar, daß an ihrem Ende eine neue Verkehrsführung stattfinden muß; sonst ist das alles unsinnig.

Deswegen ist es richtig, daß bereits im Tunnel der Ortsumgehung Fuhlsbüttel, am Ausgang der Alsterkrugchaussee die Busspur beginnen muß, die dann auf die Sengelmannstraße führt. Daher ist auch klar, daß auf der Sengelmannstraße Busspur und Individualverkehr nebeneinander geführt werden müssen, solange es dort einen Bus gibt, und zwar ziemlich weit, bis über die Alster hinweg. Wenn ich

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A richtig informiert bin, wird in der Bezirksversammlung Nord morgen ein gemeinsamer Antrag von SPD und GAL beschlossen, der diesen Ausbau bis über die Brücke hinaus fordert, nämlich eine gleichberechtigte Verkehrsführung von ÖPNV und Kfz-Verkehr.

Ich gehe davon aus, daß dieses Prinzip auch für den restlichen Teil der Sengelmanstraße gilt. Das heißt, wenn es auch für den südlichen Teil der Sengelmanstraße eines Tages öffentlichen Personennahverkehr geben sollte, muß auch dort das Prinzip einer gleichberechtigten Verkehrsführung von ÖPNV und Kfz-Verkehr gelten. Das ist die stadtverträgliche Verkehrsperspektive für die Sengelmanstraße, wie sie laufen müßte, aber keinesfalls so, wie die CDU es vorschlägt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die CDU hat vor einer Woche in Fuhlsbüttel eine Veranstaltung für die Verkehrsprobleme in Fuhlsbüttel durchgeführt. Dabei wurde versucht, uns allen darzustellen, daß, wenn irgendwo eine Straße gebaut wird, man weiterbauen muß. Das ist in Ihrer Logik richtig.

(Elisabeth Schilling SPD: Gehen Sie zu CDU-Veranstaltungen?)

Wir haben immer gesagt: Wer Straßen baut, wird Verkehr säen. Wenn Sie den motorisierten Autoverkehr, wie in Ihrer Rede vorhin vorgetragen, einschränken wollen, dann dürfen Sie keine weiteren Straßen bauen. Die CDU-Mitglieder aus Fuhlsbüttel oder Umgebung werden wohl noch wissen – wie auch die SPD –, daß den Menschen immer versprochen wurde, mit der Umgehung Fuhlsbüttel würden sie weniger Verkehr haben. Damals wurde auch immer gesagt – das hat Martin Schmidt eben falsch dargestellt –, daß es nicht zwingendermaßen einen Weiterbau der Sengelmanstraße geben, sondern sich der Verkehr auf das umliegende Verkehrsnetz verteilen wird. Das zählt alles nicht mehr.

B

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das habe ich nicht dargestellt!)

Herr Reinert, wenn Sie aufzählen, wo überall Platz für Straßen ist, dann bauen Sie doch auch noch in den Stadtpark hinein, auch da haben wir genug Platz.

Im Planfeststellungsbeschluß wurde aber festgelegt, daß im Tunnel eine Busspur vorhanden sein soll; das brauchen wir nicht neu beschließen, das gibt es. Es darf aber nicht sein, daß die SPD jetzt sagt: Wir wollen keine Stadtautobahn. Bei der Umgehung ist auch immer gesagt worden, daß es keine Autobahn ist; sie ist aber vierspurig. Sie wollen einen vierspurigen Ausbau.

Wenn Sie jetzt sagen, daß der vierspurige Ausbau eine Art Kommunaltrasse für Taxen und Busse haben soll, dann vergessen Sie, daß Sie gerade selbst beschlossen haben, eine Flughafen-S-Bahn zu bauen. Das heißt, der Taxenverkehr wird gewaltig abnehmen, und wir alle wissen, was dann mit der Kommunaltrasse passiert: Sie wird für den Autoverkehr geöffnet.

Wer gegen einen vierspurigen Ausbau der Sengelmanstraße ist, der darf nicht sagen, daß es einen teilverträglichen Ausbau gibt, sondern muß dafür plädieren, daß we-

niger Auto gefahren wird und mehr Busse und Bahnen genutzt werden; dabei hilft uns kein weiterer Bau von Straßen.

C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Roland Salchow CDU: Das mußte gesagt werden!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nur mit einem einzigen Punkt dieses Antrags beschäftigen, weil der völlig ausreicht, diesen Antrag abzulehnen. Ich finde, man muß darauf hinweisen.

In Punkt 4 fordert die CDU, die vierspurige Sengelmanstraße bis an den Jahnring fortzuführen. Ich will das mal erklären. Das heißt, die Sengelmanstraße soll zwischen Hebebrandstraße – das ist eine sechsspurige Straße – bis zum Jahnring vierspurig fortgeführt werden. Parallel zu dieser vierspurig von Ihnen gebauten und gewollten Straße liegt der fast achtspurig – aber immer sechsspurig, in Teilen aber auch achtspurig – ausgebaute Überseering; 150 Meter entfernt.

Herr Reinert, selbst wenn man Differenzen in der Betrachtungsweise der Vierspurigkeit der Trassenführung, der Bustrasse und dergleichen mehr hat, ist diese Forderung, durchgesetzt durch Politik,

(Volker Okun CDU: Dann müssen Sie sich die Verkehrsströme mal angucken!)

150 Meter weiter zu einer sechsspurigen Straße noch eine vierspurige zu bauen, unter den Bedingungen der Haushaltsplanung und -führung und der Situation, in der wir uns ökonomisch befinden, ein absoluter Fall für den Rechnungshof. Man müßte den Rechnungshof eigentlich vorher bitten, sich mal mit einer solchen Frage zu beschäftigen. Das ist ein absoluter ökonomischer Unsinn. Wir können uns darüber streiten, ob eine intelligente Lösung in Teilaspekten der Straßenführung Zweispurigkeit erlaubt oder nicht, das erschließt sich einer verkehrspolitisch fachlichen Diskussion. Zum sechsspurig ausgebauten Überseering 100 Meter weiter eine vierspurige Straße zwischen der Hebebrandstraße und dem Jahnring zu bauen, ist das verkehrspolitisch Absurdeste, was ich im Parlament von Ihnen jemals gehört habe.

D

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das sieht sogar die Baubehörde so!)

Ich finde, daß wir das in der Tat lassen sollten. Dafür gibt es in dieser Stadt sehr viele erforderlichere Projekte, bei denen wir Geld benötigen, um Engpässe zu beseitigen und verkehrspolitisch etwas zu bewegen, auch im Straßenbereich. So können wir aber mit dem knappen Geld dieser Stadtkasse wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte von Herrn Dobritz klangen in der Tat ganz anders als die Worte der anderen Vorredner. Herr Dobritz, ich nehme Sie beim Wort. Wenn Sie sagen, man kann darüber reden, die Sengelmanstraße zweispurig bis zum Jahnring durchzuführen, dann hört sich das ganz anders an als das, was ich von Ihren Kollegen vorher gehört

(Bernd Reinert CDU)

A habe. Ich nehme das Angebot auf, wir werden mit einem entsprechenden Antrag in einer der nächsten Sitzungen wiederkommen.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer möchte demselben seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.20 Uhr

C

Hinweis: Der mit * gekennzeichnete Redebeitrag wurde in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Dr. Joachim Brinkmann, Wolfgang Drews, Rolf Mares, Farid Müller, Ralf Niedmers, Dr. Mathias Petersen, Willi Witte.

Hinweis (zu Punkt 26 der Tagesordnung, siehe Seite 3576 B): Der CDU-Abgeordnete Michael Waldhelm hat gegenüber den Vertretern der Bürgerschaftskanzlei während der Sitzung mündlich erklärt, an der Beratung und Abstimmung nicht teilzunehmen.

Anlage

B

D

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 10./11. 05. 2000

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
23	16/4002	Bericht Bau- und Verkehrsausschuß
27	16/4141	Bericht Haushaltsausschuß
28	16/4143	Bericht Haushaltsausschuß
30	16/4142	Bericht Schulausschuß
32	16/4166	Bericht Stadtentwicklungsausschuß
33	16/4168	Zwischenbericht Wirtschaftsausschuß

B. Einvernehmliche Ausschlußempfehlungen

Keine

C. Einvernehmliche Ausschlußüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Antrag von	Überweisung an
18	16/4117	Änderung des Bestattungsgesetzes	GAL	Rechtsausschuß
19	16/4135	Änderung des Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses	SPD	Wissenschaftsausschuß
20	16/4118	Kostensparende Einsatzbewältigung bei bestimmten polizeilichen Einsatzlagen	SPD	Innenausschuß
39	16/3946	Offene Arbeit in den Spielhäusern	SPD	Jugend- und Sportausschuß
40	16/3947	Benachteiligung Hamburger Ärzte und Patienten	SPD	Gesundheitsausschuß
42	16/3950	Arbeitsgruppe Scientology	SPD	Innenausschuß
45	16/4089	Vorsorgekuren für Polizeibeamte	SPD	Innenausschuß
46	16/4090	Entschädigungen gemäß Wegegesetz	GAL	Bau- und Verkehrsausschuß
47	16/4091	Deichsicherheit und Sturmflutschutz	GAL	Bau- und Verkehrsausschuß
49	16/4151	Rechtsgrundlagen im Urheberrecht	SPD	Haushaltsausschuß (federführend) und Rechtsausschuß